

# FANTÔMAS

Nr. 4 – Winter 03/04 – Sonderbeilage zu ak – analyse + kritik
magazin für linke debatte und praxis – 4,50 €





# Soziale Klassen, soziale Kämpfe

# In diesem Heft:

## Soziale Klassen, soziale Kämpfe. Fantômas 4.

Abschied vom Proletariat haben Linke nicht nur einmal und nicht erst in den letzten Jahren genommen. Doch auch in Klassenanalytik und Klassenpolitik heißt es: Totgesagte leben länger. Nicht immer merkt man das von selbst. Tatsächlich wirft Klassenfragen in den letzten Jahren in erster Linie der Klassenkampf auf, der von oben geführt wird, mit der Gewalt, die von Kapital und Staat ausgeht und unterm Label der „Globalisierung" zugleich benannt und verdeckt wird. Sollen die Kräfteverhältnisse von unten angefochten werden, die in deren Fortschritt wirken, ist es höchste Zeit, auch von links her endlich wieder Klassenfragen zu stellen. Dem widmet sich dieses Heft.

Werden Klassenfragen gut gestellt, finden sich Klassen.Begriffe, die in Klassen.Kämpfen Räume eröffnen. Solche Fragen aber stellen sich – nicht nur in den letzten Jahren – immer auch, und vielleicht dringlicher als anderswo, von den Klassen.Rändern her. Dem entspricht die Gliederung der folgenden Beiträge.

Klassen.Begriffe erproben Frank Deppe, Moe Hierlmeier, Martin Dieckmann und Marcel van der Linden im Blick in die Klassengeschichte zurück. Das entspricht dem gegebenen Stand der Kämpfe und hat zum Ziel, die Vergangenheit der Zukunft zu entschlüsseln: damit Verhältnisse auf den Begriff gebracht werden, die bisher verfehlt wurden, damit Fehl- und Trugschlüsse sich nicht wiederholen und um Bewegungen zu erinnern, an die heute und auch morgen noch angeknüpft werden kann. Quer dazu diskutieren Stefanie Graefe, Antke Engel und Regina Brunnett Klassen.Begriffe, die sich der historisch jüngeren Erfahrung von Feminismus und (Post-)Strukturalismus verdanken und Herrschaft wie Widerstand zugleich auf andere umkämpfte Kategorien – Geschlecht, Ethnie, Rasse – beziehen.

Von Stärken und Schwächen der Klassen.Kämpfe berichten Mag Wompel, Francesca Pozzi, C&A/Wildcat und Martin Krämer. Letzterer setzt Fundstücke aus den Archiven der Klassengeschichte so ins Verhältnis, dass sie von ihren Überschüssen zu sprechen beginnen. Die Vorgenannten berichten von den Abenteuern argentinischer und italienischer Multituden oder begeben sich auf die Suche nach neuer gewerkschaftlicher Bewegung, weil und sofern „die real existierenden Gewerkschaften nicht zu retten sind" (Mag Wompel).

Klassen.Ränder schließlich machen Gisela Neunhoeffer, Kristin Carls und Juanita Rosina Henning zum Thema, einige jedenfalls: Informalität im globalen Süden wie im ex-sozialistischen Osten, Verrechtlichung und Entrechtung migrantischer Arbeit in der Rhein-Main-Metropole. Die Willkür der Auswahl zeigt an, das mit diesem Heft erst ein Anfang gemacht ist. Fortsetzung folgt.

# Klasse Arbeit

60 Pfennig zu wenig – muss 1 Mark
*Forderung von ArbeitsmigrantInnen*
*Ford-Streik 1973*

In allen gesellschaftlichen Verhältnissen immer schon präsent, geht der Klassenkampf den historischen Klassen voraus. Welche Formen er annimmt, hängt an der jeweiligen politökonomischen und ideologischen Konjunktur. Dass derzeit der Klassenkampf von oben Konjunktur hat, braucht man nicht näher zu begründen, Hartz I-IV, Rürup-, Herzog- und sonstige Programme sprechen für sich. Hält man sich an die Verlautbarungen von BDI-Tagungen, ist damit allerdings erst ein Anfang gemacht – wenn sich dem Klassenkampf von oben nicht auch ein Klassenkampf von unten entgegensetzt. Mit dem aber steht's in Deutschland nicht zum Besten: Die in Form und Inhalt gerade eben pflichtschuldigen Proteste der Gewerkschaften, der auch an internen Widersprüchen in der IG Metall gescheiterte Streik in der ostdeutschen Metallindustrie und das vergleichsweise schwache Niveau globalisierungskritischer Bewegung legen davon Zeugnis ab. Doch auch von linker Seite wird wenig getan, das Blatt zu wenden. Nur noch als jämmerlich verdient bezeichnet zu werden, was vom letzten Aufgebot der „parlamentarischen Linken" in SPD, grüner Partei und PDS als „Widerstand" inszeniert wird – solches Muckertum dürfte selbst in mediendemokratischen Zeiten kaum Karriereaussichten eröffnen. Viele radikale Linke wiederum halten sich bedeckt, aus Furcht, mit einem Einspruch gegen den Generalangriff auf die kollektiven Sicherungssysteme vor den Karren sozial-staatstragender Politik gespannt zu werden. Daran ist immerhin wahr, dass der Klassenkampf von oben weder zu bremsen noch zu brechen sein wird, wenn man sich auf die Verteidigung des fordistischen Wohlfahrtsstaats beschränkt. Wie aber macht man Klassenkampf von unten? Wie erobert die Linke ihr eigenstes Feld zurück? Landvermessung ist angesagt. *Fantômas* 4 stellt dafür Navigationskarten bereit, zur vorläufigen Orientierung in unwegsamem Gelände.

## I.

Der Rückzug, gar die Flucht vieler Linker vom angestammten Kampfplatz sozialistischer, sozialrevolutionärer oder kommunistischer Politik ist zu weiten Teilen die Folge des Scheiterns ihrer Klassenkampfkonzepte an der Klassenrealität. Dieses Scheitern hängt in seinem Kern an einem doppelten Fehlgriff in der Bestimmung der Subjektivität sozialer Kämpfe. Zum einen wurde „das Proletariat" soziolog(ist)isch auf die abhängig Beschäftigten der fordistischen Fabrik, den weißen, männlichen Facharbeiter verengt: eine Ausgrenzung gleich nach mehreren Seiten hin, die sich theoretisch wie politisch fatal auswirken musste. Der dergestalt zurechtgestutzte Proletarier wurde dann – teils infolge der soziologischen Verkürzung, teils gegen sie – geschichtsphilosophisch überhöht und zum „auf die Füße gestellten" Weltgeist verklärt. Der sollte – dem religiösen Vorbild folgend – das Leiden der ganzen Menschheit auf sich nehmen und im Durchgang durch die absolute Entfremdung die Wiederaneignung des „Menschenwesens" vollziehen. Den Abstand zwischen dem real existierenden („an sich") und dem philosophisch idealisierten („für sich") Proletariat mussten dann Partei und Staat überbrücken, mit den bekannten und noch immer nicht ausgestandenen Folgen.

Aus solcher Mixtur gebraute „Klassenanalysen" hatten in der Nach-68er Geschichte der Linken Hochkonjunktur, wegen und trotz der Septemberstreiks von 1969 und des wilden Streiks bei Ford 1973, die vor allem von ArbeitsmigrantInnen geführt wurden. Das schlug sich in der „proletarischen Wende" der Außerparlamentarischen Opposition nieder, in der die Linke – auch das für sich nicht ganz falsch – die durch Faschismus, Weltkrieg und Nachkriegsrestauration abgerissene Verbindung zur historischen ArbeiterInnenbewegung wiederaufzunehmen suchte. Das war die Zeit, in der sich das IMSF (Institut für marxistische Studienforschung) und das PKA (Projekt Klassenanalyse) bis auf die zweite Stelle nach dem Komma darum stritten, wie hoch der quantitative Anteil der ArbeiterInnenklasse an der bundesdeutschen Bevölkerung ist.

Der an den wirklichen Subjektivitäten und ihren widersprüchlichen sozialen Positionen meilenweit vorbeischießenden Zuschreibung rrrrevolutionären Bewusstseins entsprach dann nahezu zwangsläufig die vollständige Pulverisierung von Klassenanalyse und Klassenpolitik ab den 80er Jahren. Die autonom gewordene jugendliche Dissidenz geriet in der Verweigerung fordistischer Normalbiographien mit ihrer unseligen Mischung aus Produktivismus und Konsumismus in direkten Widerspruch zu fast allem, wofür das real existierende wie das imaginäre

Industrieproletariat stand. Dieser Widerspruch verbreiterte sich in „alternativen" Bedürfnissen, die sich in Öko-Revolten ausdrückten. Schließlich fiel es den Feministinnen zu, das ganze Ausmaß sowohl der repressiven Ausgrenzungen wie der idealisierenden Überspannung im Klassendiskurs offen zulegen. Nicht nur, aber auch und gerade in der feministischen Kritik seiner Bestimmung des Verhältnisses von „produktiver" und „reproduktiver" Arbeit wurde klar, dass und wie der proletarische Universalismus patriarchale Partikularismen verdeckte und beförderte.

Der lange schon überfälligen Aufklärung folgte die Resignation auf dem Fuß. „Ohne die theoretischen Sackgassen, in die die westdeutsche Linke in den 70er Jahren mit Verbissenheit und geradezu kontrafaktischen Optimismus hineingestürmt war, lässt sich das aktuelle Interesse an klassenjenseitigen Konfliktlinien nicht hinreichend erklären", bilanziert die daran nicht unbeteiligte Zeitschrift PROKLA Mitte der 80er Jahre. Seinen Gründungsnamen „Probleme des Klassenkampfs" hatte das gleichwohl lesenswerte Blatt schon 1976 in den Untertitel verlegt.

## II.

Für die Außer-Kurs-Setzung von Klassenanalyse und Klassenpolitik war und ist allerdings von mindestens ebenso großer Bedeutung, dass viele Linke im hochflexiblen postfordistischen Kapitalismus ungewollt Pionierpositionen einnehmen. Dieser funktioniert weniger durch eine für alle gleiche Disziplinierung und Normalisierung als durch die Verlagerung der Kontrolle in die Individuen selbst. Die aber ist subjektiv oft mit einem Freiheitsgewinn verbunden, in dessen Genuss verdrängt wird, dass die erweiterte Selbstbestimmung zu fremdbestimmten Zwecken verausgabt wird. Patchwork-Existenzen sind heute selbstverständlich geworden, flexibilisierte Lebenswege, wo man hinschaut. Wir basteln uns unseren Job selbst, arbeiten in Hochphasen 16 Stunden am Tag und haben auch noch Spaß dabei. Die strikten Trennungen von Arbeit und Beruf, Arbeit und Freizeit sind längst schon aufgebrochen, private und Berufsinteressen überlappen sich ebenso wie Arbeit und Reproduktion. Begriffe wie Eigenverantwortung und Selbstständigkeit – dem Fabrikgefängnis abgetrotzt – sind zur kaum hinterfragten Orientierung des eigenen Lebensentwurfs geworden. Klar ist zugleich, dass man vom neoliberal gewendeten Staat nichts zu erwarten hat: eine Einsicht, deren Bedeutung nicht wenige Linke unterschätzen, weil sie vom repressiven Charakter des von oben liquidierten Wohlfahrtsstaats – zu Recht! – ihr Lied zu singen wissen. Man hat gelernt, sich auf diese Situation einzustellen und damit umzugehen.

Die Distanz zu denen, die am stärksten von Hartz, Rürup, Herzog und anderen „verdammten Ficksäuen" (vgl. *ak* 477, S. 33) gepeinigt werden, ist in lebensweltlicher Erfahrung von Mittelschichts-Linken nur bedingt zu überbrücken. Warum sich für etwas engagieren, das scheinbar mit meinem Leben nichts oder nur wenig zu tun hat? Ach, die Einheit der Klasse... kann, was nie war und nicht ist, werden? Eben! Oder?

Unter den Bedingungen einer erstmals im Vollsinn globalisierten Arbeitsteilung muss linke Theorie und Praxis – so der Vorschlag dieses Heftes – (wieder) damit beginnen, die hochgradig ausdifferenzierten transnationalen Klassenverhältnisse und deren ideologische Wahrnehmung auf allen Seiten in den Blick zu nehmen. Dazu gehören die Arbeitsbedingungen in traditionellen Großbetrieben ebenso wie die in der Gastronomie, der Prostitution, im Baugewerbe und im – wie man so sagt – „privaten Bereich". Ohne Bezug auf die umkämpfte Autonomie der Migration und die voranschreitende Prekarisierung der Arbeit wird man dabei nicht auskommen. Im Anschluss an *Fantômas* 2 (*Biopolitik*) gehört dazu auch die qualitativ grundlegend veränderte Zusammensetzung „materieller" und „immaterieller" Arbeit und deren Folgen für Produktion und Reproduktion. Mit ihr stellt sich erneut die Frage nach Zusammenhang und Unterschied von „Klasse" und „Multitude". Da Klassenanalyse kein akademischer Selbstzweck ist, sind entsprechende Untersuchungen politisch auf die Frage zuzuspitzen, wie sich zwischen sozialen Kämpfen aus radikal unterschiedlichen Lebenswelten eine Kommunikation, vielleicht gar eine Koordination herstellen lässt. Nur unter dieser Frage lässt sich ermessen, inwiefern die Bewegung der Sozialen Foren das Experimentallabor auch einer „WeltarbeiterInnenbewegung" werden kann, deren Genossinnen und Genossen zwar ganz verschiedene Lebenssituationen zu verlieren, doch noch immer eine gemeinsame Welt zu gewinnen haben. Das Heft, so viel zum Schluss, markiert auf diesem Weg nicht mehr als einen ersten Schritt. Fortsetzung folgt!

**Redaktion *Fantômas***

***Glossar.*** Klassengesellschaften, Klassenlagen, Klassen(neu-)zusammensetzung, Klassenformationen, Klassenmilieus, Klasseninhalte, Klassendiskurse, Klassenfraktionen, Klassenorganisationen, Klassenkompromisse..., *Verhältnisse*, in und unter denen Klasse „gemacht", gelebt und gedacht wird und ohne die Klasse gar nicht ist, weil es eine „Klasse an sich" nie gegeben hat. Ob Klassenbewusstsein noch ein Klassen.Begriff ist, der aktuellen und künftigen Klassenkämpfen weiterhilft, ist mehr als zweifelhaft. Unumgänglich aber die Einsicht, dass „Klasse" eine symbolische und materielle Kategorie ist, unter der ausnahmslos jeder und jede immer schon in eine – oft in sich widersprüchliche, nicht selten mehrfach gebrochene – Klassenposition gesetzt ist und deshalb individuell und organisiert um deren Veränderung, zuletzt deren Abschaffung kämpfen kann. Klassenverhältnisse werden theoretisch in Klassen.Begriffen artikuliert und darin politisch zur Disposition gestellt.

# Klassen.Begriffe

- ☐ *Deppe* über die Neuzusammensetzung der Klasse und die Widersprüche, auf die sich ihre Kämpfe beziehen.
- ☐ *Graefe* über den Zusammenhang von Klassenbegriff und Klassenkampf bei und nach Pierre Bourdieu.
- ☐ *Hierlmeier* über vertane Chancen.
- ☐ *Brunnett*, *Engel* und *Graefe* im Disput über den Gebrauchswert nicht nur des Klassenbegriffs.
- ☐ *Dieckmann* über imaginäre und real existierende Klasse und was beide miteinander zu tun haben.
- ☐ *van der Linden* über eine Klasse, die niemals nur eine Arbeiterklasse war und gewesen sein wird.

# Der postmoderne Fürst

## ArbeiterInnenklasse und ArbeiterInnenbewegung im 21. Jahrhundert

Von Frank Deppe

Am Anfang des 21. Jahrhunderts ist der Marxismus in keinem guten Zustand. In Konsequenz der neoliberalen Politik im globalen High-Tech-Kapitalismus aber wächst das Interesse an den Realitäten sozialer Ungleichheit und sozialer Exklusion. Zur thematischen Verschiebung der öffentlichen Debatten trägt seit Seattle 1999 auch die Dynamik neuer sozialer Bewegungen bei. Frank Deppe untersucht, was in dieser Situation die Begriffe der Klasse und des Klassenkampfs noch zu sagen haben.

Im Übergang zum 21. Jahrhundert ist der universelle und emanzipatorische Anspruch der Arbeiterbewegung als einer politischen (Parteien), einer sozialen (Gewerkschaften), einer Genossenschafts- und einer kulturellen Bewegung zerbrochen. Mehr noch: die traditionelle Arbeiterbewegung existiert nicht mehr. Natürlich gibt es noch Gewerkschaften, und natürlich wählen ArbeiterInnen nach wie vor eher sich als „links" definierende Parteien. Auch gibt es weiterhin Prozesse der Auflösung und Neubildung von Klassenlagen und -formationen, die in Klassenkämpfen ausgefochten werden. Doch finden diese Konflikte nicht mehr den politischen Ausdruck, den Marxismus und Leninismus der Beziehung zwischen Avantgardepartei und Klasse zugeschrieben hatte. Organisationen, die sich heute noch auf diese Tradition beziehen, sind kaum noch als Artikulationsform einer Bewegung zu verstehen.

Die Erosion der klassischen Arbeiterbewegung vollzog sich im Prozess der „Modernisierung" kapitalistischer Gesellschaft. Diese sind komplexer geworden, ihre Konflikte, Hierarchien und Herrschaftsverhältnisse lassen sich nicht mehr eindimensional auf Klassenkonflikte reduzieren. Die industrielle Arbeiterklasse ist zu einer minoritären Fraktion der lohnarbeitenden (und arbeitslosen) Bevölkerung geschrumpft, traditionelle Klassenmilieus in Familien, Fabriken, Stadtvierteln und den Alltagskulturen von Sport- und Kulturvereinen oder Kneipen haben sich aufgelöst.

### Übergangsfragen und Untersuchungsprinzipien

Doch bedeutet das Ende der traditionellen Arbeiterbewegung, dass die Begriffe Arbeiterklasse und Klassenkampf keine Zukunft mehr haben? Im Folgenden werde ich die These vertreten, dass wir in einer Periode des Übergangs zu einer neuen kapitalistischen Formation leben – in Bezug auf die Struktur moderner Gesellschaften, das System der Weltpolitik und die Beziehung zwischen Akkumulation und politischer Regulation. In dieser „turbulenten" Übergangsphase hat sich das

Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit dramatisch zugunsten des Kapitals verschoben und die sozialen und politischen Kräfte, die sich für eine nichtkapitalistische Gesellschaft und eine radikale Demokratisierung einsetzen, außerordentlich geschwächt. Ihre Zukunft hängt an der Art und Weise, in der ihre verschiedenen Fraktionen der Arbeiterklasse und die gegenwärtigen sozialen Bewegungen auf die Widersprüche dieser Übergangsperiode reagieren und dabei einen alternativen Weg der sozialen Reproduktion und der Demokratie zur Sprache bringen.

Erinnern wir uns kurz einiger Prinzipien des historischen Materialismus bei der Analyse des Kapitalismus und der Arbeiterbewegung. Für Karl Marx enthüllt die Politische Ökonomie als Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft den sozialen bzw. den Klasseninhalt politischer, kultureller und intellektueller Phänomene. Daher sagt er: „Das Kapital ist nicht eine Sache (...), sondern ein durch Sachen vermitteltes gesellschaftliches Verhältnis zwischen Personen." (Marx, MEW 23, 793) Genauer: das Kapital ist weder Produkt, noch Technologie oder Geld, sondern das Klassenverhältnis zwischen der produktiven, aber abhängigen Lohnarbeit und der Aneignung von Mehrarbeit unter spezifischen Bedingungen der Entwicklung der Produktivkräfte (unter letzterem ist der historische Entwicklungsstand der Naturwissenschaft, der Technologie und die Qualifizierung der Arbeitskraft zu verstehen). Georg Lukács bezeichnet den Marxismus deshalb als wissenschaftliches Konzept zur Erklärung der kapitalistischen Gesellschaft in ihrer Totalität.

Der zentrale Widerspruch in dieser sich permanent wandelnden sozialen Beziehung ist der zwischen den Reproduktionsinteressen der Arbeitskraft und dem Verwertungsinteresse des Kapitaleigners. Die Kapitalakkumulation steht unter den Zwangsgesetzen der Konkurrenz, weil kein Kapitalist überlebt, der in der Entwicklung der Produktivkräfte und damit der Produktivität zurückbleibt. Die Entwicklung der Produktivkräfte wird aber auch durch die Klassenkämpfe angetrieben, wobei das Kapital auf erfolgreich durchgesetzte gewerkschaftliche Forderungen (z.B. Lohnerhöhungen) mit der Reduzierung der (relativen) Lohn(stück)kosten durch Rationalisierung, d.h. durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität, reagiert. Die Geschichte der Arbeiterklasse ist daher eine abhängige Variable der Kapitalakkumulati-



on und ihrer Widersprüche. Ihre Größe, ihre innere Struktur, ihre Verteilung über die Welt, ihre Verhältnisse zu anderen Klassen sind historisch-dynamische Momente und objektive Bedingungen des Prozesses der Klassenformierung. Selbstverständlich erklären diese nicht allein die Intensität der Klassenkämpfe oder das Organisationsverhalten der Arbeiter.

## Konkrete Analyse konkreter Verhältnisse

In der Geschichte der Arbeiterbewegung nehmen verschiedene Klassenfraktionen die Rolle einer „Avantgarde" in den Gewerkschaften, politischen Organisationen, Streikbewegungen und anderen Kämpfen wahr. Solche Veränderungen sind z.B. im Übergang von den „alten", auf handwerklich qualifizierter Lohnarbeit beruhenden Gewerkschaftsorganisation zu den „neuen Gewerkschaften" festzustellen, die die angelernten „Massenarbeiter" in der fordistischen Massenproduktion organisieren. Seit den Streiks in Frankreich 1995/96 sind es vor allem die Beschäftigten und Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, die an der Spitze sozialer und politischer Auseinandersetzungen stehen.

Jede Periode der kapitalistischen Entwicklung und ihrer nationalen und regionalen Konfigurationen ist also durch ein bestimmtes – historisch je konkret zu untersuchendes – Verhältnis der Klassen, ihrer inneren Struktur sowie durch spezifische Bedingungen des Klassenkampfes charakterisiert. Antonio Gramsci sprach von der notwendigen Erforschung des (nationalen, lokalen etc.) „Terrains", auf dem die fortschrittlichen Kräfte der Arbeiterklasse operieren. Weil alle Prozesse der Klassenformierung immer auch durch den Staat, d.h. durch das politische System und die Kämpfe in diesem System strukturiert werden, muss dessen Rolle in der Totalität der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft selbstverständlich mit bedacht werden.

Daraus ergibt sich eine wichtige Schlussfolgerung. Obwohl der historische Materialismus immer wieder die Frage nach dem sozialökonomischen Gehalt von Formen des politischen, ideologischen und kulturellen Überbaus (von denen die Klassenorganisationen ein wichtiger Bestandteil sind) thematisiert, muss sich die Analyse konkret historischer Prozesse und Kämpfe vor den Fallstricken eines mechanistischen und/oder reduktionistischen Denkens hüten. Die sozialen Klassen sind keine kollektiven Akteure, die mit Blasmusik durch die Straßen marschieren und dabei rote Fahnen schwenken, der Klassenkampf ist und war nie eine bloße „Widerspiegelung" ökonomischer und sozialer Strukturen und Widersprüche. Das Grundproblem der Vermittlung von Struktur- und Handlungsanalyse darf nicht durch die schlecht-philosophische Interpretation der Schriften des jungen Marx übergangen werden, wonach die „historische Mission des Proletariats" in der „Aufhebung" seiner eigenen Lebensbedingungen besteht.

## Stationen des Übergangs

Was bedeuten die Strukturen und Dynamiken des heutigen Kapitalismus für die Struktur der Arbeiterklasse, die Reproduktion von Widersprüchen und den Widerstand der Arbeiterklasse? Unter marxistischen ÖkonomInnen und SozialwissenschaftlerInnen besteht ein weiter Konsens bezüglich folgender Elemente des aus der Krise des Fordismus in den späten 60er und 70er Jahren entstandenen „Postfordismus":

• Die „mikroelektronische Revolution" hat den Charakter der Arbeit in der industriellen Produktion und im Dienstleistungsbereich weitgehend verändert. Sie bedeutet zunächst eine außerordentliche Steigerung der Produktivkraft der lebendigen Arbeit. Die „gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit" wird drastisch reduziert, der Mensch „tritt neben den Produktionsprozess, statt sein Hauptagent zu sein (...). Sobald die Arbeit in unmittelbarer Form aufhört, die große Quelle des Reichtums zu sein, hört und muss aufhören die Arbeitszeit sein Maß zu sein und daher der Tauschwert das Maß des Gebrauchswerts" (Marx, MEW 42, 593). Für die Kapitalverwertung liegt darin ein enormes Rationalisierungspotenzial, um die Kosten der Produktion, der Verwaltung und des Managements zu senken. Bei gleich bleibendem oder sinkendem Wachstum und/oder bei gleicher Arbeitszeit kommt es daher zu Massenentlassungen. Auf der anderen Seite bilden diese Produktivitätsgewinne die Basis für die gewerkschaftlichen Forderungen nach der Verkürzung der Arbeitszeit.

Die mikroelektronische Revolution transformiert den Charakter der Lohnarbeit und ihre Qualifizierung: von der Produktion materieller Güter zur Produktion von Information und Wissen. Kommunikation und Wissensproduktion werden zentrale Voraussetzungen der materiellen Produktion wie der globalisierten Finanzmärkte. Gleichzeitig wandeln sich Profil und Zusammensetzung des gesellschaftlichen Arbeitskörpers. Schließlich kommt es zu einer gewaltigen Umverteilung der Arbeit vom industriellen – zum zwischen

Fortsetzung aus Fantômas 2/2002 + + + in mit Bedacht und Sorgfalt ausgewählten Fragmenten + + + Juve contra Fantômas (1911), Teil III + + + als landstreicher verkleidet + + + trifft sich gurn insgeheim mit lady beltham + + + in ihrer pariser villa + + + schmieden die liebenden fluchtpläne + + +



stabilen und instabilen Beschäftigungsverhältnissen, zwischen Tätigkeit mit hoher und niedriger Qualifikation bzw. gut und schlecht bezahlten Arbeitsplätzen hoch polarisierten – Dienstleistungssektor.

Die Veränderung der Strukturen der Informationen und der Kommunikation hat erhebliche Konsequenzen für die Analyse der Überbauten und der Ideologie im modernen Kapitalismus. Ich denke dabei an die Bedeutung des Internets, aber auch an die Rolle der privaten Medien, die für die ganze Welt Informationen über die politische und soziale Realität vermitteln und dabei Bilder und Vorstellungen mit direkten politischen Implikationen konstruieren. Damit gewinnt der – Gramsci so wichtige – „Stellungskrieg" um Hegemonie ganz neue Dimensionen.

• Die klassischen Imperialismusanalysen zu Beginn des 20. Jahrhunderts gingen stets von absoluten Schranken der Kapitalakkumulation aus. Die Analyse der Struktur der Akkumulation zeigt aber, dass die Kapitalakkumulation immer neue Bereiche des Lebens, der sozialen Reproduktion und der Kultur durchdringt und dem Waren- und Profitprinzip unterwirft: von der fordistischen Massenproduktion von Automobilen über die Kapitalisierung des Handels, der Dienstleistungen, des Kommunikationssektors und der Freizeit bis hin zur gegenwärtigen Durchkapitalisierung des Körpers durch „Biopolitik". Diese Prozesse werden von einer Ausweitung der Lohnarbeit auf neue Bereiche begleitet.

Zugleich nimmt innerhalb der globalen Reproduktion des Kapitalismus die Bedeutung des Finanzkapitals zu. Mit ihr wächst der Druck zur Anpassung der nationalen Systeme der Corporate Governance. Darunter sind nicht nur die Managementsysteme (und darin eingeschlossen z.B. die Beziehungs- und Machtstrukturen zwischen Vorständen und Aufsichtsräten, zwischen Eigenfinanzierung und Fremdfinanzierung durch Banken), sondern auch die Organisationsformen der industriellen Beziehungen (in Deutschland z.B. die verschiedenen Systeme der „industriellen Demokratie" und der „Mitbestimmung") zu verstehen.

Das Lohnverhältnis wurde deutlich abgewertet, die Löhne gerieten durch Rationalisierung und Arbeitslosigkeit, aber auch die Verschiebung der Finanzaktivitäten und die Politik von Regierungen unter Druck. Die sinkende Lohnquote belegt die enge Verbindung zwischen den Veränderungen in der Struktur der Akkumulation und den Veränderungen in den gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnissen zwischen Kapital und Arbeit, bzw. zwischen den Verbänden, die diesen Interessenkonflikt repräsentieren: Die Gewerkschaften haben erheblich an Macht verloren.

• Verändert hat sich auch das Verhältnis zwischen kapitalistischer Ökonomie und Staat. Die für den Fordismus charakteristische Parallelität von nationalem Keynesianismus und Weltmarktliberalismus wurde aufgebrochen. Die Aufgabe des kapitalistischen Staates besteht heute darin, als „nationaler Wettbewerbsstaat" (J. Hirsch) die Wettbewerbsfähigkeit der nationalen „Standorte" zu sichern bzw. zu optimieren. Die Arbeiterklasse wird im Zuge dieser Veränderungen (die immer auch ein Ergebnis von politischen Auseinandersetzungen sind) mit der Erosion des fordistischen Klassenkompromisses konfrontiert, der im Zeitalter des „Golden Age" (1948 - 1975) auf dem „Tauschgeschäft" zwischen der Anerkennung des Kapitalismus durch die reformistische Arbeiterbewegung und der Anerkennung der Vollbeschäftigungspolitik und des Sozialstaates durch die Repräsentanten der organisierten Kapitalinteressen beruhte. Die neoliberale Hegemonie reflektiert diese Veränderung der Kräfteverhältnisse in einer Politik der Privatisierung, Deregulierung, des Monetarismus und der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik. Das politische System hat in seinen Entscheidungen die Dominanz der Gesetze des Marktes über allen anderen Sphären der Gesellschaft und der Politik anerkannt.

Innerhalb der Weltmarktkonkurrenz forciert der „Wettbewerbsstaats" die Deregulation des Arbeitsmarktes („Flexibilisierung", Schaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse bzw. eines Niedriglohnsektors), die Umwandlung der wohl-

fahrtstaatlichen Politik kollektiven Schutzes und kollektiver Solidarität zugunsten privater Absicherung und Individualisierung sowie den Abbau von Arbeiter- und Gewerkschaftsrechten im Bereich der industriellen Demokratie. Deregulierung und Privatisierung wirken auch im Bereich von Bildung und Wissenschaft. Diese werden „ökonomisiert", in dem die Institutionen nach betriebswirtschaftlichen Kriterien evaluiert, Privatschulen/-universitäten und Elitenförderungen aufgewertet und ihre Inhalte direkt den Kapitalinteressen untergeordnet werden.

- Der Kapitalismus der Gegenwart hat eine neue Stufe der Internationalisierung bzw. Transnationalisierung von Produktion und Austausch, der Mobilität des Kapitals, der Information, des Geldes und auch der Menschen (transnationale Migration) erreicht. Zum einen erweitert sich mit den Strategien des Global Sourcing der Handlungsspielraum transnationaler Konzerne (TNK) insbesondere im Verhältnis zu den Beschäftigten und den Gewerkschaften in erheblicher Weise, auch wenn die „Exit-Option" des Kapitals gelegentlich übertrieben wird. Zum anderen wird die Weltmarktkonkurrenz als quasi-unveränderliche Naturkonstante akzeptiert und verinnerlicht, weil neoliberale Politik sich als „alternativlos" darzustellen vermag. Auch das stärkt das Management gegenüber Beschäftigten, Betriebsräten und Gewerkschaften, deren strategische Schwäche sich wiederum in der Akzeptanz der Politik des Wettbewerbskorporatismus spiegelt. Verstärkt werden diese Effekte durch das Ende der bipolaren Welt der Blockkonfrontation. Klassenpolitische Wirkungen zeitigten schließlich auch die Finanzkrisen seit Ende der 80er Jahre: Während die Verschuldungskrise generell die Entwicklungsländer gegenüber den Metropolen schwächte, treffen die Währungs- und Finanzkrisen der neuen Zeit (z.B. die Asienkrise 1997) vor allem die Unterschichten.

Diese Entwicklungen legen die Notwendigkeit einer neuen Imperialismusdebatte nahe. Dabei wäre zu berücksichtigen, dass die Internationalisierung des Kapitals die Arbeitsmärkte nur partiell erfasst. So stellen die ArbeiterInnen der TNKs und der Exportindustrien nur 10 bis 15% der globalen Arbeiterklasse. Desgleichen hat sich die Zahl der MigrantInnen seit 1965 zwar um 60% erhöht, doch macht ihr Gesamtanteil an der Arbeiterklasse weltweit weniger als 5% aus. Dass die Gewerkschaften ihren Schwerpunkt auf der Ebene des Betriebes, der Branche und der Nationalstaates haben und international immer noch relativ schwach sind, reflektiert auch den Widerspruch zwischen der Globalisierung der Kapitalbewegung und der noch überwiegend nationalstaatlich verfassten Struktur der Arbeitsmärkte.

## Ein neuer Block der Subalternen

Was bedeuten diese Befunde einer natürlich sehr bruchstückhaften Analyse für eine am Marxismus orientierten Klassenanalyse? Eine erste Feststellung scheint banal zu sein: Die Arbeiterklasse ist keineswegs verschwunden, der Kapitalismus basiert nach wie vor auf der Ausbeutung der Lohnarbeit und den natürlichen, sozialen und politischen Bedingungen der Produktion und Aneignung von Mehrwert. Die Zahl der abhängig Arbeitenden hat sich zwischen 1970 und 2000 fast verdoppelt und umfasst ungefähr die Hälfte der gesamten Weltbevölkerung. Das ist in erster Linie auf die Entwicklung in China und in anderen Teilen Asiens zurückzuführen, wo infolge der Industrialisierung große Teile der Landbevölkerung „freigesetzt" wurden. In den entwickelten kapitalistischen Ländern beträgt der Anteil der Lohnarbeit inzwischen 90% und mehr, wobei die Zahl der Selbstständigen leicht zunimmt. Das ist u.a. auf die Zunahme der Kleinstunternehmen in der „New Economy" und im Dienstleistungssektor und auf die Strategie des „Outsourcings" zurückzuführen: Viele Unternehmen verteilen Arbeitsaufträge an formell Selbstständige, die de facto aber völlig von ihnen abhängig sind. Gleichzeitig hat sich der Anteil von Frauen unter den abhängig Arbeitenden weltweit von 33% (1970) auf 40% (2000) erhöht. Darin reflektieren sich gewaltige Veränderungen der Familienstrukturen, der Einstellungen von Frauen zu ihrer Arbeitsbiographie, Veränderungen im Bildungssystem, aber auch in den Strukturen der Arbeitsmärkte selbst, denn die Frauen sind überproportional in den Niedriglohn-, Teilzeit und informellen Sektoren beschäftigt.

Die klassische Arbeiterbewegung glaubte, dass das quantitative Anwachsen der Arbeiterklasse zur zahlenmäßig stärksten Klasse die Vereinheitlichung der Arbeits- und Lebensbedingungen, der Qualifikation und des Klassenbewusstseins vorantreibe. Diese Vorstellung war immer falsch, weil die Geschichte der Klasse eine der permanenten Um- und Restrukturierung ihrer inneren Sozialstruktur war. Heute sind diese Strukturen extrem fragmentiert. War der Fordismus noch durch universelle Standards für die Massenproduktion und die Reproduktion der Arbeitskraft charakterisiert, verstärkt der Postfordismus die Spaltungen zwischen oberen und unteren Klassen wie innerhalb der Arbeiterklasse selbst.

Die Umstrukturierung und Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse schafft innerhalb wie jenseits der nationalen Grenzen neue Formen sozialer Ungleichheit. Es entsteht ein neuer „Block der Subalternen" (Gramsci), der sich allerdings politisch noch nicht als Block artikuliert, weil ihm das alternative Programm und die Handlungskompetenz gegenüber dem Neoliberalismus fehlen, durch die die Fraktionen dieses Blocks zusammengeschweißt werden könnten.

- An seiner Spitze befinden sich Fraktionen der lohnabhängigen Mittelklasse und

als gurn die villa verlässt + + + nimmt juve ihn fest + + + juve durchsucht gurns apartment + + + entdeckt die landkarte + + + zu der der fetzen passt + + + den er in schloss lagrune fand + + +

eher „aristokratische" Facharbeiterschichten mit hoher Qualifikation, relativ sicheren Arbeitsplätzen und Einkommen. Dabei hat der Sektor der Kommunikations- und Wissensproduktion quantitativ, vor allem aber qualitativ an Bedeutung gewonnen. Seine Beschäftigten praktizieren Lebensstil und Individualisierungsphilosophie der Mittelklasse und unterstützen oft die neoliberale Politik, sind aber auch gegenüber den „neuen sozialen Bewegungen" (Feminismus, Ökologie) aufgeschlossen und unterstützen grüne Parteien.

- Eine zweite Fraktion umfasst den industriellen Kern der traditionellen Arbeiterklasse. Obwohl sie in Umfang, sozialem Status und politischem Gewicht beträchtlich verloren hat, verfügt sie in einigen Ländern noch über relativ starke Gewerkschaften und eine relativ stabile Beschäftigung. Dabei neigt sie zu einer konservativen, „korporatistischen" Politik.
- Eine dritte Fraktion besteht aus unterqualifizierten, schlecht bezahlten, oft Teilzeit arbeitenden Beschäftigten in den unteren Segmenten des Dienstleistungsbereiches. Viele von ihnen sind MigrantInnen aus Osteuropa, Afrika, Lateinamerika oder Asien, die Mehrzahl Frauen. Diese Schicht eines neuen „Dienstleistungsproletariats" hat am stärksten zugenommen.
- Schließlich bildet sich weltweit eine dauerhaft arbeitslose oder unterbeschäftigte „Unterklasse". Es handelt sich weder um eine „industrielle Reservearmee" (denn sie hat kaum noch eine Chance, die Exklusion vom offiziellen Arbeitsmarkt zu durchbrechen), noch um ein klassisches „Lumpenproletariat" (weil sie historisch ein Produkt des Wohlfahrtsstaats der 60er Jahre ist).

## Ungleichzeitige Widerspruchsformationen

Die Fraktionen dieses Blocks der Subalternen sind ungleich über die Welt verteilt, nicht nur zwischen Metropole und Peripherie, sondern auch zwischen Global Citys, traditionell-industriellen, ländlichen und den neu-industrialisierten Regionen der „New Economy". Die bloße Lohnabhängigkeit ist als Merkmal der Unterscheidung völlig unzureichend, weil sich die soziale Position primär über die Merkmale Geschlecht und Ethnie bestimmt. Die Fragmentierungstendenzen verstärken die Erosion des traditionellen Klassenbewusstseins und wirken über Rassismus und Sexismus als stabilisierender Faktor neoliberaler Herrschaft. Gleichzeitig bringen die Widersprüche des globalen Kapitalismus überall in der Welt neue Formen des Widerstandes hervor. Auch die intellektuelle Kritik des Neoliberalismus hat sich verstärkt. Selbstverständlich variieren die Inhalte dieser Konflikte deutlich und entsprechen den jeweils spezifischen Bedingungen innerhalb des globalen Kapitalismus wie des Blocks der Subalternen: Proteste landloser Bauern in Brasilien, der Aufstand in Chiapas, Widerstand von Bauern gegen die Privatisierung des Zugangs zu Wasser in Peru, Gewerkschaftsstreiks in Westeuropa und Südkorea, globale Massendemonstrationen gegen Krieg und Kriegsgefahr. Dabei können fünf Gruppen von Widersprüchen unterschieden werden, auf die sich Protest und Widerstand konzentrieren:

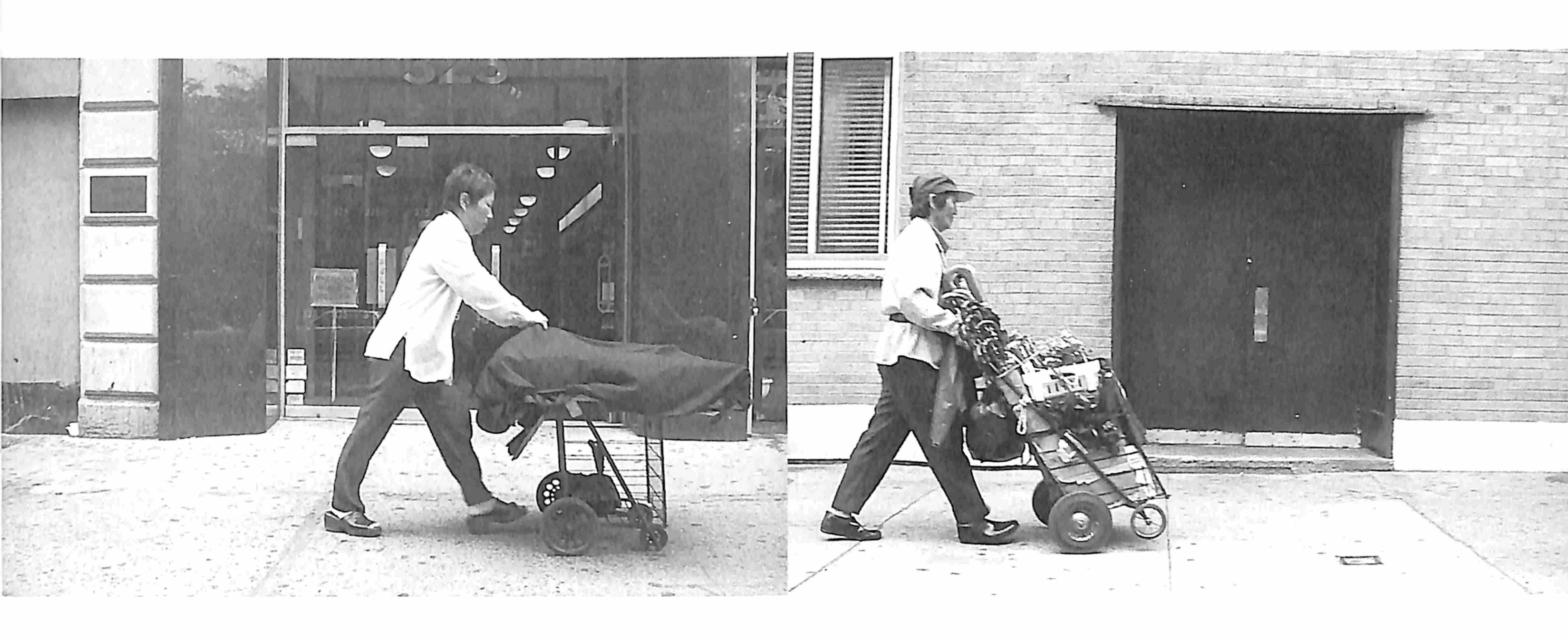
- Der Widerspruch zwischen Großkapital und Demokratie, festzumachen an den Angriffen auf WTO, Weltbank, IWF, OECD und EU.
- Der Widerspruch zwischen der Intensivierung von Arbeit und Ausbeutung und der Armut durch ökonomische und finanzielle Krisen, festzumachen am wachsenden Widerstand der Gewerkschaften nicht nur in den USA, sondern auch in Westeuropa.
- Eine dritte Gruppe der Widersprüche hängt mit der Intensivierung der Krise der sozialen Reproduktion zusammen, die zunächst die Frauen und ihre Arbeit in der informellen bzw. der Subsistenzökonomie, im Haushalt und der Kindererziehung trifft.
- Eine vierte Gruppe von Widersprüchen betrifft die transnationalen Konzerne in der Nahrungsmittel- und Pharmaindustrie. Dabei geht es nicht allein um die Nahrungsmittel, sondern auch um eine „Biopolitik", die durch Genmanipulation und Experimente mit Embryonen auf die menschlichen Körper selbst zielt. Diese Problematik spielte schon bei den Demonstrationen gegen WTO und der OECD eine wichtige Rolle.
- Eine fünfte Gruppe von Widersprüchen wird durch die Massenbewegungen gegen die Kriegspolitik der USA seit dem 11. September 2001 artikuliert.

## Frühwarnsysteme und kritische Intellektuelle

Die globalisierungskritischen Bewegungen sind „Frühwarnsysteme" künftiger sozialer, politischer, ökonomischer, ökologischer, aber auch kultureller Konflikte, in denen die Arbeiterklasse unentbehrlich sein wird. Diese Konflikte konzentrieren sich auf Fragen der Demokratie, der Partizipation und der nationalen Souveränität, sie betreffen die Rolle internationaler Organisation und den Kampf um die Verhinderung einer imperialen Weltherrschaft, aber auch die Verteilung und Umverteilung von Reichtum, Information, Wissen, Gesundheit, den Zugang zu Trinkwasser, frischer Luft und anderen natürlichen Ressourcen. Die erneute Einbettung der Ökonomie in Institutionen sozialer und politischer Kontrolle verlangt den Stopp der Ausdehnung der Warenproduktion („Kommodifizierung"), der Deregulierung und Privatisierung. Demokratie bedarf eines breiten Sektors der „Dekommodifizierung" (d.h. des Zugangs zu öffentlichen Gütern von hoher Qualität für alle) und eines breiten „dekommodifizierten" Arbeitsmarktes im Bereich der Bildung, der Wissenschaften, der Gesundheit, der Infrastruktur usw.

Inspiriert von Machiavellis Reflexionen über den „Fürsten" (1513) hat Gramsci die leninistische Partei zu Beginn des 20. Jahrhunderts als „modernen Fürsten" bezeichnet, dessen „organische Intellektuelle" die Arbeiter und Bauern auf nationaler Ebene zum Block der Subalternen organisieren und dabei die Hegemoniefrage stellen sollten. Ein „postmoderner Fürst" kann nicht länger den Organisationen der klassischen Arbeiterbewegungen nachgebildet werden, sondern wäre als komplexe Netzwerkstruktur zu organisieren. Seine wichtigste Funktion bestünde darin, Bündnisse zwischen sehr verschiedenen Kräften und Bewegungen zu schaffen, in dem er ein Bewusstsein über die innere Beziehung von Konflikten schafft, die auf den ersten Blick getrennt zu sein scheinen. Dabei spielen die kritischen Intellektuellen möglicherweise eine noch größere Rolle als zur Zeit Gramscis. Ihre Aufgabe, das Selbstbewusstsein dieser neuen globalen Bündnisse sozialer, politischer und kultureller Kräfte zu artikulieren, kann nur dann erfolgreich wahrgenommen werden, wenn sie auf dem fortgeschrittenen Stand der Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien stattfindet. Das Verhältnis von individuellen, partikularen und kollektiven Interessen aber muss durch die Kämpfe und Bewegungen selbst begründet werden.

***Frank Deppe*** *ist Professor für Politikwissenschaften in Marburg und veröffentlichte zuletzt „Politisches Denken im 20. Jahrhundert, Band 2: Politisches Denken zwischen den Weltkriegen." Eine erheblich erweiterte Fassung dieses Textes erschien in* Z – Zeitschrift für marxistische Erneuerung, *Heft 54, Juni 2003*
(www.zeitschrift-marxistische-Erneuerung.de)



# Von der Liebe zum Hass auf das Schicksal

## „Klassen“ und Kämpfe nach Pierre Bourdieu

Von Stefanie Graefe

Der marxistische Klassenbegriff taugt für die Analytik der Gegenwart nur begrenzt. Aber es gibt Alternativen. Und Weiterentwicklungen. Oder beides. Zum Beispiel: Bourdieu.

Es war August und ich saß in einer Buchhandlung, während draußen ein selbst für Hamburger Verhältnisse ungewöhnlich heftiger Regen die Keller der Stadt füllte und dieses eigenartige Gemeinschaftsgefühl zwischen Nachbarn und Passantinnen, Ladenbesitzerinnen und Feuerwehrleuten auslöste, das immer dann auftaucht, wenn vermeintliche oder tatsächliche Katastrophen die bloße Idee von Privatsphäre einen kurzen Moment lang absurd erscheinen lassen.

In der Druckerei las Madjiguene Cissé vor aus ihrem Buch über die Kämpfe der Sans Papiers in Frankreich (1), der Laden war schon voll, als ich kam und füllte sich im Laufe des Abends noch weiter; es interessierte, was Cissé von ihren Kämpfen zu berichten hatte – und dieses offensichtliche Interesse ging eine eigenartige Verbindung ein zu dem Geschehen draußen, verlängerte jenen flüchtigen Moment diffuser Gemeinsamkeit, so dass man beinahe glauben konnte, der Regen und die in Frankreich lebenden Illegalisierten, die 1996 mit der ersten Kirchenbesetzung „aus dem Schatten traten“, hätten was miteinander zu tun.

Irgendwann kam Cissé auf Bourdieu zu sprechen, der einige Monate zuvor gestorben war. Sie berichtete von Bourdieus Engagement für die Sache der Sans Papiers; davon, wie er seine Popularität und Position als Professor am höchst rennomierten Collège de France strategisch für die Bewegung einzusetzen wusste. Und dies, wie Cissé betonte, keinesfalls in einer exemplarischen, einmaligen Aktion (die dann letztlich dazu dienen würde, späteren Biographen einen Anlass zu liefern, Bourdieu als „politisch engagierten“ Theoretiker zu bezeichnen), sondern kontinuierlich in unterschiedlichen Kämpfen, von seinem Einsatz für Obdachlose, gegen den Golfkrieg bis zu seinem Engagement gegen Neoliberalismus. Ihr Nachruf endete mit der Frage: „Was kommt nach Bourdieu?“, und diese Frage löste



bei mir, ganz bestimmt auch im Verein mit dieser im Hintergrund eigenartig wabernden Gemeinschaftlichkeit, einen Moment der Rührung aus, einen dieser Momente also, die dir im Grunde sofort peinlich sind, weil sie schon von jenseits der Grenze zum Kitsch herkommen, und die doch etwas enthalten, dem nachzugehen sich vielleicht lohnen könnte.

Genau genommen aber war es die in Cissés Frage enthaltene zweite Frage, die näher untersucht werden wollte, nämlich: Was ist das eigentlich, was „nach Bourdieu" kommen sollte? Insofern es Bourdieus politisches Handeln war, dass Cissé den Anlass für ihre Frage lieferte, fragte sie, so schien es mir wenigstens, im Grunde danach, wie sich dieses nach Bourdieu als „Praxis" verstehen ließe, die zu entwickeln auch ganz unabhängig von der konkreten Person BourdieusSinn machen würde.

Paradoxerweise lädt gerade das konkrete Subjekt Bourdieu dazu ein, diesen Blick über das Persönliche hinaus zu wagen; sehr deutlich etwa in seinem letzten Buch Ein soziologischer Selbstversuch (2), das zwar schon eine Art autobiographischer Rückblick auf Bourdieus eigene Karriere ist, zugleich aber darauf besteht, das Autobiographische nur als Hilfsmittel zu benutzen, und zwar für eine gründliche Abrechnung mit jenen sozialen wie formalen Institutionen der universitären Eliten, denen Bourdieu selbst angehörte. Dass er sich dieses Zwiespalts stets vollständig bewusst war, macht die enorme Spannung aus, die nicht nur diesen letzten, sondern viele seiner wissenschaftlichen (und auch die politischen) Texte durchzieht, die trotz ihrer analytischen Präzision oft so wirken, als seien sie unter dem Druck eines Zorns geschrieben worden, der gerade so weit in Grenzen gehalten wurde, dass das Schreiben eben noch möglich blieb.

## „Aber, als läge ein Fluch auf ihr, bewirkt die ihrem Wesen nach diakritische, differenzielle, distinktive Natur ..."

Bourdieu entstammte, ganz im Unterschied zu vielen seiner berühmten Philosophen-Kollegen, nicht der herrschenden Klasse Frankreichs, sondern kam aus kleinbürgerlich-provinziellen Verhältnissen; und die Scham, die er als Junge über den bescheidenen Aufstieg seines Vaters zum dörflichen Postamtsvorsteher den Bauern der Umgebung gegenüber empfand – diese Scham, etwas oder jemand verlassen oder verraten zu haben und umgekehrt: irgendwo gelandet zu sein, wo man „im Grunde" nicht hin gehörte – war, wie er schreibt, noch viele Jahre später anwesend, als er seine Antrittsvorlesung (3) am Collège hielt: unter Mühen, und mit dem „Gefühl, immer alles zu teuer zu bezahlen".

Eine Position einzunehmen, die nie vorgesehen war für eineN, einen Platz zu besetzen, der sich schon allein deshalb, weil niemand ihn dir je versprochen hatte, nicht als „Besitz" erfahren lässt, sondern dich, während du ihn besetzt, fortwährend quält – dieses alltägliche Phänomen (von dem unzählige Frauen in „Männerinstitutionen" zu berichten wissen) liefert doch Hinweise auf jene Dimension sozialer Realität, die aus uns das macht, was wir sind, nämlich Individuen, deren je besondere Geschichte immer auch die Geschichte eines umfassenden „Angeordnetseins" ist, das individuell unterschiedlich erfahrbar und auch, in Grenzen, veränderbar – als Tatsache des Angeordnetseins aber unhintergehbar ist: *The sense of one's place*, den Bourdieu „Habitus" nennt und der sich in unseren alltäglichen Entscheidungen, Vorlieben, Einstellungen reproduziert. Und der eben damit eine umfassende Anerkennung und stetige Wieder-Einsetzung der sozialen (Klassen-)Ordnung durch die Praxen der Individuen garantiert. Dem „Klassenbewusstsein" des revolutionären Subjekts des Marxismus hält Bourdieu damit als Spiegel ein „Klassenunbewusstes" vor, das sich aus der Einverleibung objektiver gesellschaftlicher Machtstrukturen speist und nicht nur das Handeln der Subjekte, sondern auch die ihnen zur Verfügung stehenden Denk- und Wahrnehmungskategorien strukturiert. Ganz anders als eine „Rolle" ist der Habitus damit gerade nicht etwas, was wir im Prinzip annehmen oder ablegen können, sondern eine umfassende Form des Weltbezugs, die die grundsätzlichen Bedingungen unseres Handelns, Fühlens und Denkens formatiert; selbst unsere körperlichen Empfindungen und schließlich auch unsere Sprache. Es gibt keine unschuldigen Wörter, wenn Sprache nicht nur bestimmte Informationen, sondern immer schon Informationen über einen *Sprachstil* vermittelt, der seinerseits, insofern er immer in Konkurrenz steht zu anderen Sprachstilen, zugleich als „Sprachkapital" dazu geeignet ist (oder gerade eben nicht), seiner Produzentin „materiellen oder symbolischen Profit" einzufahren; am deutlichsten erkennbar in der Differenz der jeweiligen „Hochsprache" zu den abgeschlagenen „Dialekten", subtiler aber ebenso wirksam in sprachlicher Gewandtheit, im Wortschatz, selbst in der Stimm-



modulation. (4) Deutlich ist damit auch, dass das von Bourdieu kartographierte „Klassenunbewusste“ kein verborgenes oder verdrängtes Geheimnis, sondern vor allem eine Weise des Handelns, eben: Praxis ist.

## „... der symbolischen Macht, dass das Eintreten der distinguierten Klasse in das Sein unvermeidlich ...“

Wenn Sprechen Kapital ist, dann ist Kapital nicht (nur) das, was Kapitalisten oder Marxisten darunter verstehen, und Bourdieu setzt „Kapital“ gerade ein in kritischer Wendung gegen einen Reduktionismus, der als Kapital nur den aus Arbeit gewonnenen und akkumulierten Mehrwert definiert. Für das Angeordnetsein der Akteure im sozialen Raum spielt das ökonomische Kapital zwar eine wichtige Rolle. Daneben aber bestimmen weitere Kapitalsorten die Position der sozialen Akteure: das kulturelle, das soziale und schließlich das symbolische Kapital. Genauer gesagt bestimmen sie diese Position nicht „neben“ dem ökonomischen Kapital, sondern *in Relation* zu diesem, ebenso wie sich die Positionen und damit die Klassen selbst nur aus ihrer „räumlichen“ Bezogenheit aufeinander verstehen lassen. Während das kulturelle Kapital den gesamten Bereich der Bildung umfasst, ist mit sozialem Kapital die Welt der „nützlichen Beziehungen“ bezeichnet. Symbolisches Kapital schließlich ist das Kapital, das am Selbstverständlichsten erkannt und anerkannt wird, d.h.: Prestige, Renomée, soziale Anerkennung. Symbolisches Kapital kann akkumuliert werden, wo es bestimmten Akteuren gelingt, zu den „Sichtbarsten“ der sozialen Ordnung zu werden und ihre eigenen Praxen und Weltsichten als „legitime“ zu behaupten, *common sense* zu produzieren; wofür wiederum Bedingung ist, dass dieser Kampf um Legitimität und Sichtbarkeit nicht als solcher erscheint, und das symbolische Kapital jener „legitimen“ Akteure als deren selbstverständliches Eigentum (nicht) wahrgenommen wird. In diesem Sinne hat der legitime Akteur Pierre Bourdieu in seinem Engagement für die *Sans Papiers* sein symbolisches Kapital zum Einsatz in einem end- und gnadenlosen Spiel um Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit gemacht; denn ebenso wie die Mittelklasse als Mittelklasse nur existieren kann, wenn es zugleich Unter- und Oberklasse(n) gibt, die diese Existenz „in der Mitte“ ermöglichen, kann es die „Sichtbarsten“ nur geben, wenn es auf der anderen Seite Unsichtbare gibt; einen in Abstufungen erst weniger, schließlich mehr und mehr verdunkelten Zuschauerraum, vor dem sich die Legitimität der herrschenden Klassen inszeniert und reproduziert.

Während Bourdieu zwar von einer „tendenziellen Dominanz des ökonomischen Feldes ausgeht“, die an Althussers „Determinierung in letzter Instanz“ erinnert, betont er zugleich die jeweils eigene Logik, nach denen die anderen Kapitalsorten, insbesondere das kulturelle Kapital, akkumuliert werden und, vermittelt z.B. über schulische Selektionspraktiken, als gesellschaftliche Platzanweiser funktionieren. Gerade der Erwerb von „inkorporiertem kulturellen Kapital“ – die einverleibten Kompetenzen, etwa die Fähigkeit, im Vokabular bestimmter Diskurse zu sprechen – ist in einer bestimmten Währung zu bezahlen, die im sozialen Raum der Klassen äußerst ungleich verteilt ist. Nämlich Zeit. Zeit zum Lernen, Aneignen, Vertiefen und Anwenden kultureller Kompetenzen.

Wenn nun z.B. ein hohes kulturelles und symbolisches Kapital zusammentrifft mit einem niedrigen ökonomischen Kapital, etwa im Fall der arbeitslosen Akademikerin mit Doktortitel, dann entsteht daraus vielleicht eine Position, die es dieser Akademikerin gestattet, möglicherweise flankiert durch ein „linksradikales“ Selbstverständnis, sich mit Arbeiterinnen der Unterklasse zu „solidarisieren“. Es handelt sich dann allerdings nicht um das Resultat eines besonderen Bewusstseins, sondern um den Effekt einer Ähnlichkeit von Positionen, insofern beide, Akademikerin und Arbeiterin im Verhältnis zur herrschenden ökonomischen Klasse Beherrschte sind. Doch zugleich wird diese fiktive Akademikerin aller Voraussicht nach darauf bedacht sein, die kulturelle Distanz zur Arbeiterin zu pflegen, sichert doch erst diese Distanz ihre relativ „hohe“ Position im kulturellen Feld ab.

Diese Entmythologisierung von Bündnissen Intellektueller mit der so genannten „Arbeiterklasse“ ist mehr als bloß Provokation: worum es geht, ist ein spezifisches Verständnis von „Klassen“ einerseits und ein geschärfter Blick auf die Mechanismen der Reproduktion von Klassen“ordnung“ andererseits. Zwar fasst Bourdieu als „Klasse“ „Ensembles von Akteuren mit ähnlichen Positionen“ (5) und erklärt, diese ließen ähnliche Dispositionen und Interessen *erwarten*. Doch die „klassenbedingte“ Ähnlichkeit kann immer enttäuscht werden. Und diese systematische Möglichkeit des Enttäuschtwerdens bringt Bourdieu - in Abgrenzung gegen eine idealisierte „Klasse für sich“ - mit „wahrscheinliche“ bzw. „theoretische“ Klasse auf den Begriff. Die Position einer Akteurin definiert sich stets ausschließ-



lich aus der Relation zu anderen Akteuren im sozialen Raum, und die jeweiligen Positionen sind zugleich Bedingungen wie Einsätze im fortwährende Kampf um Positionen, Auf- und Abstieg. Nicht bloß die explizit politischen oder ökonomischen, sondern auch die künstlerischen, theoretischen und eben gerade die alltäglichen Praxen können so als Einsätze im Klassenkampf verstanden werden. Nicht zuletzt deshalb ist die Idee einer „Privatsphäre" längst in jedem Moment kapitalistischer Wirklichkeit ad absurdum geführt.

Die Klassenordnung ist, insofern sie sich in alltäglicher Praxis reproduziert, ein zeitliches Geschehen, in das deshalb immer schon ein Moment der „Unschärfe" systematisch eingeschrieben ist. Ein Geschehen außerdem, das gerade nicht die Wahrheit eines „revolutionären Subjektes" zum Ausdruck bringt. Vielmehr stellt sich das Problem genau anders herum – und Bourdieu wirft dem Marxismus vor, dies nicht genug berücksichtigt zu haben: Soziale Akteure sind auf Gruppenbildung angewiesen, um sichtbar zu werden und auf Repräsentation durch „legitime Akteure". Doch würden sie, so Bourdieu, durch diesen Mechanismus der Repräsentation tendenziell enteignet und ihre „Klassenrealitäten" gerade unsichtbar gemacht.

## „... seinen Widerpart im Sturz der komplementären Klasse in das Nichts oder das mindere Sein hat." (6)

Was also wäre das für eine Praxis, die „nach Bourdieu" kommen könnte – und doch nicht auf Bourdieu angewiesen bliebe? Jedenfalls eine, die mit Kitsch und Rührseligkeit wenig und grundlegender Skepsis viel im Sinn hätte. Skeptisch gegenüber jedem Versuch, eine „ideale Klasse" in der Realität dingfest zu machen - ebenso wie gegenüber jeder idealisierten Gleichschaltung aller, „die dagegen sind", weil darin die strukturellen Grenzen zwischen den Akteuren unsichtbar und gerade dadurch besonders wirksam wären. Eine Praxis aber auch, die weiß, dass sie ohne strategische Bündnisse über Klassengrenzen hinweg, von den „Sichtbarsten" bis zu den „Unsichtbarsten", dem Klassensystem kaum gefährlich werden wird. Eine Praxis außerdem, die die „soziale Frage" in aller Dringlichkeit stellt und gerade deshalb Bildung als ihr „ureigenes" Thema begreift. Auch eine Praxis, die Intellektuelle in die Pflicht nimmt, sich zu entscheiden, *wie* sie ihr kulturell-symbolisches Kapital einsetzen: zur Selbst-Akkumulation oder zur Umverteilung. Und schließlich eine Praxis, die in Aussicht stellt, auch die theoriepolitischen Grenzen eines Bourdieuschen „Habitus" zu überschreiten, insofern dieser als „amor fati", als „Liebe zum Schicksal", recht übermächtig scheint; weshalb es wohl gälte, den „odio fati", also den Hass auf das Schicksal der einen und auf die Privilegien der anderen zu schüren – ohne den neoliberal-individualisierten Glücksversprechen zu erliegen. Und ohne aus dem Blick zu verlieren, dass politische Interventionen immer ein Doppelcharakter eigen ist, insofern sie nicht nur gegenüber dem politischen Gegner, sondern auch gegenüber den „Subalternen" Distinktionsgewinne versprechen. Neben dem Kampf um die Köpfe würde es im Zeichen neoliberaler Globalisierung aber auch eine Praxis sein, die den Kampf um die Bedingungen der Produktion wie der Verteilung des ökonomischen Kapitals, des „planetaren Reichtums", wie Cissé sagt, in entschiedenerer Weise wieder aufnehmen müsste, als Bourdieu selbst dies eingefordert hat. Denn auch diesbezüglich gilt: „Was die Sozialwelt hervorgebracht hat, kann die Sozialwelt auch wieder abschaffen." (7)

***Stefanie Graefe****, lebt in Hamburg, ist Soziologin und Redakteurin bei* ak *– analyse und kritik und bei* Fantômas.

**Anmerkungen:**

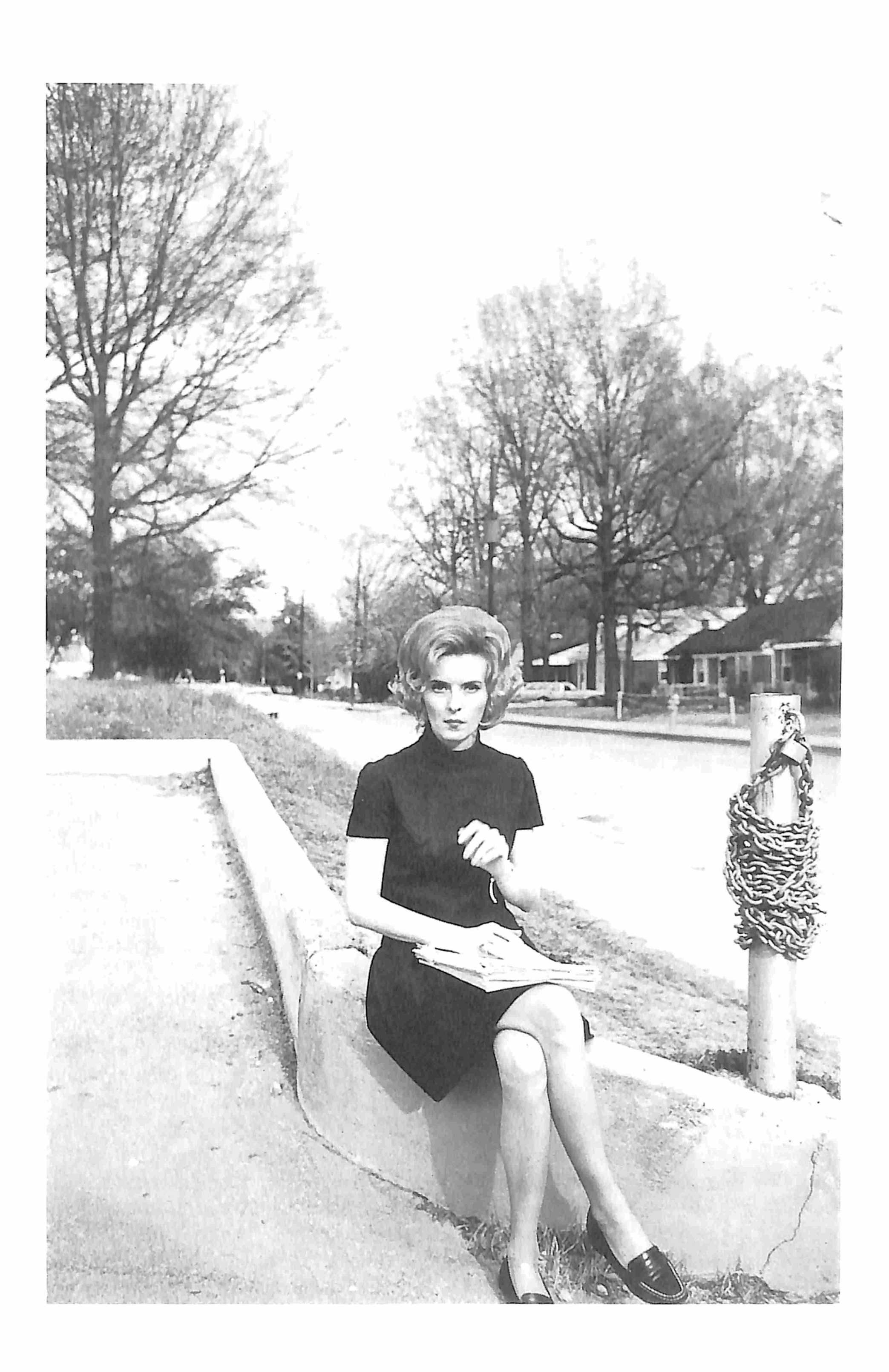
1) Madjiguène Cissé: Papiere für alle. Die Bewegung der Sans Papiers in Frankreich. Hamburg 2002, Assoziation A
2) Pierre Bourdieu: Ein soziologischer Selbstversuch. Frankfurt am Main 2002, Suhrkamp
3) Pierre Bourdieu: Leçon sur la Leçon. In: Sozialer Raum und „Klassen". Leçon sur la Leçon. 2 Vorlesungen, Frankfurt am Main 1985, Suhrkamp
4) Pierre Bourdieu: Was heißt sprechen? Die Ökonomie des sprachlichen Tauschs. Wien 1990, Braumüller
5) Leçon sur la Leçon, S. 12
6) Was heißt sprechen, S.92-93
7) Pierre Bourdieu: Postscriptum, in: ders. et al: Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, Konstanz 1997, Universitätsverlag, S. 823-826, hier: S. 826

# Im Rausch von Ordnung und Disziplin

## Stehkragenproletarier, Soldaten der Arbeit und pavlov'sche Hunde

Von Moe Hierlmeier

„Die Kräfte des Rausches für die Revolution zu gewinnen", darin bestand für Walter Benjamin das Programm des Surrealismus, das er für sich und die ArbeiterInnenbewegung fruchtbar machen wollte. Im Blick auf deren Geschichte zeigt Moe Hierlmeier, wie wenig die dafür zu haben war.



telegraphiert sofort dollon + + + dem früheren diener der marquise + + + bittet ihn, mit dem kartenfragment nach paris zu kommen + + + dollon aber wird unterwegs aus dem fahrend zug gestossen + + + das fragment gestohlen + + +

Auf die Ursachen für die Katastrophe von 1933, die sich für ihn schon 1929 andeutete, ging Benjamin in den Thesen „über den Begriff der Geschichte" näher ein. Vor allem in der vulgärmarxistischen Überhöhung von Arbeit, dem „Heiland der neueren Zeit" (J. Dietzgen), und im Kult des Fortschritts sah er die entscheidenden Aspekte, die für den Konformismus und das Lob der Technokratie in der Arbeiterbewegung verantwortlich waren.

Die hegemonialen Bilder vom Proletariat waren bis in jüngste Zeit geprägt von produktivistischen Leitideen. Dies galt für die beiden wichtigsten Strömungen der Arbeiterbewegung, die Sozialdemokratie und den Parteikommunismus. Während sich die Sozialdemokratie eher an einer positivistischen Fortschrittsideologie orientierte, waren viele in der Sowjetunion von den behavioristischen Machbarkeitsphantasien begeistert, in denen der Neue Mensch in tayloristischen Fabriken hergestellt werden sollte. In beiden Strömungen wurden die „Kräfte des Rausches" ausgegrenzt.

## Ordnung und Disziplin: Die Sozialdemokratie

Der Positivismus entstand im 19. Jh. mit der einsetzenden Industrialisierung. Er versprach die Erlösung vom sozialen Elend durch den immer stärkeren Einsatz von Wissenschaft und Technik. Die zu erwartenden Produktivitätsfortschritte sollten einen Reichtum erschaffen, der allen zugute kommen würde. Voraussetzung dafür sollte die planmäßige Organisation der Arbeit sein, für die Ordnung und Disziplin der Arbeiter unverzichtbar die Grundvoraussetzungen seien. Nicht die Abschaffung der Arbeit, wie es Marx in den *Grundrissen* gefordert hatte, sondern die „alte protestantische Werkmoral" (Benjamin) feierte in der Sozialdemokratie in säkularisiertem Gewande fröhliche Urständ. Arbeit, Wissen, Technik, Ordnung, Disziplin, Einheit und Fortschritt waren die unhinterfragbaren Fetische dieser Weltanschauung. Das Bild vom Proletariat orientierte sich am männlichen Facharbeiter in der Industrie mit seinem Produzentenstolz.

Die Organisation, sei es als Partei oder Gewerkschaft, war der Garant für Fortschritt und die neue Ordnung. Sie bekämpfte das Chaos und brachte Licht ins Dunkel. Weil sie Elemente des Unkontrollierbaren und Unvorhersehbaren enthielten, wurden autonome Kampfformen mit größter Skepsis betrachtet. Beispielhaft für diese Haltung sind die großen Bergarbeiterstreiks von 1889 und 1905, die gegen den Willen von Gewerkschaft und SPD ausbrachen. Der „Vorwärts" kommentierte den Streik von 1905 folgendermaßen: „Wie man auch immer über die Berechtigung das Streiks denken mag: Das muss man doch zugeben, dass er sich planlos entwickelt hat (...) Unendlich schwerer als die Eröffnung eines Streiks ist seine Beendigung nach kurzer Dauer ohne sichtbare, greifbare Erfolge. Dass (...) es gelungen ist, die erregten Massen zu einem organisierten Rückzug zu veranlassen, das ist ein so eindringlicher Beweis von der Stärkung des Organisationsgedankens unter den Bergarbeitern, dass für die Zukunft die besten Aussichten erwachsen."

## Der Stehkragenproletarier als Ideal

Auch von den Hungerkrawallen der Berliner Arbeitslosen von 1892 hielt sich die organisierte Arbeiterbewegung fern. Für den „Vorwärts" hatte die „wirkliche Arbeiterschaft Berlins (...) mit diesen Exzessen nichts zu tun, die klassenbewussten Proletarier der Reichshauptstadt, die bewährten Kerntruppen der Sozialdemokratie, haben sich von den Krawallen ferngehalten (...) In jeder Großstadt ist ein aus den verschiedensten Schichten stammendes Lumpenproletariat aufgehäuft, die Menge der Deklassierten, der Verelendeten und Verkommenen, Verbrecher, Raufbolde, Zuhälter, jene soziale Gruppe, welche abwechselnd von Zuchthauskost und Armenkost ihr Dasein fristet." Die Denunziation der Anderen, die nicht in das wohl geordnete Bild von Arbeiterklasse passten, als Abenteurer oder Lumpenproletarier griff um sich. Der Begriff Lumpenproletariat bezeichnete dabei das absolut Negative des Proletariats.

Dagegen war das Ideal der Sozialdemokratie nach einer treffenden Bezeichnung von Heiner Müller der „Stehkragenproletarier", der Sauberkeit und Ordnung liebte und dem jede Form von Revolte verhasst blieb. Erich Mühsam hat diesen Typus bereits 1907 in seinem Revoluzzerlied beschrieben, das er ausdrücklich der deutschen Sozialdemokratie widmete. Darin wendet sich der Lampenputzer von der Revolution ab, als die Revolutionäre beginnen, die Lampen für den Barrikadenbau zu verwenden.

Auch Ernst Toller beschreibt in seiner Autobiographie diese proletarische Figur, die ästhetisch und kulturell dem (Klein-)Bürgertum verhaftet blieb: „Als im Jahre 1917 der Sozialdemokrat Stadthagen starb, berieten die Arbeiter einer großen Berliner Fabrik, ob die drei Deputierten, die am Grabe einen Kranz niederlegen sollten, im Gehrock und Zylinder erscheinen müssten. Einer der Delegierten, ein neunzehnjähriger Arbeiter, besaß keinen Zylinder, und er weigerte sich einen zu kaufen. Endlich, nach stundenlanger Diskussion, wurde der revolutionäre Beschluss gefasst, dass dieser Arbeiter sich zwar keinen Zylinder kaufen müsse, dass ihm aber, damit die Würde der Arbeiterschaft gewahrt bleibe, einer geborgt werde."

Die Anziehungskraft des Positivismus lag in seinem Erfolg. Für viele ArbeiterInnen verbesserte sich das Leben merklich. Der ständige Produktivitätsfortschritt schien die sozialdemokratische Utopie zu bestätigen, dass sich die „soziale Frage" von selber lösen könnte. Reflektiert wird diese Hoffnung z.B. in Edward Bellamys Zukunftsroman „Ein Rückblick aus dem Jahre 2000 auf 1887". Bellamys Roman war die „vielleicht meist gelesene Utopie überhaupt" und wurde in fast jeder sozialdemokratischen Zeitung abgedruckt. „In jedem Eisenbahncoupé sah man jemand, der Reclam Nr. 2661/62 herauszog." Der Roman beschreibt, wie im 20. Jh. die Arbeiterfrage gelöst wurde, die im 19. Jh. noch als das Rätsel der Sphinx galt und die Gesellschaft zu verschlingen drohte: „Die Gesellschaft würde wirklich vollkommen verdient haben, verschlungen zu werden, wenn sie ein so durchaus einfaches Rätsel nicht hätte lösen können. In der Tat, ganz buchstäblich, die Gesellschaft hatte es überhaupt gar nicht nötig, das Rätsel zu lösen: Es löste sich selbst. Die Lösung kam als das Ergebnis eines Prozesses wirtschaftlicher Entwicklung, welche gar nicht in anderer Weise enden konnte. Alles, was die Gesellschaft zu tun hatte, war, die Entwicklung anzuerkennen und zu unterstützen, sobald ihre Tendenz unverkennbar geworden war."

Ordnung und Disziplin im Verbund mit Wissenschaft und Technik ermöglichten die soziale Revolution! Verteidigt werden musste diese Entwicklung gegen alles Chaotische und Unkalkulierbare, gegen die Unorganisierten, die Lumpenproletarier, die „gefährlichen Klassen", die Maschinenstürmer, den Pöbel, die Freaks und Hippies und alle sonstigen Abweichler und „Kräfte des Rausches". Durch ihre Disziplinlosigkeit gefährdeten sie die „Neue Zeit", die Verwirklichung des Weltenmai, die positivistisch gedachte Revolution. Darin liegt die Bedeutung von Kautskys Aussage, die Sozialdemokratie sei eine revolutionäre, aber keine Revolution machende Partei, und Eberts Diktum, er hasse die Revolution wie die Pest.

## Disziplin und Ordnung: Der Parteikommunismus



Auch im Parteikommunismus gab es ein hegemoniales Bild vom Proletariat. Allerdings war es dort nicht der bereits existierende industrielle Facharbeiter mit seiner protestantischen Werkmoral, sondern der erst noch herzustellende tayloristische Massenarbeiter. Dieser „Neue Mensch“ sollte sich im Rhythmus der Maschine verausgaben und der Revolution hingeben. Da der Neue Mensch ein Projekt der Zukunft war, überrascht es nicht, dass viele Bolschewiki offene Sympathien für die behavioristischen Theorien Pavlovs hatten. Für den Behaviorismus (von engl. *behaviour*, Benehmen, Verhalten) handeln Lebewesen nach einem einfachen Schema von Reiz und Reaktion und können deshalb nach diesem Schema auch beliebig manipuliert und konditioniert werden. Die Bolschewiki nahmen das auf und suchten dann nach einer „guten“ d.h. „sozialistischen“ Manipulation des Menschen. Vorherrschend war ein Pathos der unbegrenzten Machbarkeit. Trotzki träumt von „Neuen Menschen“, die „die halb unbewussten und dann auch die unbewussten Prozesse – die Atmung, den Blutkreislauf, die Verdauung, die Befruchtung – in ihrem eigenen Organismus beherrschen wollen und deshalb der Kontrolle der Vernunft und des Willens unterwerfen. Das Leben, sogar das rein physiologische, wird kollektiv-experimentell werden. Das Menschengeschlecht, der erstarrte Homo sapiens, wird in eine radikale Umgestaltung eintreten und zum Objekt kompliziertester Methoden der künstlichen Auslese und psychophysischen Trainings werden. (...) Der Mensch wird sich zum Ziel setzen, seine eigenen Gefühle zu beherrschen, die Instinkte auf die Höhe der Bewusstheit zu erheben, (...) eine Leitung des Willens in das Unterschwellige und Untergründige zu legen und sich damit auf die höchste Stufe zu heben – einen höheren gesellschaftlich-biologischen Typus zu schaffen, wenn man will – einen Übermenschen.“

Auch Lenins Begeisterung für Ordnung, Disziplin und die – zumindest nach dem Krieg – industrielle Organisation der Arbeit sind bekannt. Die Vision war ein Sprung in der Produktivkraftentwicklung durch die „maschinisierte Kampftätigkeit der Massen“. Der bedeutende Arbeitswissenschaftler Gastev, der die Forschungen Pavlovs in der Fabrik umsetzen wollte, hatte folgende Vision: „Die Maschinisierung normt nicht nur die Gesten, nicht nur die Produktionsmethoden, sondern auch die täglichen Gedanken und die Psychologie des Proletariats in der auffälligsten Weise und vereinigt alle in einem äußersten Objektivismus. (...) Die Erscheinungen dieses mechanisierten Kollektivismus sind jeder Persönlichkeit derart fremd, sind derart anonym, dass die Bewegung dieser Kollektivkomplexe sich der Bewegung von Dingen annähert, in denen es schon keine menschliche Individualität mehr gibt, sondern nur gleichförmige, normierte Schritte, Gesichter ohne Ausdruck und ohne Seele, die keine Lyrik, keine Emotionen mehr kennen und nicht durch Geschrei und Gelächter bewegt, sondern mit Manometer und Taxometer gemessen werden (...) Der neue Masseningenieurismus verwandelt das Proletariat in einen sozialen Automaten.“ Für Ernst Toller läuft das Programm von Gastev auf die „Ertötung all dessen“ hinaus, „was an Schöpferischem in ihm (dem Menschen, M.H.) lebt.“

Die Sympathien für Pavlovs Behaviorismus waren nicht nur die Folge der katastrophalen ökonomischen Situation nach der Revolution. Bereits im 19. Jh. war der Großteil der russischen Eliten westlich orientiert. Die eigene Gesellschaft galt als zurückgeblieben und minderwertig, die „russische Dunkelheit“ sollte durch Naturwissenschaft und Positivismus durchleuchtet werden. Die Rezeption der diversen Evolutionstheorien führte zu einem entfesselten Diskurs zwischen Biologie und Soziologie. Literarisch verarbeitet wurde dieses Denken in Nikolai Gawrilowitsch Tschernyschewskis berühmten Roman „Was tun?“. Tschernyschewski und seine Helden waren besessen vom Ideal der Kontrolle und rationalen Kalkulierbarkeit der Gefühle und des Verhaltens durch Keuschheit und Askese. Kontrolle und Disziplin waren auch die zentralen Begriffe der neuen Machthaber. Mit Hilfe der biologisch-physiologischen Wissenschaft und der Technik sollten die „rückständigen“ Massen im „Laboratorium der Revolution“ in moderne Soldaten der Arbeit verwandelt werden. Alles schien machbar.

## Sozialistische Eugenik

In seinen extremsten Entwürfen führte das Projekt des „Neuen Menschen“ zu Züchtungsphantasien im Rahmen einer wahrhaft „sozialistischen Eugenik“. Der Sozialist und spätere Nobelpreisträger Hermann Joseph Muller arbeitete seit 1922 eng mit sowjetischen Eugenikern zusammen und hoffte, seine Forschungen später für die Züchtung von wissenschaftlichen Eliten zur Höherentwicklung der Menschheit ver-

wenden zu können. Seine Ergebnisse übersandte er 1935 an Stalin und pries darin die Vorteile der Eugenik für den sozialistischen Staat an: „Viele zukünftige Mütter, befreit vom religiösen Aberglauben, werden stolz sein, ihr Keimplasma mit dem eines Lenin oder Darwin zu mischen, um der Gesellschaft mit einem Kind von ihren biologischen Eigenschaften zu dienen. (...) Echte Eugenik kann nur ein Produkt des Sozialismus sein." Ein sowjetischer Kollege von Muller hoffte, dass eigens darauf hin gezüchtete Menschen einen Fünfjahresplan in der Hälfte der Zeit erfüllen würde. Für Trotzki war die Planbarkeit und Machbarkeit geradezu der Inbegriff der Revolution, die sich deshalb auch ausdrücklich gegen „den elementar-chaotischen, sinnlosen, biologischen Automatismus des Lebens" wenden müsse, „d.h. gegen die bäuerlichen Wurzeln unserer alten russischen Geschichte, gegen ihre Ziellosigkeit, ihren nicht-teleologischen Charakter. (...) Anthropologie, Biologie und Physiologie haben ausreichend Datenmaterial gesammelt, um der Menschheit in voller Erhabenheit die Aufgabe ihrer eigenen physikalischen und spirituellen Perfektion und deren Wachstum zu stellen. (...) Wenn die Menschheit die Kontrolle über die anarchischen Kräfte ihrer eigenen Gesellschaft gewonnen hat, wird sie sich selber im Mörser und der Retorte des Chemikers zugänglich werden. Das erste Mal wird sich die Menschheit selber als Rohmaterial oder höchstens als physisch und psychisch halb fertiges Produkt ansehen." Die dafür nötige eiserne Disziplin musste deshalb unter „strengster Einheit des Willens durch die Unterordnung des Willens von Tausenden unter den Willen eines einzelnen" gesichert werden (Lenin). Die Studien zur Physiologie und Psychologie des Arbeiters und des Arbeitsprozesses im Rahmen der Neuorganisation der Industriearbeit, die Gastev leitete, sollten eine optimale Anpassung der Bewegungen der Arbeiter an den Rhythmus der Maschinen ermöglichen. Voraussetzung für diese „Biomechanik" war ein bewusster Umgang mit der Zeit. Die Bewegung der „Zeitliga", in der auch Gastev aktiv war, forderte in einem ihrer Aufrufe eine neue sozialistische Ökonomie der Zeit.

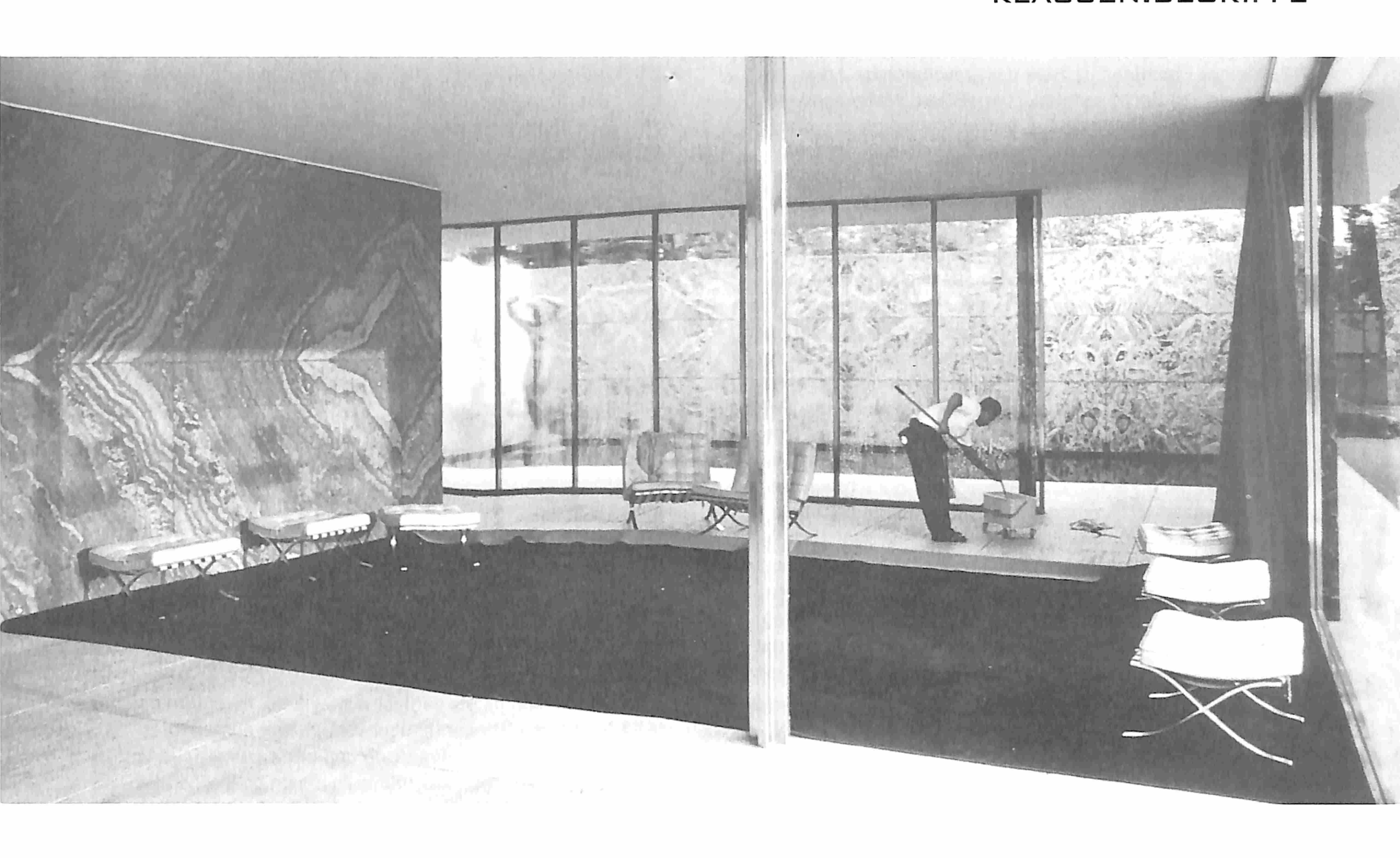
„Die Zeittabelle ist:
ein Schlüssel für die Ökonomie der Zeit,
ein Schlüssel für eine planmäßige Arbeit,
ein Schlüssel für ein gesundes Regime,
ein Schlüssel für eine geistige Hygiene,
ein Schlüssel für einen unerschütterlichen Willen."

## Das Ende vom Lied

Die beiden historisch wichtigsten Strömungen der Arbeiterbewegung gingen von einem einheitlichen Bild von Proletariat aus, das wichtige Elemente der Klassenrealität ausklammerte. Beide Strömungen waren geprägt von einem positivistischen Weltbild der Hoffnung auf Fortschritt durch Technik, Wissenschaft, rationale Planung von Arbeit und den damit verbundenen Tugenden von Ordnung und Disziplin. Die „Kräfte des Rausches" wurden deshalb als Bedrohung wahrgenommen.

Umgekehrt hatten emanzipatorische Strömungen dann ihre größte Ausstrahlungskraft, wenn es gelang, die „Kräfte des Rausches" mit den „wilden" Kräften der Arbeiterklasse zusammenzubringen. In der Aufbruchphase der Sowjetunion finden sich Versuche dazu im Beginn der 20er Jahre in bestimmten Strömungen der Malerei und Architektur (Konstruktivismus, Futurismus), des Films (Eisenstein) und des Theaters (Meyerhold). Explosive Bedeutung aber gewinnt diese Mischung erst ab den 60er Jahren, rund um die globalen Revolten des Mai ´68 herum, in jener Vielzahl von Aufbrüchen, die von den französischen *Situationisten* über die angloamerikanischen *Hipster*, *Beatniks* und *Yippies* und die holländischen *Provos* bis zum Berliner *Blues*. In Frankreichs Rotem Mai verdichten sich die Revolten in einem Generalstreik, der den bürgerlichen Staat an den Rand seiner Auflösung führt, und die „Goldenen Horden" der italienischen *autonomia* wissen ihr Spiel gleich ein ganzes Jahrzehnt lang zu spielen, bis ins Jahr 1977 hinein. Die institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung aber hat die dabei auch und gerade ihr eröffneten Chancen nirgendwo nutzen wollen. So zieht sich in Deutschland der Ausschluss der „Kräfte des Rausches" einerseits und die Orientierung an Berechenbarkeit und Kalkulierbarkeit andererseits ungebrochen und wie ein roter Faden durch die ganze Geschichte von Sozialdemokratie und Gewerkschaften: die Zustimmung zu den Kriegskrediten, das Bündnis mit den Militärs zur Zerschlagung der Novemberrevolution, die Ergebenheitsadresse gegenüber den Nazis 1933, der Hass auf die „lang behaarten Affen" der APO, der fast in einer Lynchjustiz endete, und schließlich die verbissene Verteidigung der Atomenergie sind dafür nur die bekanntesten Beispiele.

***Moe Hierlmeier** lebt in Nürnberg, ist Redakteur bei* Fantômas *und arbeitet im BUKO Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft.*



# Nostalgie oder diskretes Geheimnis?

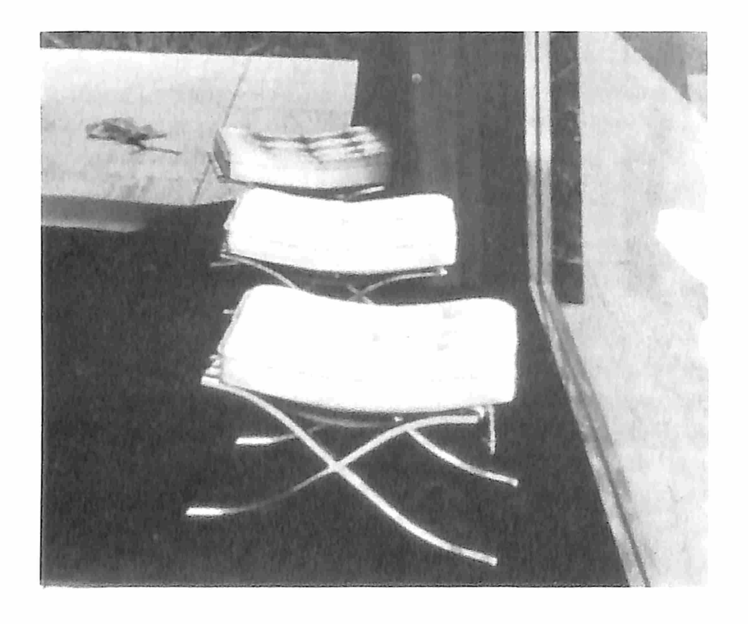
## Vom Gebrauchswert des Klassenbegriffs in Theorie und Praxis. Ein Gespräch.

Ein Gespräch, ja – aber eins, das so nie statt gefunden hat. Per e-mail debattierten Regina Brunnett (RB), Antke Engel (AE) und Stefanie Graefe (SG) einige Wochen lang über Sinn und Unsinn des theoretischen Konzeptes „Klasse". Ausgehend von theoriepolitischen Fragen, die seit Ende der 80er Jahre gestellt werden (Stichwort: Identität, Subjekt, Macht) und angesichts der neoliberalen Realität der Gegenwart. Keine Selbstverständlichkeit übrigens: Das Thema „Klasse", formuliert als grundsätzliche Frage, ist den meisten einschlägigen Publikationen zu locker geschätzten 98% von Männern besetzt. In verdichteter, gekürzter und neu geordneter Form lässt sich dieser „Netz-Talk" hier nachlesen.

**SG:** Die Rede von der „Verschränkung von Macht-/Herrschaftsverhältnissen" ist ebenso wie das Dreifach-Schlagwort „race, class, gender" seit den 90er Jahren nicht nur in feministischen Diskursen ein wiederkehrendes basic - und aus meiner Sicht ein historisch notwendiger Einsatz gegen einen (linken) reduktionistischen Machtbegriff, der vom „Hauptwiderspruch" zwischen Arbeit und Kapital alle weiteren Machtverhältnisse als sekundäre ableitet oder überhaupt nicht zur Kenntnis nimmt. Oftmals war mit dieser Form des „Hauptwiderspruch-Denkens" auch eine Setzung von „(Arbeiter-)Klasse" als homogenes revolutionäres Subjekt verknüpft, dessen Idealtypus der weiße, männliche Industriearbeiter war. Eine Sichtweise, die neue Ausschlüsse produzierte, etwa in der Unsichtbarmachung von Reproduktions-Ökonomie oder durch die Ausblendung der rassistischen Segregation des Arbeitsmarktes etc. Mein Eindruck ist aber, dass „Klasse" spätestens seit den 90ern in den meisten emanzipatorischen theoriepolitischen Debatten praktisch gar nicht mehr auftaucht - nicht zuletzt auch in der Abwendung von dem oben skizzierten Klassendiskurs und ungeachtet der Rede von „race, class, gender". Gerade das aber könnte wiederum einer Hegemonialisierung von „Mittelklasseperspektiven" auch in theoriepolitischen Auseinandersetzungen der Linken Vorschub geleistet haben.

**RB:** Meines Erachtens ist zwar das „revolutionäre Arbeiter-Subjekt" zu Recht seit den 70ern/80ern weitgehend verabschiedet worden. Politisch u.a. fragwürdig wegen der Konstruktion eines Hauptwiderspruchs und seines immanenten Ausschlusses von Geschlechterverhältnissen, wurde die kollektive und politisierende Subjektivierung durch „Klasse" auch als gesellschaftsanalytische Kategorie zunehmend in Frage gestellt. Aber selbst rechtsliberale Theoretiker wie Ulrich Beck haben niemals bestritten, dass die objektive Strukturierung durch Klassenverhältnisse nach wie vor bestehen bleibt. „Klassenverhältnisse ohne Klassen" ist dieser Prozess umschrieben worden. Es ist fatal, dass mit der Dezentrierung des Arbeitersubjekts die strukturelle Herrschaftsförmigkeit der Subjektivierung durch „Klasse" und damit auch spezifische soziale Erfahrungen aus dem Blick geraten sind. Werden überhaupt Unterklasse-Erfahrungen artikuliert, dominieren Defizitkonstruktionen („etwas nicht können oder haben"). Es braucht ein politisch und analytisch fundiertes Klassenverständnis, um die strukturelle Gewaltförmigkeit durch „Klasse" verständlich zu machen. Die „symbolische Auslöschung" von Klasse hingegen trägt gerade dazu bei, Klassenverhältnisse zu reproduzieren. Sie zeigt ihre Wirkung vor allem denjenigen, die im sozialen Gefüge unten positioniert sind, aber auch in jenen Teilen der Mittelklasse, die angesichts neoliberaler Umstrukturierungen vom sozialen Abstieg bedroht sind.

**AE:** Ich bin eher skeptisch, dass der Begriff der „Klasse" weiterhin geeignet ist, die Herrschaftsförmigkeit kapitalistischer Verhältnisse zu artikulieren. Denn dieser lenkt (wie auch die Kategorien „Geschlecht" und „Rasse") die Aufmerksamkeit auf den Effekt eines Unterdrückungsverhältnisses statt auf den Prozess der Herausbildung einer Klasse. Weil der Klassenbegriff ein kollektives politisches Subjekt benennt, das sich durch eine vermeintliche Gemeinsamkeit der Erfahrung auszeichnet, können weder (das ist ein geradezu klassisches feministisches Argument) die Differenzen innerhalb dieser sozialen Gruppe, noch kann der Prozess selber in den Blick genommen und zum Ort politischen Eingreifens erklärt werden. Natürlich interessiert mich die Frage, wie sozial überdeterminierte, widersprüchliche Subjekte zu politischen Praktiken finden, die womöglich die Bedingungen ihrer eigenen Existenz radikal in Frage stellen. Interessant sind diese Praktiken jedoch im Hinblick darauf, ob sie Enthierarchisierungen und Denormalisierungen gesellschaftlicher und globaler Machtverhältnisse bewirken.



**SG:** Das Besondere von „Klassen" liegt doch darin, dass diese aus einer drastisch ungleichen Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums resultieren – und nicht, wie etwa „Geschlecht" oder „Rasse" aus naturalisierenden oder kulturalisierenden Zuschreibungen. Kompliziert wird es dadurch, dass in jeder „Subjektposition" diese verschiedenen Dimensionen ineinander greifen. Dennoch: Eine noch so kluge Kritik „diskursiver Klassenkonstruktionen" verfehlt diese zwangsläufig, wenn sie nicht zugleich diesen grundlegenden Antagonismus angreift. Davon abgesehen verstehe ich „Klasse" vor allem als politischen Kampfbegriff, von dem man sich nicht allzu leichtfertig verabschieden sollte. Es ist weder zwingende Konsequenz, dass er unweigerlich Phantasien über angebliche revolutionäre Subjekte produziert, noch, dass er eine Identität von sozialer Position und „Bewusstsein" bzw. „Erfahrung" behauptet; vielmehr erlaubt eine Perspektive auf „Klasse" als gesellschaftlich von „oben" und „unten" umkämpftes Terrain (und eben nicht ausschließlich als „Effekt" oder „Struktur"), die Möglichkeit, eine radikale Veränderung der Verhältnisse zu denken.

**AE:** Wenn schon mit dem Klassenbegriff operiert wird, dann erscheint es mir erheblich zu eng, Klassenverhältnisse einzig aus der Verteilung gesellschaftlichen Reichtums abzuleiten. Die sagt nämlich nichts darüber aus, wie der Reichtum erwirtschaftet worden ist, wer darüber verfügt, wer ausgebeutet wird, wer profitiert. Die Frage, ob und wie die ungleiche Verteilung gesellschaftlichen Reichtums zu einem politischen Problem wird (und ob sie als Ungerechtigkeit oder als Ausbeutung, als individuell zu überwindendes Übel oder als Wille Gottes interpretiert wird), ist niemals unabhängig von den zur Verfügung stehenden Vorstellungsweisen, Diskursen, Selbst- und Weltverständissen. Klassenverhältnisse sind zugleich materiell und ideologisch.

**RB:** Soziale Klasse ist nicht primär eine Kategorie des Symbolischen, die „Identität" als Effekt hervorbringt! Der Zugang zu Universitäten ist z.B. für „Arbeiterkinder" ohnehin erschwert, was die mickrige Quote von ca. 12 % belegt. Aber der Zugang zu Bildung, Berufsausbildung und Universitäten wird noch weiter selektiert werden. Noch in den 1950ern in Deutschland (und in armen Ländern noch heute) bedeutet Unterklassenzugehörigkeit: keine Bildungschancen, geringere Lebenserwartung, höhere Kindersterblichkeit, mehr physische Krankheiten, weniger Geld, schlechtere Wohnungen etc. pp. Das ist noch nicht so lange her. Und Klassenerfahrungen sind in die Positionierung von Einzelnen selbst dann noch eingeschrieben, wenn diese über höhere Bildung und/oder Einkommen verfügen: Gefühle von Zerrissenheit, Ambivalenzen und/oder Schuldgefühle z.B. bei Studierenden unterer sozialer Klassen sind erforscht und belegt. Dies lässt sich mit der Hegemonie der bürgerlichen Mittelklasse an den Universitäten erklären, die durch Verabsolutierung und Schließung eines spezifischen Denk-, Wahrnehmungs- und Kategoriensystems funktioniert und sich so reproduziert. Weil auf diese Weise „Klasse" immer schon Einsatz im Kampf um ökonomische, ideologische und kulturelle Hegemonie ist (auch gerade da, wo am wenigsten von „Klasse" die Rede ist), bestehe ich darauf, dass es notwendig ist, den Klassenbegriff gerade auch in seiner „Kampf-Dimension" zu repolitisieren.



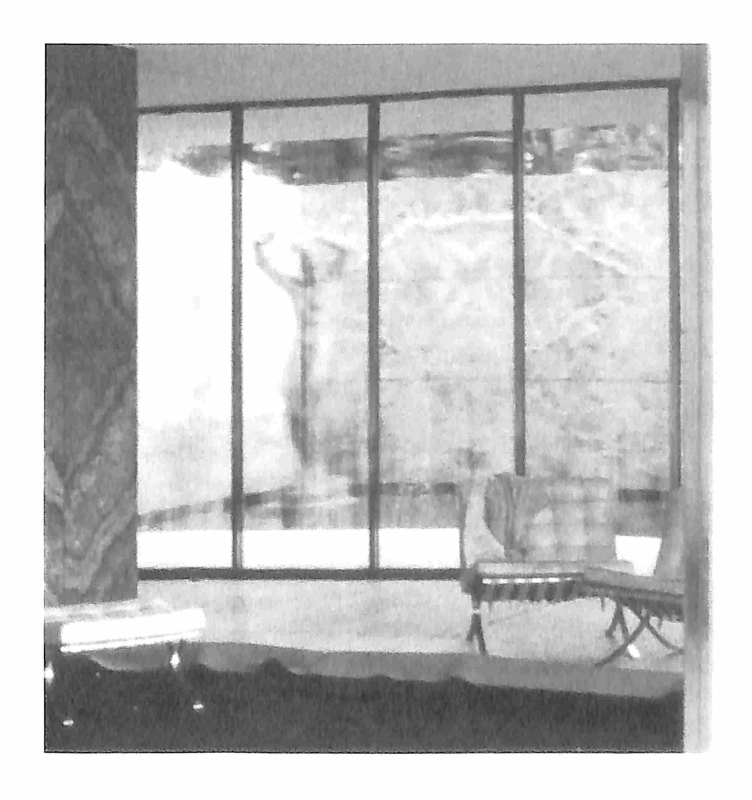
SG: Vor dem Hintergrund der weltweiten neoliberalen Transformation von Regierungsstrategien und Produktionsverhältnissen erscheint es mir besonders notwendig, den Gebrauchswert von „Klasse" als analytische und politische Kategorie zu überprüfen. Und das impliziert zwangsläufig die Frage, ob es möglich ist, von „Klasse" zu sprechen, ohne eine „Klassenidentität" zu unterstellen, die die Heterogenität von Subjektpositionen ausblendet.

AE: Angesichts neoliberaler Transformationsprozesse, die soziale Kategorien durch individualisierende Fragmentierungen aufbrechen, indem sie ideologisch die „individuelle Überschreitbarkeit" struktureller Unterdrückung versprechen, erscheint mir ein Festhalten an diesen Kategorien geradezu nostalgisch. Deshalb geht es meiner Ansicht nach eher darum, den Prozess der Differenzierung genauer zu benennen; also zu erklären, was unter aktuellen Bedingungen kapitalistische Ausbeutung charakterisiert, d.h. das Abschöpfen von Mehrwert zum Nutzen anderer als der ProduzentInnen; was die Spezifik des ökonomischen Herschaftsverhältnisses ausmacht. Wenn aber das Besondere neoliberaler Transformationen darin liegt, Subjekte zu produzieren, die sich durch ihre Individualität und nicht durch ihre Gemeinsamkeit identifizieren, die nicht selten zugleich „Ausgebeutete" und „Ausbeuter" sind, von der Kapitalakkumulation profitieren und durch Zinssysteme geschröpft werden und in diverse weitere Herrschaftsachsen profitierend oder unterworfen eingebunden sind – dann verliert ein antagonistischer Klassenbegriff seine Aussagekraft.

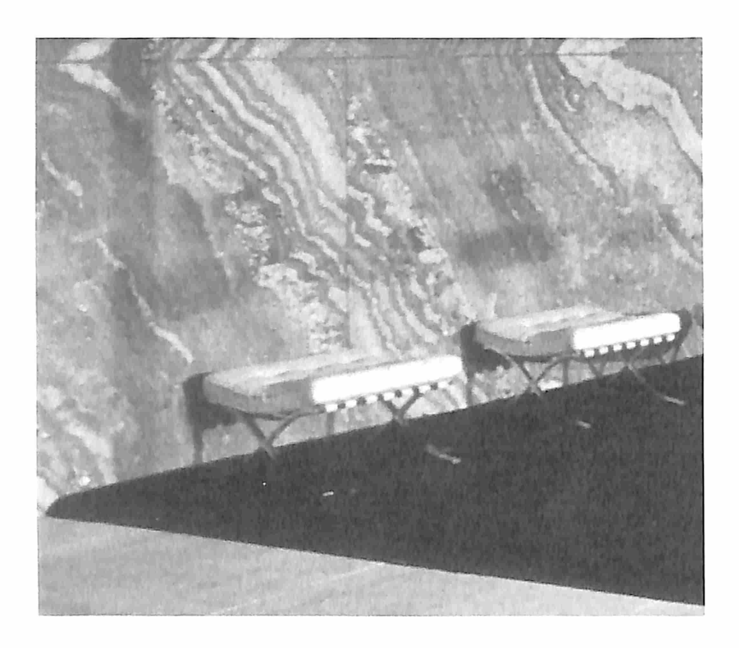
SG: Neoliberale Transformation heißt aber, dass Macht-/Herrschaftsverhältnisse, die nach „Klasse", d.h. als ökonomisch-materielle Ausschlüsse und von-unten-nach-oben-Verteilungen funktionieren, an Bedeutung zunehmen, was nicht bedeutet, dass es Fragmentierungen von Positionen, wie etwa „zugleich ‚Ausgebeutete' und ‚Ausbeuter'" zu sein, nicht mehr gibt. Gleichwohl bedeutet postfordistisches workfare-Regime, dass Arbeit(splatz ja oder nein, wie abgesichert, wie bezahlt, wie anerkannt), Vermögen (d.h. die tendenzielle Unabhängigkeit von aktuellen sozialpolitischen Entscheidungen) und eben auch von Besitz oder Nicht-Besitz an „Produktionsmitteln" im weitesten Sinne (also auch z.B. die Möglichkeit, durch eine bestimmte soziale Position Diskurse zu produzieren) noch stärker als gesellschaftliche Platzanweiser funktionieren als noch zur Zeit eines halbwegs funktionierenden fordistischen Wohlfahrtsstaates. Dennoch: Auch wenn die neoliberale Anrufung der „Ich-AG" tatsächlich die ideologische Funktion hat, die Verschärfung sozialer Spaltungen zu verdecken, würde ich darauf bestehen, dass die Anrufung selbst auch immer wieder fehlschlägt – in Buenos Aires ebenso wie in Seattle, Genua oder ...

AE: Es geht doch darum, bestimmte ökonomische Prozesse zu analysieren und anzufechten – und nicht um die Charakterisierung von Klassenpositionen. Wenn diese Prozesse als „ökonomisch-materielle Auschlüsse und von-unten-nach-oben-Verteilungen" zu beschreiben sind, scheint mir gleichwohl klar, dass verschiedene Menschen zu verschiedenen Zeiten ihres Lebens unterschiedlich in diese Prozesse eingebunden sind und keine soziale Subjektposition festlegt, wie wer zu diesen Prozessen im Verhältnis steht. Die Frage des Besitzes oder Nicht-Besitzes an Produktionsmitteln ist kein aussagekräftiges Kriterium, denn so manche BesitzerIn von Produktionsmitteln erwirtschaftet damit mitnichten mehr als die Butter aufs Brot, während so mancher Kapitalbesitzer keine Produktionsmittel braucht, um gesellschaftlichen Reichtum in seine Taschen umzuverteilen.

SG: Es geht nicht um die Ich-AGlerin, die einen eigenen Computer hat, sondern um die Möglichkeit, aus der Arbeit von anderen Mehrwert zu schöpfen. Dass das nicht allen gleich gut gelingt, sondern so manche kleine oder auch größere Klitsche dabei übern Deister geht, liegt in der „Natur" des Kapitalismus, ändert aber an der Struktur des Ausbeutungsverhältnisses nichts. Den „Kapitalbesitzer", der in keinerlei zumindest indirektem Zusammenhang steht zu Produktionsmitteln, gibt es, trotz der Furcht vor dem angeblich frei schwebenden „Finanzkapital" nur als (problematische) Fiktion.



**RB:** Ich halte in Bezug auf den Zusammenhang von neoliberaler Transformation und „Klassen“ einen weiteren Aspekt für zentral. Soziale Gegensätze werden verschärft und Ausschlüsse von Bildung und Gesundheit bzw. Gesundheitsversorgung zunehmen. Defizitkonstruktionen und individuelle Zuschreibungen suggerieren individuelle Handlungsspielräume, wo strukturelle Gewaltförmigkeit vorherrscht. Die Sozialepidemiologie befasst sich seit Jahrzehnten damit, warum es in allen westlichen Industrieländern heute noch so ist, dass untere Klassen einen schlechteren Gesundheitszustand haben. Im Rahmen neoliberaler Ideologie ist die Erklärung schnell zur Hand: Die unteren Klassen müssen individuell zur besseren Gesundheitsvorsorge motiviert werden. Die „Klassenfrage“ spielt in den aktuellen neoliberalen Umstrukturierungen so eine zentrale Rolle, weil diese wohlfahrtsstaatliche Errungenschaften „kahl schlagen“ und deshalb mit Wucht die ökonomischen Verhältnisse und damit Klassenpositionierungen wieder mächtig werden lassen. Dass die Proteste gegen den Abbau sozialer Sicherungssysteme so gering ausfallen, verweist auf die Wirksamkeit der neoliberalen Individualisierungsideologie. Gerade deshalb halte ich die Re-Politisierung und Neuformulierung der Kategorie „soziale Klasse“ als eine Matrix sozialer Herrschaftsverhältnisse für so wichtig.



**AE:** Die Frage ist doch aber nicht, ob all diejenigen, die z.B. unter der Armutsgrenze leben, eine gesellschaftliche Klasse bilden oder bilden könnten, würden sie nur das richtige Bewusstsein ausbilden. Die Frage ist doch eher, wie Menschen von unterschiedlichen ökonomischen Positionen aus einen gemeinsamen politischen Kampf führen können, obwohl sie keine gemeinsamen Erfahrungen haben, und potenziell in Ausbeutungs- oder Unterdrückungsverhältnisse miteinander verwickelt sind. Diese Heterogenität der sozialen Subjektpositionen und Praxen scheint mir der interessanteste Aspekt an der Antiglobalisierungsbewegung zu sein.

**SG:** Ich stieß kürzlich im Editorial der diskus auf einen Satz, der genau diesen Punkt programmatisch in Zusammenhang zur „Klassenfrage“ stellt, und mich würde interessieren, was ihr von diesem Satz haltet: „die materielle stellung – die altmodisch gewordene klassenlage – ist der theoretische und praktische ausgangspunkt für eine emanzipative position; wir, das sind all die menschen in der weltweiten wertvergesellschaftung, denen ein gutes leben verwehrt bleibt.“ (1)

**RB:** Ich frage mich beim Lesen des diskus-Zitates vor allem, ob die darin artikulierte Position nicht eine imaginäre ist: Speist sich das wir, das dort beschworen wird, nicht aus der Enttäuschung, vom „guten Leben“ ausgeschlossen zu sein, wo es vorher zumindest noch das Versprechen gab, dorthin zu gelangen? Mit anderen Worten: Spricht daraus nicht auch die Enttäuschung einer Mittelklasse, die merkt, dass sie vom „sozialen Abstieg“ bedroht, zumindest aber „im Aufstieg“ behindert ist? Ich halte eine solche politische Perspektive für problematisch. Es gibt vermutlich wenig konkrete Gemeinsamkeiten zwischen jemanden, der mit 30 stirbt, weil er/sie keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung hat und jemandem, der gobal von dem „Verwehren eines guten Lebens“ in der „weltweiten wertvergesellschaftung“ spricht. Das heißt, für eine Politisierung von Klassenlage ist es als allermindeste Voraussetzung notwendig, über Klassenpositionen zu sprechen, sie zu analysieren und differenzierte politische Positionen zu dem zu erarbeiten, was im Moment weltweit und lokal an neoliberaler Umstrukturierung passiert. Anstatt die unteren Klassen mystifizierend zu veredeln oder sich selbst umstandslos als depriviligiert einzuordnen. Und dazu gehört last not least: die eigene Klassenposition zu reflektieren. Das bedeutet, dass die Entwicklung eines Bewusstseins, das Differenzen und hierarchische Relationen zum Ausgangspunkt nimmt, statt sie einzuebnen, der Ausgangspunkt für eine Politisierung von Klassenpositionen ist. Das bedeutet auch: „Wir“ befinden uns möglicherweise in Bezug auf Klasse an entgegengesetzten Polen. Was heißt das konkret, was folgt daraus? Wenn „wir“ (als an Politisierung von Klasse Interessierte) diese Reflexion verweigern und die imaginäre Position mit realen Positionierungen verwechseln, reproduziert sich lediglich die Hegemonie der Mittelklasse. Ein solcher politischer Kampf wäre destruktiv, von der Ausdehnung, der Analyse und der politischen Reichweite her viel zu begrenzt (wenn auch möglicherweise erfolgreicher). Erst auf der Basis der Reflexion „unserer“ Klassenpositionen können und müssen Forderungen, Wünsche und Interessen nach einem „guten Leben“ differenziert und reflektiert werden. Und dann kann ein (temporäres oder partikulares) „wir“ für politische Kämpfe gebildet werden.

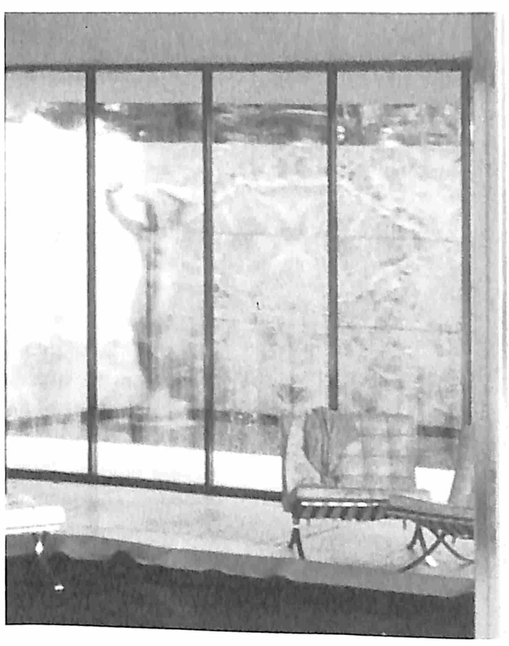
**AE:** Gehen wir davon aus, dass die Mittelklasse eine Klasse ist und die Antagonismen nicht binär sind, so greife ich gerne im nächsten Schritt das Plädoyer einer Ausdifferenzierung der Klassenpositionen auf. Ein Plädoyer, das mir in der Tat sehr viel sympathischer ist, als mythische Anrufungen eines „guten Lebens“, die schon allzu oft zur imperialen Durchsetzung der Werte der „moral majority“ herhalten mussten. Fragen wir also: Welche Mittelklasse? Die migrantische Mittelklasse ohne politische Rechte? Die Homo-Mittelklasse, die soziale Dienste kauft oder Produkte herstellt, die der heteronormative Sozialstaat oder Markt nicht zur Verfügung stellt? Oder fragen wir: Welche Unterklasse? Die illegalisierte Sex-ArbeiterIn, die auf dem deutschen Polizeirevier gedemütigt wird, bevor sie im Abschiebeknast landet? Die Kleinstadt-Lesbe, die aus ihrem Job als Bäckereifachverkäuferin gemobbt wurde und jetzt von Sozialhilfe lebt, weil bei ihr ja kein „anständiger Bürger“ mehr kaufen möchte? Für mich ist es unumgänglich, diese widerspenstige Heterogenität sozialer Subjektivitäten und Positionen zu berücksichtigen.

Dass Klassenerfahrungen sich einschreiben, auch wenn längst ein Statuswechsel erfolgte, ist genau das, was ich als

„Effekt eines Unterdrückungs- (bzw. Ausbeutungs-) Verhältnisses“ bezeichnen würde. Sinnvoll erscheint es mir, dies als immer zugleich symbolische und materielle Erfahrungseinschreibungen zu analysieren. Somit ist aus meiner Perspektive der prinzipielle Unterschied zwischen den sozialen Kategorien Ethnie, Klasse und Geschlecht nicht ersichtlich: Alle begründen bestimmte Erfahrungen, die sich in die Positionierung einzelner einschreiben, auch über aktuell bestehende Unterordnungen oder Entwertungen hinaus. Auch „Geschlecht“ und „Rasse“ oder „Ethnie“ werden längst nicht mehr als „Identitätspositionen“ verhandelt, sondern als soziale Faktoren, die in die Konstituierung komplexer, in sich „spannungsreicher“ Subjektivitäten einfließen. In diesem Sinne würde ich für all diese sozialen Kategorien den Begriff der „Identität“ schlicht ablehnen. Wohl aber kann ich mich mit dem Begriff der „Klassenposition“ (eher als dem der „Klasse“) anfreunden, wenn darunter eben keine Identitäts- oder Subjektivitätsposition verstanden wird. Dennoch denke ich, dass Politik eher davon lebt, gemeinsame Kampfziele zu bestimmen als davon, Solidarisierungen zu entwerfen, die den Kampf aus einer ähnlichen sozialen Position heraus begründen.

**SG:** Aus meiner Sicht liegt in der in dem diskus-Zitat aufgemachten Beziehung zwischen der vermeintlich altmodischen „Klassenlage“ und dem kämpfenden „wir“, dem (eben in je signifikant unterschiedlicher Weise) ein „gutes Leben“ (was immer das ist) verwehrt wird, eine Spannung, die genau so problematisch wie unvermeidlich ist. Gerade aber um aus diesem „wir“ nicht wiederum ein identitäres und/oder elitäres Kollektivsubjekt werden zu lassen, dessen vielfältige (und eben auch Klassen-)Spaltungen programmatisch und systematisch dethematisiert werden, kommt es darauf an, „Klasse“ nicht nur besprechbar, sondern vor allem auch politisierbar zu machen. Und das heißt, wir müssen auch in Zukunft weiter darum ringen, was „Klasse“ bezeichnen und nicht bezeichnen kann – auch und gerade „unter uns“. Ganz in diesem Sinne danke ich euch herzlich für eure „Einsätze“ in dieser Debatte.

**Anmerkung:**
1) Das Zitat ist entnommen aus: diskus, Heft 1/2003 www.copyriot.com/diskus). Allen drei Diskutantinnen wissen, dass es sich um ein aus dem Argumentationszusammenhang gerissenen Textbaustein handelt, der hier als Diskussionsanreiz eingesetzt wurde.





***Antke Engel*** *lebt in Hamburg. und ist seit Jahren in diversen feministischen und queeren Projekten aktiv. Sie hat in Potsdam in Philosophie promoviert und ist momentan Vertretungsprofessorin für Queer Theory an der Uni Hamburg. Ihre Dissertation ist unter dem Titel „Wider die Eindeutigkeit. Sexualität und Geschlecht im Fokus queerer Politik der Repräsentation“ (Frankfurt/M. 2002) bei Campus erschienen.*

***Regina Brunnett*** *lebt in Hamburg, forscht und schreibt zu symbolischer und materieller Gesundheitspolitik, Neoliberalismus und poststrukturalistischen Theorien.*

***Stefanie Graefe*** *lebt in Hamburg und hat sich schon auf Seite 16 vorgestellt.*

gurn wird des mordes an lord beltham angeklagt + + + juve klagt ihn an, nicht nur mörder lord belthams, sondern auch dollons + + + und der maskierte mann gewesen zu sein + + + der prinzessin danidoff beraubt und + + + als etienne rambert verkleidet + + + auch die marquise de langrune ermordet hat + + + ja, mehr noch + + +

# Vergangenheit der Zukunft – Memories to Old Labour

## Differenzierungen in Begriff und Sache des Arbeiter-Reformismus

Von
Martin Dieckmann

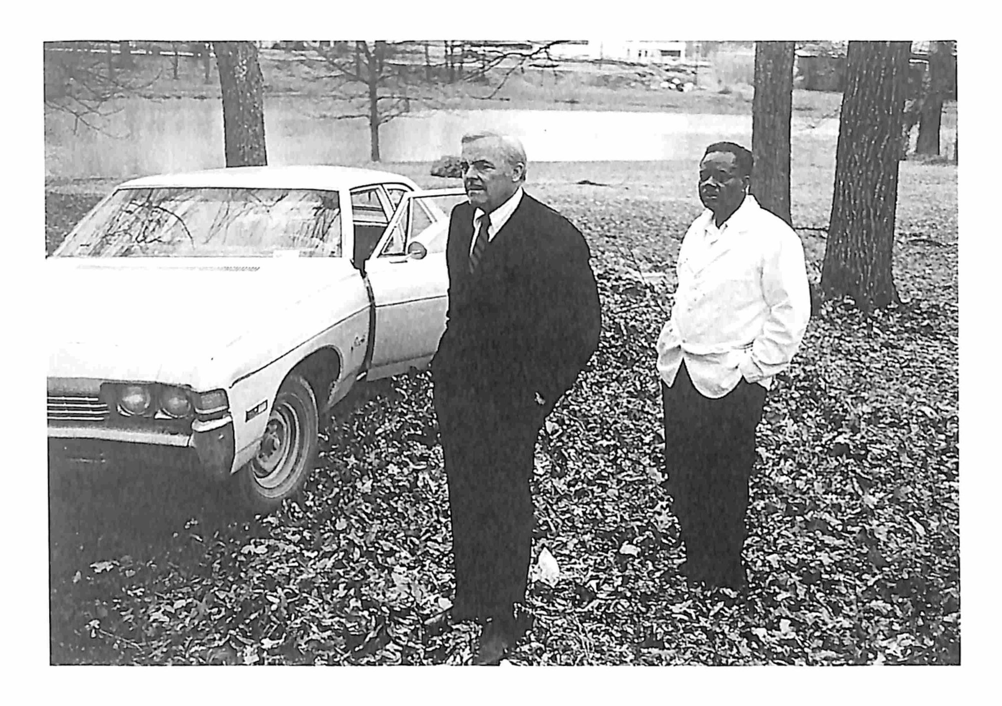
*Klassen* und *Klassenkampf* sind Begriffe, die heute mehr denn je ins Zentrum linker Strategiebildung zu rücken sind. So das Plädoyer des folgenden Beitrags von Martin Dieckmann, der sich – in kritischer Sicht auf die Schwachstellen linker Reformismus- und Fortschrittskritik – des historisch widersprüchlichen Verhältnisses von Integration und Klassenkampf annimmt.

Es gab einmal eine Zeit, da zuckte einem Kapitalisten nicht einmal die Wimper, wenn von *Klassen* und *Klassenkampf* die Rede war, schließlich bedienten sich gerade die Hausautoren der Bourgeoisie dieser Begriffe. Marx sah seinen eigenen Anteil lediglich im Nachweis der Existenz von Klassen aufgrund bestimmter, historischer „Entwicklungskämpfe der Produktion", ferner dass der Klassenkampf „notwendig zur Diktatur des Proletariats" und diese Diktatur im Weiteren zur „klassenlosen Gesellschaft" führe. (1) Die bei Marx angelegte Ambivalenz der geschichtsphilosophischen Berufung zu Höherem einerseits und einer eher strukturell bestimmten Zwiespältigkeit der „Klasse" andererseits hat der historische Marxismus der Arbeiterbewegung einseitig aufgelöst, indem er die Kritik der politischen Ökonomie für den Mythos der „aufsteigenden Klasse" als revolutionärem Subjekt „der Geschichte" instrumentalisierte.

### Mythos und Klasse

Aber gerade diese Anrufung des Proletariats als „Subjekt" – eingebettet in die Große Erzählung (im ursprünglichen Sinne: in den Mythos) der „Geschichte der Klassenkämpfe" – fand als Ruf in einer sich gleichermaßen ausbreitenden wie modernisierenden sozialen Bewegung einen starken Resonanzboden. Diese Theorie-Ideologie wurde mithin selbst konstitutiv für das „Werden" der modernen Arbeiterbewegung, das zugleich ein „Machen" in Kämpfen war. Dabei war die populäre – im Sinne kritischer Theorie: vulgäre – Version des Marxismus gerade deshalb so erfolgreich, weil sie den realen Kämpfen, Bedürfnissen, Bewegungen einen gleichermaßen praktischen wie „transzendenten" Sinn gab: man kämpfte und konnte für diesen Kampf Energie und Kraft aufbringen, weil man glauben musste, zu mehr berufen zu sein als nur für die-

sen Kampf. Darin enthalten war eine systematische De-Legitimierung bürgerlicher Herrschaftsansprüche – auf deren ureigenstem Feld, der Geschichtsphilosophie. Die geschichtsphilosophische Überhöhung fand nicht einfach im Kopf irgend eines Theoretikers, der Marx missverstand oder missbrauchte, statt. Die Inbrunst war ehrlich und populär, wenn es im Lied aus Russland – weit



durch Europa verbreitet – hieß: „Heilig die letzte Schlacht!!" Die vom realen Sozialen abstrahierende Kritik am Pathos und den religiösen Zügen einer ganz ins irdische verlegten Erlösungsideologie verkennt das konkrete Element von Würde. Das darin artikulierte soziale Ethos war und blieb – wenn auch hundertfach gebrochen durch weitere Spaltungen und Hierarchisierungen – das Bindeglied proletarischer Bewegungen als Klassenbewegungen.

Entscheidend daran ist nicht das Utopische als Abstraktion, sondern die „Transzendenz" im Gegenwärtigen. Alles, was in diesen gegenwärtigen Kämpfen geschieht, hat zugleich mit einer, freilich bunt bebilderten Zukunft zu tun. Jedes Bilderverbot kritisch-theoretischer Marx-Interpretation war und blieb ohnmächtig vor den emotionalen Energien einer möglicherweise theoretisch bornierten, aber in Kämpfen höchst wirksamen Hoffnung. Die Zukunft sollte sowohl Brücke zur Gegenwart wie das radikal Andere sein. Ein Spannungsbogen, der zum einen die Gegenwart wenigstens potenziell der Kritik – durch einen möglichen anderen Zustand – auslieferte, zum andern aber auch die Ausflucht in diesen nur möglichen Zustand als Hoffnung eröffnete. Ganz entgegen der landläufigen Auffassung unter der Linken hat der so genannte Reformismus das utopische Element in der Gegenwart stark gemacht und daraus einen Großteil seiner mobilisierenden Kraft geschöpft.

In diesem Kontext erklärt sich auch, sozialgeschichtlich und kulturell, das Schicksal des historischen Marxismus. Anders als die frühsozialistischen und frühen kommunistischen Utopien einer radikalen „Jetzt-Zeit" verknüpfte und konfrontierte der historische Marxismus das Erlösungsmotiv der frühen proletarischen Bewegungen mit der unerbittlichen Logik kapitalistischer Entwicklung als objektivem Fortschritt. Gegenüber der radikalen Praxis anderer kommunistischer Autoren und Strömungen – von Weitling über Bakunin bis zum Anarchosysndikalismus des 20. Jahrhunderts – verbündete er sich so mit der fortgesetzten Kolonisierung vor- und nicht-kapitalistischer Lebenswelten.

Es war dieses besondere Vermögen, mit dem sich der Marxismus als Leitideologie der Arbeiterbewegung durchsetzen konnte – jener „Theorie-Effekt", den Pierre Bourdieu in seiner Marxismus-Kritik in die Diskussion gebracht hat. (2)

Auf verrückte, verkehrte, weil ideologische Weise erfüllte sich so rückwirkend das Geschichtsschema des populären Marxismus. Demnach oblag es in der Stufenfolge von rein in westeuropäischer Perspektive gedachter Gesellschaftsformationen (Urkommunismus, Sklavenhalter, Feudalismus ... usw., Kapitalismus, Kommunismus) dem Proletariat als universeller Klasse, mit allem zuvor Gewesenen Schluss zu machen. Das Schema selbst war aber eine Verkehrung der wirklichen Eroberung der Welt durch das Kapital. Die in die Geschichte hinein gedachte Dynamik von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften war schlicht und ergreifend eine nur dem Kapitalismus immanente und global wie universalisierend wirkende Dynamik, an der die „Klasse" auf ihre Weise durchaus Teil hatte. Selbst noch in der Ambivalenz einer Klasse, die um Emanzipation im Innern der imperialistischen Metropolen kämpft, gleichzeitig aber Teil hat und Anteil nimmt am Kriegszug eben dieser Metropolen, findet man Entsprechungen im Fortschrittsschema des populären Marxismus der „aufsteigenden Klasse".

## Integration – durch Klassenkampf

Bemüht man großräumige Begriffe, lassen sich die Klassenbewegungen in den Metropolen nicht nur nach ihrem Ausschluss und Einschluss ins System unterscheiden, sondern vor allem durch

den Charakter der „Klasse“ selbst: Für die Konstituierung der „historischen Arbeiterklasse“ ist das Zusammentreffen von sozialen Bedürfnissen – aufgrund der Zerstörung bisheriger sozialer Zusammenhänge und drohender Proletarisierung – mit den Befreiungsversprechungen der bürgerlichen Revolution konstitutiv. Die „Freiheit“ mitgedacht, konfrontierte man die soziale Welt mit der „Gleichheit“. Kommt noch die Entstehung eines spezifischen, äußerst krisenhaften „intellektuellen Feldes“, der Geburtsstätte der „revolutionären Demokratie“, hinzu. So fand die spätere, in der modernen Industrie sozialisierte Klasse des späten 19. Jahrhunderts die Welt nicht unvorbereitet für die eigenen Kämpfe vor. Die Bewegungen der vorindustriellen Phase prägten die politischen Leitbilder der modernen Arbeiterbewegungen. Für die Klassengeschichte des 19. Jahrhunderts und dann auch des beginnenden 20. Jahrhunderts war dabei zentral, dass – gleichsam außerhalb des klassenmäßig exklusiven politischen Systems – eine „Gegengesellschaft“ aus Arbeits- und Lebenszusammenhängen von Selbstorganisation und Selbstverwaltung entstand, ein Netzwerk, das für die unmittelbare Reproduktion immer bedeutender wurde (Genossenschaften und Gewerkschaften bis hin zur Arbeitsvermittlung) und kulturell-ideologisch einen eigenständigen Bezugsrahmen schuf.

Die Revolutionierung hin zur modernen kapitalistischen Produktionsweise hatte gleichermaßen schockartige wie nachhaltig „sozialisierende“ Funktion. Marx hat das im „Kapital“, alles Weitere gut überschauend, so formuliert: „Es ist nicht genug, dass die Arbeitsbedingungen auf den einen Pol als Kapital treten und auf den anderen Pol Menschen, welche nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft. Es genügt auch nicht, sie zu zwingen, sich freiwillig zu verkaufen. Im Fortgang der kapitalistischen Produktion entwickelt sich eine Arbeiterklasse, die aus Erziehung, Tradition und Gewohnheit die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt.“ (MEW 23, S. 765) Mit der industriellen Arbeiterklasse siedelt sich die proletarische Identität als heftig lebendiger Antagonismus im „Innern des Kapitals“ an und entfaltet im Widerspruch von Einschluss und Ausschluss, was man gesellschaftlichen Klassenkampf nennen kann – den politischen eingeschlossen. Dabei formiert sie sich



im doppelten Verhältnis von Klasse und Staat, Klasse und Bourgeoisie. Ihrer Herkunft nach war diese neue industrielle Klasse keine national homogene Klasse, sondern ein fusionierendes Gemisch verschiedener Nationalitäten und Ethnien. „Nationalisiert“ wurde sie erst durch ihre besondere Organisation der Arbeiterparteien, die sich von Anfang an über den kapitalistischen Staat definierten, da er den Zielpunkt der politischen Macht darstellte. Insofern ist der moderne kapitalistische Staat – und zwar in seiner Höchstform entwickelt in den bürgerlichen Wohlfahrtsdemokratien nach 1945 –in seiner ganzen Gestalt nur erklärbar über den Prozess eines Hineinkämpfens der Arbeiterklasse in ein System, das durch diese Kämpfe selbst erheblich modifiziert wurde. Deshalb ist der moderne Staat sowohl Herrschaftssystem – mindestens definiert durch die Existenz von Polizei, Armee und Gefängnis – als auch Kräftefeld mit strukturierten Klassen-Kräfteverhältnissen.

Den Reformismus nur als „bürgerliche Hegemonie“ über die Arbeiterklasse zu kritisieren, erklärt nichts, weil damit eine ursprüngliche oder wesenhafte Exterritorialität des Proletariats unterstellt wird. Tatsächlich aber war und ist diese Exterritorialität imaginär – und sollte über Jahrzehnte als imaginärer Exterritorialismus einen Großteil linksradikaler Identität ausmachen. Tatsächlich exterritorial war diese traditionelle Reformismuskritik auf Dauer real nur in Bezug auf die Arbeiterklasse selbst.

So hat die Klassenintegration den Klassenkampf sogar in der höchst entwickelten Form der kapitalistischen Wohlfahrtsdemokratie nicht zum Stillstand, doch die große historische Klassenformation der „Arbeiterbewegung“ mehr oder weniger zur Auflösung gebracht. Keine einzige der großen Fragen der Reformismus- und Klassendiskussion ist damit erledigt. Und wenn man E.P. Thompsons Begriff der Klassenkonstitution folgt, wonach systematisch wie historisch der Klassenkampf den Klassen voran geht und es somit Übergangszeiträume eines „Klassenkampfes

ohne Klassen" gibt, wird man das zeitgenössische Staunen über das gleichzeitige Verschwinden der Arbeiterbewegungstraditionen und die Wiederkehr der Klassendiskurse nicht teilen, sondern eher die naturgemäße Unübersichtlichkeit eines „re-making" (K.H. Roth) vermuten..

## Arbeiterbewegung im Aggregatzustand

Wenn man auch nicht mehr von einer Arbeiterbewegung sprechen kann, kann man doch von einer „Arbeiterbewegung im Aggregatzustand" (B. Zeuner) sprechen. Gemeint sind damit eher institutionelle Bezugspunkte wie Gewerkschaften und ihre Organisationen, zum Teil auch Resttraditionen innerhalb der Sozialdemokratie. Hinzufügen darf man dazu heute das gesamte Feld der Linken, die sich auf die historische Klasse beziehen. Man muss hier allerdings erheblich differenzieren: Zum einen den sich auflösenden Mythos der historischen Arbeiterbewegung, etwas, in dessen Auflösung auch vieles wieder zur Aneignung bereit steht. Zum anderen die Integrationsreste der historischen Arbeiterbewegung, die – vor allem in Gestalt der Gewerkschaften – in ihrer „integrierten" Gestalt ein zwar systemimmanentes, aber notwendiges Regulativ kapitalistischer Entwicklung darstellen. Die heutige strategische Schwäche der Linken würde zementiert, reduzierte sie sich weiterhin gleichermaßen auf den historischen Mythos wie auf die „Aggregatzustände" von Old Labour, erweitert lediglich um eine Mobilsierungsrhetorik vom Standpunkt eines imaginären Exterritorialismus. Statt dessen gilt es, die eigenen strategischen Entwürfe tatsächlich erstmals wieder im Gravitationszentrum des Geschehens anzusiedeln: in den Basisprozessen der kapitalistischen Produktion, die ja gleichzeitig nicht gerade der unwichtigste Teil der „Lebenswelten" ist. Ein entmystifizierter und darum auch differenzierter Bezug auf die „Analytik der (Klassen-) Kämpfe" ist dabei keineswegs die hinreichende, aber nach wie vor notwendige Voraussetzung einer Strategie, die auf so etwas wie nachhaltige Rahmenbedingungen individueller Emanzipation zielt. Und was können diese nachhaltigen Rahmenbedingungen individueller Emanzipation anderes sein als – Sozialismus?

Eine Entzauberung des Mythos vom universal-revolutionären proletarischen Subjekt nimmt den wirklich emanzipativen Errungenschaften der Arbeiterbewegung nichts von ihrem Wert. Aus der Kritik am Fortschrittsbegriff des historischen Marxismus hat sich eine extreme Gegentradition allzu breit gemacht, die Geschichte eben nicht mehr als Terrain von Kämpfen – und damit von Niederlagen wie Erfolgen - sondern nur noch als katastrophisches Szenario wahrnehmen kann. Auf einen weniger emphatischen, dafür aber historisch differenzierenden Begriff von Fortschritt können wir aber gar nicht verzichten. Niemand wäre bereit, die Einschränkung von individuellen Wahlmöglichkeiten – also die Minimierung des Minimums an negativer Freiheit – nicht als Rückschritt zu begreifen. Dem Fortschritt ist – wie der ihm unterliegenden Dialektik von Kämpfen und Produktivkraftentwicklung – immer ein Doppelcharakter eigen. Die Hochphase des Fordismus und die ihm zugehörige Massenkultur der Kulturindustrie ist zugleich – und dies auch als immanenter und produktiver Widerspruch – jenes „Goldene Zeitalter" (E. Hobsbawm) gewesen, in dem ein Minimum an wohlfahrtsstaatlicher Absicherung und die Vergrößerung der „disponiblen Zeit" jenes Phänomen hervor gebracht hat, das als Vereinzelung die Auflösung tradierter Bindungen war, in sich aber auch die tatsächlich genutzten Potenzen von Individualisierung barg. Eben diese nachhaltig zu bekämpfen, sind die aktuellen Reformen (gegen den „Reformismus") auf die Agenda gebracht worden.

Den harten Niederlagen der Arbeiterbewegung in den Kämpfen der neoliberalen Offensive ging eine siegreiche Erschöpfung des historischen Arbeiter-Reformismus voran. Gerade die zu großen Teilen erst aus den 68er Bewegungen entstandene Neue Linke hat nur selten reflektiert, dass die Radikalisierung der Bedürfnisse in der Umbruchszeit von 1968 eben jenen Fortschritt zur Voraussetzung hatte, von dem wir heute nur noch schwache aggregierte Reste verteidigen können.

***Martin Dieckmann*** *lebt in Hamburg, ist Gewerkschaftssekretär und Mitglied von Regenbogen – Für eine neue Linke. Der Beitrag wurde redaktionell stark gekürzt.*

**Anmerkungen:**

1) Marx an Weydemeyer, 5. März 1852

2) Vgl. Pierre Bourdieu: Sozialer Raum und „Klassen". Frankfurt/Main 1991

auch vor der sprengung des passagierschiffs nicht zurückgeschreckt zu sein + + + nur um der gerechten verfolgung + + + sich zu entziehen + + + „in wahrheit" + + + juves stimme überschlägt sich + + + „sind gurn, der maskierte mann und etienne rambert niemand anderer als - fantômas!"

# Das vielköpfige Ungeheuer

## Zum Begriff einer WeltarbeiterInnenklasse

Von Marcel van der Linden

Der im 19. Jahrhundert geprägte Begriff der „Arbeiterklasse“ hat die widersprüchliche Klassenwirklichkeit immer schon verfehlt. Tatsächlich sind die Grenzen zwischen „freier“ Lohnarbeit, „Selbst-Anstellung“ („Self-Employment“) und unfreier Arbeit wie zwischen städtischer und ländlicher Arbeit sehr viel weniger fix als im traditionellen Marxismus unterstellt wurde. Wird die theoretische wie politische Privilegierung des weißen männlichen Facharbeiters aufgegeben, erscheint die „arbeitende Klasse“ als eine aus ganz unterschiedlichen Subjektivitäten zusammengesetzte Multitude. Marcel van der Linden skizziert die Umrisse eines Klassenbegriffs, der diesem „vielköpfigen Ungeheuer“ gerecht zu werden versucht.



Ein adäquater Begriff der WeltarbeiterInnenklasse wird in konstruktiver Kritik immer noch auf Marx zurückgehen müssen: Er bleibt eine wichtige Quelle der Forschung, und seine Analyse ist noch mit ihren Schwächen die beste, die wir haben.

## Die Komplexität der Ware Arbeitskraft

Die berühmten Eingangssätze von Marx' *Kapital* lauten: „Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine 'ungeheure Warenansammlung', die einzelne Ware als seine Elementarform. Unsere Untersuchung beginnt daher mit der Untersuchung der Ware." (1) Für Marx beruht die kapitalistische Produktionsweise auf der Verwertung a.) der Arbeitskraft, b.) der Produktionsmittel und Rohstoffe und c.) der Arbeitsprodukte *als* Waren („Kommodifikation"). Entscheidend in diesem Zusammenhang ist das erste Element. Marx unterstellt, dass die Arbeitskraft nur dann als Ware verwertet wird, wenn sie „freie" Lohnarbeit geworden ist, in der der Arbeiter „als freie Person über seine Arbeitskraft als seine Ware" verfügen kann und zugleich „andre Waren nicht zu verkaufen hat." Er betont, dass „die Arbeitskraft als Ware nur auf dem Markt erscheinen" kann, „sofern und weil sie von ihrem Besitzer, der Person, deren Arbeitskraft sie ist, als Ware feilgeboten oder verkauft wird." (2) Der verengte Begriff der Arbeiterklasse beruht gerade auf dieser Vorstellung: wenn nur die Arbeitskraft freier Lohnarbeiter kommodifiziert ist, dann setzt sich die „wirkliche" Arbeiterklasse immer aus solchen Arbeitern zusammen.

Tatsächlich schien dieser Begriff für lange Zeit und jedenfalls im nordatlantischen Raum (USA und West- bzw. Mitteleuropa) dem Entstehungsprozess des Proletariats zu entsprechen. Trotzdem beruht er auf zwei zweifelhaften Unterstellungen: Die Arbeitskraft wird von einer Person angeboten, die zugleich ihre Besitzerin und Trägerin ist, und diese Person verkauft ihre Arbeitskraft exklusiv einem einzigen Käufer.

Doch warum sollte das so sein? Warum kann die Arbeitskraft nicht von jemandem verkauft werden, der nicht zugleich ihr Träger ist? Warum kann der Verkäufer eigener oder fremder Arbeitskraft seine Ware nicht auch mitsamt bestimmter Produktionsmittel anbieten? Und warum sollte z.B. ein Sklave seine Arbeitskraft zum Wohl seines Besitzers nicht auch einem Dritten verkaufen? Schon im Blick nur auf den Unterschied zwischen „Träger" und „Besitzer" der Arbeitskraft können vier Typen der Ware Arbeitskraft unterschieden werden. Im ersten Schritt kann a.) eine selbstbestimmte Kommodifikation der Arbeitskraft, in der ihr Träger auch der Besitzer ist (freie Lohnarbeit, Arbeit von Pachtbauern, Arbeit selbst-angestellter Handwerker), von b.) einer fremdbestimmten Kommodifikation unterschieden werden, in der ihr Träger eben nicht der Besitzer ist (Lohnarbeit von Sklaven). In beiden Fällen aber kann die Arbeitskraft des Trägers von ihm selbst oder von einem anderen angeboten werden, so z.B. im Fall c.) der freien Lohnarbeit im Subkontraktsverhältnis eines Arbeitsvermittlers oder d.) der freien Lohnarbeit von Kindern. Zur Ware werden kann die Arbeitskraft folglich auf ganz verschiedene Weisen, von denen die freie Lohnarbeit nur eine ist.

## Graduelle Übergänge

Die Marx'sche Tradition unterscheidet im Kapitalismus neben den KapitalistInnen und GrundbesitzerInnen fünf subalterne Klassen oder Halbklassen: freie LohnarbeiterInnen, die nur ihre eigene Arbeitskraft besitzen und verkaufen; das Kleinbürgertum, zusammengesetzt aus kleinen WarenproduzentInnen und Händlern; Selbst-Angestellte, die ihre Arbeitskraft und eigene Produktionsmittel besitzen und ihre Arbeitsprodukte oder Dienste anbieten; SklavInnen, die weder ihre Arbeitskraft noch ihre Werkzeuge besitzen und verkauft werden; LumpenproletarierInnen, die nichts besitzen und nichts verkaufen. Letztere bleiben üblicherweise außerhalb der Untersuchung und werden als „Rest"-Kategorie behandelt.

Der Klassenkampf spielt sich im Marx'schen Schema hauptsächlich zwischen KapitalistInnen bzw. GrundbesitzerInnen und LohnempfängerInnen ab, die anderen Klassen sollen historisch im Schwinden begriffen sein und sich zuletzt völlig auflösen. Deshalb scheinen die LohnempfängerInnen von den anderen subalternen Klassen durch eine Kluft getrennt zu sein. Doch trifft dieses Schema die historische Realität? Existieren Marx' freie LohnarbeiterInnen überhaupt? Ich behaupte, der Kapitalismus kennt eine endlose Vielfalt von ProduzentInnen mit unbestimmten, fließenden Übergängen zwischen den einzelnen Kategorien. Dazu gehören:

– *Übergangsformen zwischen Lohnarbeit und Sklaverei.*

Es gibt Arbeitsverhältnisse, in denen die LohnempfängerIn physisch zur Arbeit gezwungen wird, während der Lohn einer dritten Person ausbezahlt wird. Ein Beispiel dafür ist die Kin-



derarbeit, in der der Lohn an die Eltern oder besondere Bevollmächtige abgeführt wird. Bekannt ist, dass SklavInnen immer wieder Lohnarbeitsverhältnisse gegenüber Dritten eingingen, bei denen ihr Besitzer den Lohn einstrich. Umgekehrt waren und sind freie LohnarbeiterInnen oftmals sehr viel weniger frei als angenommen. Von den ArbeiterInnen in schottischen Kohlenminen des 18. Jahrhunderts bis zu zeitgenössischen LandarbeiterInnen in Lateinamerika oder Südasien gerieten bzw. geraten freie LohnarbeiterInnen durch systematische Verschuldung in Zwangsarbeitsverhältnisse. Die Mobilität von ArbeiterInnen wurde und wird darüber hinaus z.B. durch die Aneignung ihrer Personalpapiere eingeschränkt, ohne die sie von niemandem angestellt werden dürfen. Oft werden diese Papiere zu Beginn des Arbeitsverhältnisses vom Arbeitgeber an sich genommen, der sie erst zurückgibt, wenn seine Ansprüche befriedigt werden. Manchmal ketteten Arbeitgeber ihre im Prinzip freien Lohnarbeiter sogar an und hinderten sie dergestalt auch physisch am Wechsel zu einem anderen Arbeitgeber. Eine weniger aggressive Weise der „Bindung" eröffnen Zuzahlungen zur sozialen Sicherung oder andere besondere Vergünstigungen. Dazu gehören z.B. firmeneigene Institutionen gegenseitiger Hilfe, aber auch die Vergabe von Gartengrundstücken, die ein unverzichtbares Zusatzeinkommen bieten, weil ihre Produkte entweder selbst verzehrt oder vom Eigentümer aufgekauft werden können.

- *Übergangsformen zwischen Lohnarbeit und Selbst-Anstellung.*

Klassischerweise verfügt die LohnarbeiterIn nur über ihre Arbeitskraft, nicht aber über Produktionsmittel. Doch auch hier gibt es zahlreiche Ausnahmen. So ist es noch heute keinesfalls unüblich, dass die ArbeiterIn am Arbeitsplatz eigene Werkzeuge einsetzt oder – wie das beispielsweise die Rikscha-Fahrer tun müssen – ihre Werkzeuge vom Arbeitgeber gegen Hinterlegung eines Pfands entleihen muss. Möglich war und ist aber auch, dass ArbeiterInnen neben ihrem Lohn einen Teil des Arbeitsprodukts erhalten, den sie dann selbstständig verkaufen müssen.

- *Übergangsformen zwischen Sklaverei und Selbst-Anstellung.*

Der bekannte Fall des Sklaven Simon Gray, der von 1845 bis 1862 auf Schiffen der Natchez Lumber Company als Kapitän arbeitete, zeigt an, wie kompliziert die kapitalistische Wirklichkeit sein kann. Grays Mannschaften bestanden in der Regel aus zehn bis zwanzig Männern und setzten sich aus afro-amerikanischen Sklaven und weißen Matrosen zusammen. „Manche Sklaven waren Eigentum der Company, während andere, wie Gray selbst, von ihren Eigentümern entliehen waren. Die weißen Matrosen wiederum wurden von Grey bezahlt, der ihre Papiere an sich nahm, ihre Unkosten bezahlte, ihnen Geld lieh und ihnen bisweilen sogar den Lohn ausbezahlte. Konsequenterweise betrachteten sie ihn als ihren Arbeitgeber." Grey und seine Leute waren gewöhnlich zwei oder drei Wochen unterwegs, während derer er verschiedene Manageraufgaben übernahm. „Er wirkte als Lieferant, nahm Aufträge entgegen, machte Preise aus, gewährte Kunden Kredit und strich im Auftrag der Firma Gelder ein." (3) Der „Fall Grey" zeigt uns also einerseits einen Sklaven, der ein Manager ist, und andererseits Sklaven und freie Lohnarbeiter, die ihm gehorchen mussten. Auch wenn diese besondere Situation historisch ungewöhnlich war, gibt es viele im Prinzip vergleichbare Fälle, solche z.B., in denen Sklaven auch Pachtbauern waren und dabei andere Sklaven als Pachtbauern für sich arbeiten ließen.

- *Übergangsformen zwischen Lohnarbeit/Sklaverei/ Selbst-Anstellung und Lumpenproletariat.*

Graduell ist auch der Übergang von der „Nicht-Klasse" des Lumpenproletariats zu den drei Hauptformen der Arbeit (Lohnarbeit, Selbst-Anstellung, Sklaverei). Dies gilt für alle Gesellschaften, in denen viele ArbeiterInnen neben ihrem Lohn auch vom Ertrag ihrer Subsistenzwirtschaft (Produktion nur für das unmittelbare Überleben) abhängig und Männer, Frauen und Kinder deshalb stetig gezwungen sind, alternative Möglichkeiten der Subsistenz zu suchen. Dazu gehören dann durchaus „respektable" ArbeiterInnen, die von ihrer Not zum Diebstahl, etwa zum organisierten Raub von Nahrungsmitteln, gezwungen werden – ein in den USA bis in die 30er Jahre des 20. Jh. hinein landesweit verbreitetes Phänomen, das in den 70er Jahren in Italien wiederkehrte. Weit verbreitet waren und sind z.B. das systematische Plündern von Kohle durch Minenarbeiter, der Diebstahl von Ladegut aller Art durch Docker sowie überhaupt die „Aneignung" von Arbeitsprodukten wie Werkzeugen in vielen Fabriken und Büros.

## Stillschweigende Unterstellungen

Die überlieferte Klassenanalyse hängt aber nicht nur an Unterscheidungen, die in Wirklichkeit so scharf gar nicht getroffen werden können, sondern auch an stillschweigenden Unterstellungen, die erst zu prüfen wären. So wird immer wieder vor-



ausgesetzt, dass Arbeiter ihre Arbeitskraft einem Unternehmer gegen Geld verkaufen, mit dem sie dann die Nahrungsmittel erwerben, durch die sie ihre Arbeitskraft reproduzieren. Der dabei unterstellte Kreislauf Arbeitskraft – Geld – Konsumgüter – Arbeitskraft überspringt dann aber den mittlerweile schon seit Jahrzehnten vor allem von FeministInnen dargelegten Umstand, dass der Erwerb und die Zubereitung von Konsumgütern selbst Arbeit sind und Lohnarbeit ohne zusätzliche und in der Regel von Frauen verrichtete Subsistenz- bzw. Reproduktionsarbeit gar nicht existieren kann. Tatsächlich gehören LohnarbeiterInnen, die auf unbezahlte Subsistenzarbeit verzichten und dergestalt allein von ihrem Lohn leben können, zur Minderheit hochbezahlter Angestellter, die zur Sicherung ihrer Subsistenz die Arbeitskraft freier LohnarbeiterInnen kaufen können. In Betracht zu ziehen sind außerdem Subsistenztätigkeiten, die nicht-warenförmig von verschiedensten, gelegentlich wiederum firmeneigenen gesellschaftlichen Vereinigungen erbracht werden.

Außerdem unterstellt das Schema stets, dass eine ArbeiterIn ihre Arbeitskraft immer nur einem Arbeitgeber verkauft. Für den größten Teil der von Lohnarbeit lebenden Weltbevölkerung aber hat dies nie zugetroffen. Leute, die von mehreren Jobs leben, stellen in Lateinamerika, Asien und Afrika vielmehr die Norm dar. In Russland z.B. hängen 15 – 20% der lohnarbeitenden Bevölkerungen existenziell von Nebenerwerbstätigkeiten ab, dasselbe galt in der Epoche vor der Durchsetzung des Wohlfahrtsstaates überall in Europa. LohnarbeiterInnen, die zugleich Haus- und Grundeigentümer, Pachtbauern auf oder Pächter von fremdem Land, Wander- und ZeitarbeiterInnen zur Erntezeit und freie HändlerInnen von zum Teil selbsthergestellten Waren sind, sind durchaus kein Einzelfall.

Schließlich können Lohnarbeiter auch als Gruppe und eben nicht als Individuum beschäftigt sein, dann z.B., wenn sie von einem Subunternehmer rekrutiert werden, der ihre Arbeitskraft einem Dritten vermietet. Und zuletzt wird der unterstellte Kreislauf auch dann unterbrochen, wenn Lohnarbeiter ihre Arbeitskraft nicht mehr verkaufen. Das klassische Schema kennt hier nur den von LohnarbeiterInnen kollektiv organisierten Streik. Damit fallen aber die zum Teil außerordentlich militanten Protestformen von SklavInnen, Selbst-Angestellten oder eben LumpenproletarierInnen unter den Tisch, die LohnarbeiterInnen historisch oft als Vorbild gedient haben.

All diese Reflexionen zeigen, wie vage und bloß graduell die Trennungen zwischen freien LohnarbeiterInnen und anderen subalternen ArbeiterInnen waren und sind. Zuerst sind hier die eben geschilderten Übergangsformen zwischen freier Lohnarbeit, Sklaverei, Selbst-Anstellung und Lumpenproletariat zu nennen. Zweitens gehören nahezu alle subalternen ArbeiterInnen Haushalten an, in denen unterschiedliche Formen der Arbeit kombiniert werden. Drittens können individuelle ArbeiterInnen unterschiedliche Arbeitsverhältnisse eingehen. Darüber hinaus können die einzelnen Bestimmungen selbst gar nicht eindeutig definiert werden.

## Unterwegs zu neuen Begriffen

Das hat weitreichende Konsequenzen. Zunächst einmal muss gegenüber der traditionellen Unterstellung einer Klasse freier LohnarbeiterInnen von einer viel umfassenderen, vielgestaltigen Klasse ausgegangen werden, deren Arbeitskraft im Kapitalismus in ganz unterschiedlicher Weise zur Ware gemacht und verwertet wird. Ich nenne sie die Klasse der subalternen ArbeiterInnen, und es ist die historische Dynamik dieser ungeheuer vielfältigen Multitude, die wir verstehen müssen. Die erste Frage, die sich dann aufdrängt, ist, was alle diese ganz unterschiedlichen Subalternen eigentlich gemein haben. Mit einem Ausdruck von Cornelius Castoriadis kann gesagt werden, dass alle subalternen ArbeiterInnen im Status „institutionalisierter Fremdbestimmung" leben. Diese ist für Castoriadis das Gegenteil von „sozialer Autonomie" und stellt sich ihm als „eine Menge von Bedingungen der Beraubung und Unterdrückung" dar, als eine „global gefestigte materielle und institutionelle Struktur der Ökonomie, der Macht, der Ideologie, als Verpflichtung, Täuschung, Manipulation und Gewalt." Institutionalisierte Fremdbestimmung drückt eine „antagonistische Spaltung der Gesellschaft und damit die Herrschaft einer bestimmten sozialen Kategorie über das Ganze aus. (...) Von daher entfremdet uns die kapitalistische Ökonomie insoweit, als sie mit der Spaltung in ProletarierInnen und KapitalistInnen zusammenfällt." (4)

Eine nähere Bestimmung liefert der Philosoph Gerald Cohen, für den der Nicht-Besitz von Produktionsmitteln „nicht so wichtig ist als traditionell angenommen wurde. Wesentlich ist vielmehr, dass einE ProletarierIn zum Verkauf ihrer Arbeitskraft gezwungen ist, um die Mittel ihres Überlebens zu erwerben." (5) Marx folgend entspringt das Verkaufen-Müssen für Cohen einem ökonomischen Zwang; nimmt man dazu noch den physischen Zwang hinzu, ergibt sich eine zureichende Bestim-



mung. Nach der gehört jedeR TrägerIn von Arbeitskraft zur Klasse der subalternen ArbeiterInnen, dessen oder deren Arbeitskraft unter ökonomischem oder nicht-ökonomischem Zwang einer anderen Person verkauft oder vermietet wird. Gleichgültig ist dabei, ob sie von dem oder der TrägerIn selbst angeboten wird und ob er oder sie eigene Produktionsmittel besitzt. Diese Definition führt zum vor-marxistischen Begriff der „arbeitenden Klassen" zurück und wirft sogleich die Frage nach deren interner Differenzierung auf.

Die traditionelle Klassenanalyse konzentriert sich dabei auf Macht und Herrschaft im Produktionsprozess, den sie über drei Elemente bestimmt: zweckvolle Tätigkeit, das Objekt, an dem diese ausgeübt, und die Mittel, mit denen sie verrichtet wird. Das Arbeitsprodukt ist dann das vierte Element. Diese Elemente müssen um die folgenden, relationalen Bestimmungen erweitert werden:

- die Beziehung zwischen der ArbeiterIn und ihrer Arbeitskraft (verfügt sie oder verfügt sie nicht über ihren Körper, liegt die Verfügung beim Arbeitgeber oder bei einem Dritten?);
- die Beziehung zwischen der ArbeiterIn und ihren Produktionsmitteln (gehören sie ganz oder teilweise ihr, ihrem Arbeitgeber oder einem Dritten?);
- die Beziehung zwischen der ArbeiterIn und ihrem Arbeitsprodukt (gehört es ganz oder teilweise ihr, ihrem Arbeitgeber oder einem Dritten?);
- die Beziehungen zwischen der ArbeiterIn und den anderen Angehörigen ihres Haushalts (welche ökonomischen und sozialen Abhängigkeiten spielen hier eine Rolle?);
- die Beziehungen zwischen der ArbeiterIn und ihrem Arbeitgeber außerhalb des unmittelbaren Produktionsprozesses (wie ist er oder sie durch Schulden, Unterkunft o.ä. dem Arbeitgeber verpflichtet?);
- die Beziehungen zwischen der ArbeiterIn und anderen ArbeiterInnen im Arbeitsverhältnis (welche ökonomischen und sozialen Abhängigkeiten spielen hier eine Rolle?)

Mit diesen Unterscheidungen ist es möglich, die genaue Klassenposition eineR individuellen ArbeiterIn gegenüber ihrem Arbeitgeber zu bestimmen. Übt er oder sie mehrere Jobs aus, sind die Bestimmungen entsprechend zu erweitern. Sofern jede ArbeiterIn einem Haushalt angehört, muss auch die Klassenposition der anderen Mitglieder ihres Haushalts berücksichtigt werden, was zu einigen Inkongruenzen führen kann, wenn hier unterschiedliche Klassenpositionen zusammenkommen. Entsprechende Analysen müssten natürlich über einen längeren Zeitraum vorgenommen werden, weil alle Haushaltsangehörigen je nach dem Grad ihrer Freiheit ihre Positionen ändern können. Zu beachten ist natürlich auch die Weise, in der die Arbeit entlohnt wird, je nachdem, ob das Arbeitsprodukt gänzlich oder nur teilweise abgetreten werden muss und ob die Entlohnung in Gütern oder in Geld oder in Gütern und Geld erfolgt.

Zugleich sollten die unterschiedlichen Formen subalterner Arbeit nie isoliert für sich untersucht werden und die subalternen ArbeiterInnen nie als isolierte Individuen, sondern stets als konkrete Menschen betrachtet werden, die Angehörige von Familien, von Verwandtschaften und anderen kulturellen und sozialen Netzen sind. Und schließlich sind die Subalternen nie nur unter dem Gesichtspunkt des Nationalstaats zu betrachten, sofern der „nationale" Aspekt in seinem gegebenen Zusammenhang selbst immer erst erklärt werden muss. Zu warnen aber bleibt vor jeder empirisch leeren Großtheorie.

***Marcel van der Linden*** *ist Forschungsdirektor des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte in Amsterdam und Redakteur von* Sozial.Geschichte. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts *(www.stiftung-sozialgeschichte.de). Eine längere Fassung dieses Artikels erscheint demnächst in K.P. Kannan/Mario Rutten (Hg.), „Labour and Transformation in Asia. Critical Reflections and Empirical Studies" (New Delhi: Permanent Black, 2003).*

**Anmerkungen:**

1) Karl Marx, Das Kapital. (Berlin. 1973), Bd. 1, 49.
2) ebd., 183 bzw. 182
3) John Hebron Moore, Simon Gray, Riverman: A Slave Who Was Almost Free. In: The Mississippi Valley Historical Review, 49 (December 1962), pp, 472-84
4) zit. nach Cornelius Castoriadis, The Imaginary Institution of Society. Trans. Kathleen Blamey (Cambridge: Polity Press, 1987), 109, eigene Übersetzung. Auf deutsch erschienen unter dem Titel Gesellschaft als imaginäre Institution (Frankfurt 1990).
5) G.A. Cohen, Karl Marx´s Theory of History: A Defence (Oxford [etc.]: Clarendon Press, 1978), p. 72 (eigene Übersetzung).



# Hier gibt es FANTÔMAS und *ak!*

**Berlin**
- Argument Buchladen, Reichenberger Str. 150
- b_book, Lübbener Str. 11
- Buchhandlung Turmstraße, Turmstr. 4
- Der kleine Buchladen, Weydinger Str. 14-16
- Infoladen Daneben, Liebigstr. 34
- Kisch & Co., Oranienstr. 25, 10999 Berlin
- Kopierladen M 99, Manteuffelstr. 99
- O 21, Oranienstr. 21
- Schwarze Risse, Kastanienallee 85
- Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a
- pro qm, Alte Schoenhauser Str. 48

**Bielefeld**
- Eulenspiegel, Hagenbruchstr. 7

**Bochum**
- Notstand Büchertisch u. Archiv, Uni Bochum

**Bonn**
- Buchladen 46, Kaiserstr. 46
- Le sabot, Breitestr. 76

**Braunschweig**
- Guten Morgen Buchladen, Bültenweg 87

**Bremen**
- Buchladen im Ostertor, Fehrfeld 60
- Buchladen in der Neustadt, Lahnstr. 65 B
- Infoladen Bremen, St. Pauli Str. 10-12

**Darmstadt**
- Buchladen, Lauteschlägerstr. 18

**Dortmund**
- Buchhandlung Litfass, Münsterstr. 107
- Taranta Buba, Humboldtstr. 44

**Düsseldorf**
- Buchladen Bibabuze, Aachener Str. 1
- AStA Buchladen, Universitätsstr. 1
- Büro für ständige Einmischung, Corneliusstr. 108

**Essen**
- Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8

**Flensburg**
- Carl von Ossietzky-Buchhandlung, Heiligengeistgang 9

**Frankfurt a.M.**
- Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23
- Infoladen Exzess, Leipzigerstr. 91
- Karl Marx Buchhandlung, Jordanstr. 11
- Uni Buch, Jügelstr. 1
- Land in Sicht, Rotteckstr. 13
- Ypsilon Buchladen, Berger Str. 18
- Bahnhofsbuchhandlung

**Freiburg i.Br.**
- Buchladen Jos Fritz, Wilhelmstr. 15
- Bahnhofsbuchhandlung

**Göttingen**
- Buchladen Rote Strasse, Nikolaikirchhof 7

**Hagen**
- Buchladen Quadrux, Lange Str. 21

**Hamburg**
- Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55
- Buchladen in der Osterstrasse, Osterstr. 171
- Buchhandlung Nautilus, Friedensallee 7-9
- Heinrich-Heine-Buchhandlung, Schlüterstr. 1
- Schwarzmarkt, Kl. Schäferkamp 46
- Tabakladen, Spritzenplatz

**Hanau**
- Buchladen am Freiheitsplatz,
- Am Freiheitsplatz 6

**Hannover**
- Asta Uni Hannover, Welfengarten 1
- Buchladen Annabee, Gerberstr. 6

**Heidelberg**
- Bahnhofsbuchhandlung

**Herford**
- Provinzbuchladen, Hämelinger Str. 22

**Karlsruhe**
- Bahnhofsbuchhandlung, Bahnhofsplatz 1
- Der andere Karlsruhe, Marienstr. 15

**Kassel**
- Gestochen Scharf, Elfbuchenstr. 18

**Kiel**
- Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27

**Köln**
- Das andere Köln, Zülpicherstr. 197

**Konstanz**
- Zur schwarzen Geiß, Obermarkt 12

**Ludwigsburg**
- Schwarzes Schaf, Reithausplatz 2

**Ludwigshafen**
- Naturkostladen Schwarzwurzel, Jakob-Binder-Str. 10

**Mannheim**
- Buchladen M2, M 2,6
- Bahnhofsbuchhandlung

**Marburg**
- Buchladen Roter Stern, Am Grün 28

**München**
- Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41b-43

**Münster**
- Buchladen Rosta, Ägidiistr. 12
- Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57

**Norderstedt**
- Info-Archiv Norderstedt, Ulzburger Str. 6a

**Nürnberg**
- Bahnhofsbuchhandlung
- Bücherkiste, Schlehengasse 6

**Oldenburg**
- Buchhandlung Carl von Ossietzky, Marktstr. 24

**Osnabrück**
- Infoladen Zett, Alte Münze 12

**Paderborn**
- Infoladen Paderborn, Borchenerstr. 12

**Recklinghausen**
- Attatroll, Paulusstr. 2

**Saarbrücken**
- Der Buchladen, Försterstr. 14

**Siegen**
- Bücherkiste, Bismarckstr. 3

**Stuttgart**
- Infoladen Ludwigstraße 110a

**Trier**
- Buchladen Gegenlicht, Glockenstr. 10

**Tübingen**
- Der faire Kaufladen, Marktgasse 13

**Wiesbaden**
- Cafe Klatsch, Marcobrunnerstr. 9

**Würzburg**
- Buchladen Neuer Weg, Sanderstr. 23/25

**Wuppertal**
- Autonomes Zentrum, Markomannestr. 3

***ÖSTERREICH*, Wien**
- Infoladen Zehn, Ernst-Kirchweger-Haus,
- Postfach 173, Wielandgasse 2-4
- Zentralbuchhandlung, Schulerstr. 1-3

***SCHWEIZ***

**St. Gallen**
- Comedia, Katharinengasse 20

**Zürich**
- Buchhandlung am Helvetiaplatz, Stauffacherstr. 60
- TAT und RAT, Roeschibachstr. 69

***SCHWEDEN*, Stockholm**
- Bokhandeln Info, Tjärhovsgatan 44

***NIEDERLANDE***

**Amsterdam**
- Het Fert van Sjako, Jodenbreestraat 24

**'s-Gravenhage**
- De rode Hond, Buitenom 215 a

**Groningen**
- Boekhandel Rosa, Folkingedwarstraat 16A

**Utrecht**
- De Rooie Rat, Oudegracht 65

## Jahresabo: 2 x FANTÔMAS und 11 x *ak*

O **3 Ausgaben von *ak* für nur 5 €!**
(wenn nicht nach Erhalt der zweiten Ausgabe gekündigt wird, wird dieses Angebot automatisch zum Jahresabo)

Ich will ***ak*** im Abonnement beziehen.

| **Zahlungsweise/ Aboart** | **halbjährlich** | **jährlich** |
|---|---|---|
| Normalabo | O € 27,- | O € 53,- |
| Förderabo | ab O € 43,- | ab O € 85,- |

(Luftpostzuschlag auf Anfrage)

für Menschen mit geringem Einkommen
Sozialabo O € 19.- O € 37.-

O Ich zahle nach Erhalt der Rechnung per Überweisung auf das Konto a·k·i, Verlag für analyse, kritik und information GmbH Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 788 836-202

O Ich fülle die Einzugsermächtigung aus und lasse das Geld abbuchen

Das Abonnement ist bis spätestens zwei Wochen vor dem Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich kündbar. Ich weiß, daß ich diese Bestellung binnen 14 Tagen (Poststempel) bei analyse & kritik widerrufen kann.

.................................... ....................................
Ort, Datum Unterschrift

AbsenderIn: ....................
......................................
......................................
......................................

An
analyse & kritik
Rombergstraße 10
20255 Hamburg

**Einzugsermächtigung**

Hiermit ermächtige ich a·k·i, Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Hamburg, den von mir zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung ***ak*** bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos

Kto.Nr. BLZ

bei der

mittels Lastschrift einzuziehen.

.................. , den ......... ...........................................
Unterschrift

***Glossar.*** Allen Klassen und Klassenverhältnissen gehen Klassen.Kämpfe immer schon voraus, weshalb Geschichte immer und notwendig Klassenkampfgeschichte ist, in der „Unterdrücker und Unterdrückte einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf" führen, „einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen" (*Manifest der Kommunistischen Partei*). Klassen.Kämpfe brauchen Klassen.Begriffe, um die Klassenverhältnisse und die ihnen eingeschriebenen – oft in sich widersprüchlichen, nicht selten mehrfach gebrochenen – Positionen von Unterdrückten und Unterdrückern bestimmen zu können. Klassen.Kämpfe sind immer soziale Kämpfe, doch sind nicht alle sozialen Kämpfe Klassenkämpfe.

# Klassen.Kämpfe

- ☐ *C&A*, *Wildcat* über Argentinien als Laboratorium postfordistischer Herrschaft und der sozialen Kämpfe dagegen.
- ☐ *Wompel* über die Krise der Gewerkschaften und die Dringlichkeit von Gewerkschaftsbewegung.
- ☐ *Pozzi* über die Kämpfe der Frauen in den Kämpfen der Multituden.
- ☐ *Krämer* über die utopischen Überschüsse, in denen Klassen.Kämpfe zur einzigen sozialen Tatsache werden, die zuletzt das Vergnügen lohnt.

# Argentinien – Laboratorium für Krisenverwaltung und Klassenkämpfe

## Warum die Dezemberrevolten weltweit Schule machen könnten

Von C&A, Wildcat

Der Aufstand von Ende 2001 hat viele in- und außerhalb Argentiniens völlig überrascht, war doch eine solch heftige Reaktion auf das „Krisenmanagement" von Regierung und IWF kaum vorhersehbar. Doch der „argentinische Sonderfall" muss kein solcher bleiben.

Mit Argentinien hat der IWF ein Land exemplarisch in die Krise abstürzen lassen. Man hat ausprobiert, wie viel Krise man auf die Leute abwälzen kann – und sich verrechnet. Seit dem Aufstand im Dezember 2001 ist Argentinien zu einem Laboratorium für Selbstorganisierung und Basisdemokratie geworden. Leider ist das Land aber zugleich ein Labor geblieben: Der Virus blieb im Reagenzglas gefangen; breitete sich – bislang – nicht über die Grenzen aus. Trotzdem zeigen die Prozesse Wege und Möglichkeiten auf – gegen Krise und Kapitalismus.

Argentinien hat eine lange Geschichte von Arbeitskämpfen. Ende des 19. Jahrhunderts brachten ImmigrantInnen aus Europa anarchistische und sozialistische Ideen mit, und gründeten am Río de la Plata die ersten Gewerkschaften Lateinamerikas. Argentinien hat aber auch eine lange Geschichte von Diktaturen und staatlichen Massakern. Ein spezielles argentinisches Phänomen ist der Peronismus, benannt nach dem Militär Perón, der 1943 mit einem Putsch an die Macht kam und drei Jahre später gewählt wurde. Mit einer Mischung aus Nationalismus und geschickter Sozialpolitik wurde er mit seiner Frau Evita zum Idol von ArbeiterInnen und Armen. Es gelang ihm, die Arbeiterbewegung in den Staat einzubinden und die Gewerkschaften zu korrupten bürokratischen Apparaten zu machen.

Ab Ende der 60er Jahre rebellierten ArbeiterInnen gegen Gewerkschaftsapparate und Diktatoren. 1969 kam es in der Industriestadt Córdoba zum Aufstand von ArbeiterInnen und StudentInnen gegen den Diktator Onganía. In den folgenden Jahren organisierten ArbeiterInnen wilde Streiks und Fabrikbesetzungen. Sie setzten Versammlungen und Basisdemokratie durch. Vierzig Prozent der Großindustrie waren damals noch Staatsbetriebe. Die Arbeitskämpfe bekamen dadurch schnell eine politische Dimension. Auf den Straßen kämpften ArbeiterInnen und StudentInnen gemeinsam. Verschiedene Guerillagruppen entstanden. „Weder Putsch, noch Wahlen – Revolution!", war die Parole der Gewerkschaften bei FIAT, die von ArbeiteraktivistInnen übernommen worden waren. Aber im März 1976 putschten die Militärs. Bis 1983 liessen sie 30.000 Menschen „verschwinden". Die meisten Opfer waren politisch und gewerkschaftlich aktive ArbeiterInnen. Und die Schatten der Diktatur sind in Argentinien bis heute spürbar.

Die der Diktatur folgenden zivilen Präsidenten setzen den neoliberalen Kurs der Militärs fort. Sie privatisieren die Ölgesellschaft YPF, die Telefongesellschaft und andere Staatsbetriebe. Die Arbeitslosigkeit stieg bis Mitte der 90er Jahre auf nie da gewesene 20 Prozent. 1993, zehn Jahre nach dem Ende der Diktatur, kam es in der Stadt Santiago del Estero wieder zu einem Aufstand, nachdem Staatsangestellten die Löhne gekürzt worden waren. Als Geburtsstunde der piquetes, der Straßenblockaden, nach denen die organisierten Arbeitslosen piqueteros genannt werden, gilt der Aufstand in Cutral Co. Aus Protest gegen die Entlassung von Ölarbeitern blockierten die EinwohnerInnen 1996 tagelang das Städtchen. Seit dem Kriseneinbruch 1998 nahmen Straßenblockaden und lokale Aufstände immer weiter zu. Bis es dann im Dezember 2001 zum allgemeinen Aufstand kommt.

### Kollektive Angst- und Krisenbewältigung

Am 19./20. Dezember 2001 wird die Angst, die das Land seit der Diktatur beherrscht, kollektiv überwunden. Trotz Ausnahmezustand gehen die Leute massenhaft auf die Straße, stürzen mehrere Regierungen und nehmen die Krisenlösung selbst in die Hand. In Stadtteilversammlungen experimentieren sie seitdem mit Basisdemokratie und entwickeln solidarische Selbsthilfeprojekte. Es gelingt aber noch nicht, an die Arbeitskämpfe der 70er Jahre anzuknüpfen. In den Betrieben bleibt es ruhig. Seit dem Aufstand ist es zu keinen größeren Streiks gekommen. Die ArbeiterInnen stehen weiterhin



unter Kontrolle der Gewerkschaftsapparate. Sie beteiligen sich an den Bewegungen – als NachbarInnen in den Stadtteilversammlungen, als DemonstrantInnen auf der Straße – aber ihre eigentliche Macht, als ArbeiterInnen die Produktion lahmzulegen, haben sie noch nicht wiedergefunden. Diese Stärke wird bislang nicht im Zentrum der Verwertung, sondern nur an den Rändern demonstriert: Arbeitslose blockieren die Zirkulation, und in Pleitebetrieben übernehmen ArbeiterInnen selbst die Produktion.

In Argentinien sind mittlerweile etwa 180 Betriebe besetzt – von Handwerksklitschen über Dienstleistungsbetriebe und Fabriken bis hin zu einem Vier-Sterne-Hotel. In allen Betrieben hat es enorme Veränderungsprozesse gegeben: Alte Hierarchien wurden abgeschafft, alles wird in Versammlungen entschieden, und alle verdienen dasselbe. Viele BesetzerInnen sind aber vollauf damit beschäftigt, den Betrieb zum Laufen zu bringen. Für politische Aktion bleibt dabei wenig Raum. Eine kleine Minderheit versucht, den Konflikt zu politisieren. Die bekanntesten Betriebe sind die Kachelfabrik Zanon in Neuquén (siehe Kasten) und die Textilfabrik Brukman in Buenos Aires, die im April geräumt worden ist. Die Arbeiterinnen kämpfen seitdem um die Rückgabe ihrer Fabrik.

Die ArbeiterInnen von Brukman und Zanon machen immer wieder deutlich, dass sie nicht nur ihre Arbeitsplätze retten wollen, sondern dass es ihnen um eine andere Gesellschaft geht. Sie sehen sich als Kern einer neuen Klassenbewegung, jenseits der Gewerkschaftsapparate. Sie suchen sowohl zu den Arbeitslosen Verbindung, als auch zu den ArbeiterInnen in den Betrieben und im Öffentlichen Dienst, die sich nicht mehr von Gewerkschaftsbürokraten verwalten lassen wollen. Mit drei großen Koordinationstreffen – zuletzt im März im besetzten Supermarkt Tigre in Rosario mit 1500 TeilnehmerInnen – haben sie den Aufbau einer Streikkasse und die Herausgabe einer ArbeiterInnenzeitung organisiert. Noch

sind diese ArbeiterInnen eine winzige Minderheit unter den acht Millionen Lohnabhängigen in Argentinien. Aber sie machen beispielhafte Erfahrungen.

## Von neoliberaler Scheinblüte zur allgemeinen Revolte

Was in Argentinien passiert ist, war kein landesspezifischer Unfall, sondern Ausdruck der globalen Krise kapitalistischer Entwicklung. Argentinien brach so dramatisch zusammen, weil hier die neoliberale Simulation von Wirtschaftswachstum so radikal betrieben wurde. Zunächst galt Argentinien als Musterland des IWF und konnte die besten Wachstumsraten in Lateinamerika vorweisen. Um die gigantische Inflation zu bekämpfen, war 1991 der Peso 1:1 an den Dollar gebunden worden. Dem IWF galt dieses so genannte „Currency-Board" als Grundbedingung für eine stabile Wirtschaftspolitik. Man baute Zollbeschränkungen ab und gab die Staatsbetriebe zur Privatisierung frei. Für das internationale Kapital, das mit dem Rückgang der Akkumulationsraten seit Mitte der 70er Jahre immer verzweifelter nach profitablen Anlagesphären sucht, wurde Argentinien damit ein attraktiver Standort. Durch diese Kapitalzuflüsse kam es zu einem Wirtschaftsaufschwung; für eine breite Mittelschicht – ArbeiterInnen und Staatsangestellte – fielen Einkommenszuwächse ab. Aber es entwickelte sich keine neue Dynamik der kapitalistischen Produktion. Die Kapitalzuflüsse deckten die Importe und die Staatsausgaben, denen keine entsprechenden Exporte und Staatseinnahmen gegenüberstanden. Die „Gewinne" kamen aus dem Verkauf von Staatsbetrieben. Es war eine neoliberale Scheinblüte, bei der kapitalistische Entwicklung durch Geldbewegungen simuliert wurde.

Als die USA im Verbund mit den führenden Industrieländern Mitte der 90er Jahre den Dollar hochsetzten und es kaum noch Staatsbetriebe zu verkaufen gab, geriet Argentinien in die Krise. Die Dollarparität begünstigte Importe, was den Abbau nationaler Industrie zur Folge

## Eine Fabrik in Patagonien: Zanon gehört den ArbeiterInnen

Die Kachelfabrik Zanon im argentinischen Neuquén bildet in doppelter Hinsicht eine Ausnahme unter den besetzten Betrieben: Es handelt sich um eine große Fabrik mit hochmoderner Maschinerie, und den Arbeitern von Zanon ist es am weitestgehenden gelungen, den Konflikt nach innen und außen zu politisieren. Sie leisten sich eine Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit. Die wöchentliche Koordinatorenversammlung bespricht nicht nur die Probleme der Produktion, sondern genauso das politische Vorgehen. Abteilungsversammlungen, Schichtversammlungen und fabrikinterne Diskussionstage sorgen dafür, dass Politik hier nicht das Werk von ein paar Kadern ist, sondern Sache von allen. Jede/r in der Fabrik kann den gesamten Produktionsprozess und den politischen Konflikt erklären, und fast alle tun das auch gerne. Am Rande der Fertigungsstraßen ist in der selbstorganisierten Fabrik immer Zeit für einen Mate und Diskussionen. Über Arbeitermacht und Revolution wird hier inzwischen geredet, als wäre es das Normalste auf der Welt.

Die Arbeiter von Zanon waren vorher „ganz normale Arbeiter": Sie haben im Betrieb über Fußball geredet, sich für Politik nicht interessiert, sich als Mittelschicht gefühlt und als Autofahrer auf die Arbeitslosen und ihre Straßenblockaden geschimpft. Die Kehrseite des relativ guten Verdienstes waren ein mörderischer Arbeitsdruck mit ständigen Unfällen und ein knastähnliches Klima in der Fabrik. Die compañeros kannten sich untereinander kaum, denn wer zu viel mit anderen redete, machte sich verdächtig und riskierte die Kündigung. Um sich überhaupt treffen und organisieren zu können, haben sie Fußballturniere organisiert. Aus diesen sonntäglichen Treffen entstand eine Oppositionsliste, die 1998 überraschend den Betriebsrat und später auch die Gewerkschaft übernehmen konnte. Um die aufmüpfige Belegschaft loszuwerden, leitete der Unternehmer Zanon dann ein Konkursverfahren ein.

Angesichts der drohenden Schließung besetzen die Arbeiter im Oktober 2001 die Fabrik. Im März 2002 nehmen sie mit 270 ArbeiterInnen die Produktion auf. Da die Spezialisten weg sind, übernehmen die Produktionsarbeiter sämtliche Aufgaben selbst, auch Bereiche, die sie vorher noch nicht einmal betreten durften wie die Verwaltung, das Labor, die Siebdruckwerkstatt. Sie schaffen es, die Fabrik in Gang zu bringen, entwickeln neue Kachelmodelle und schaffen fünfzig neue Arbeitsplätze für die compañeros aus der „Bewegung arbeitsloser Arbeiter MTD Neuquén", die die Besetzung von Anfang an unterstützt und tatkräftig gegen Räumungsversuche verteidigt haben.

Der letzte Versuch fand im April statt. Die ArbeiterInnen hatten angekündigt, ihr Projekt mit ihrem Leben zu verteidigen und hatten sich in der Fabrik verschanzt. Vor dem Tor demonstrierten mehr als 3000 Menschen die breite Sympathie für dieses befreite Territorium: Arbeitslose und Jugendliche, LehrerInnen und Staatsangestellte, die aus Solidarität provinzweit streikten, Menschenrechtsorganisationen, und sogar der Bischof bekundete seine Solidarität. Der Provinzgouverneur sagte daraufhin die Räumung ab.

Nach zwei Jahren gehört Zanon immer noch den ArbeiterInnen. Ihnen geht es nicht darum, einen Alternativbetrieb in einer Nische zu etablieren. Sie sagen: Wir sind ArbeiterInnen, wir wollen keine Chefs sein, auch nicht unsere eigenen. Eine Legalisierung als Kooperative lehnen sie ab. Sie versuchen, Teil einer breiteren Bewegung von ArbeiterInnen zu werden, die sich nicht mehr nur an den Rändern bewegt. So oder so haben sie mit dieser langen Fabrikbesetzung aber schon Geschichte geschrieben. Sie haben gezeigt, dass so etwas überhaupt geht, dass Arbeiterkontrolle nicht nur in Nischenproduktionen oder Handwerksklitschen möglich ist, sondern auch in High-Tech-Fabriken. Sie haben in der Krise nicht um Arbeit gebettelt, sondern sich die wertvollen Produktionsmittel angeeignet. Dieses Beispiel und diese Erfahrungen werden bleiben, unabhängig davon, wie die Geschichte bei Zanon ausgeht.

hatte. Betriebsschließungen und Massenentlassungen in den privatisierten Betrieben führten zu sozialen Polarisierungen. Der Staat war verschuldet, hatte nichts mehr zu verkaufen, galt auf den internationalen Kapitalmärkten als nicht mehr vertrauenswürdig und musste für Kredite immer höhere Risikoaufschläge zahlen. Gleichwohl verlangte der IWF für Beistandskredite weitere Sparmaßnahmen und zeigte sich besonders erbost darüber, dass die Löhne im Öffentlichen Dienst nicht im selben Maße sanken wie in der freien Wirtschaft. Als 2001 der Bundesstaat seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber einzelnen Provinzen nicht mehr nachkam, begannen diese, eigene Geldscheine in Umlauf zu bringen, um ihre Angestellten bezahlen zu können.

Anfang Dezember 2001 verweigerte der IWF die Auszahlung einer fälligen Kredittranche von 1,3 Mrd. Dollar. Die Kapitalflucht nahm dramatisch zu, und die Regierung musste schließlich am 16.12. eine allgemeine Kontensperrung verhängen und den ausländischen Kapitalgebern die Aussetzung der Rück- und Zinszahlungen erklären. Die Kontensperrung wurde zum Auslöser für einen allgemeinen Aufstand, in dem unterschiedliche soziale Gruppen zusammenfanden, auf deren Trennung die Regierbarkeit des Landes beruht hatte. Das Experiment, einen Staat in den Bankrott fallen zu lassen, drohte außer Kontrolle zu geraten. Mittlerweile hat der IWF ein neues Umschuldungsabkommen mit Argentinien vereinbart, und er liess es sich einiges kosten, eine Ausbreitung des argentinischen Virus auf dem Kontinent zu verhindern. Als die Nachbarländer Uruguay und Brasilien im August 2002 in die Krise gerieten, sprang der IWF sofort ein – im Fall von Brasilien mit 30 Mrd. Dollar, dem größten Kredit in der Geschichte des IWF. Als Argentinien Ende September 2003 ankündigte, die privaten Gläubiger des Landes würden nur mit einem Viertel ihrer ursprünglichen Einlagen abgefunden, hagelte es Proteste auch gegenüber dem IWF: Er habe aus rein politischen Gründen einem Land die Umschuldung gewährt, das die Logik der Kapitalverwertung derart mit den Füßen trete.

## Vorwärts weisende Antworten können gefunden werden

Argentinien war Ende 2001 mit 140 Mrd. Dollar verschuldet, mit 52 Prozent des BSP. Das ist vergleichsweise wenig: Das Stabilitätskriterium der EU-Länder liegt bei 60 Prozent, und westliche Industriestaaten sind heute stärker verschuldet, als es Argentinien zum Zeitpunkt seines Staatsbankrotts war. Und die USA machen sowohl im Außenhandel wie im Staatshaushalt jeweils rund 500 Mrd. Dollar Defizit. Wären die USA ein Land wie Argentinien, dann wäre ihnen schon längst dasselbe passiert: Sie hätten kein Geld mehr gehabt und den Bankrott erklären müssen.

Die USA sind aber das Land, das den Dollar druckt, und sie sind die stärkste militärische Macht der Welt. Noch gelingt es ihnen, genügend Kapital anzuziehen, um die Schulden zu bedienen und ihre Kriege zu finanzieren. Aber das Ungleichgewicht nimmt zu. Ein fallender Dollarkurs würde zum massenhaften Verkauf von Dollars führen, was angesichts der Abhängigkeit der USA von ausländischem Kapital zu einer weltweiten Abwärtsspirale führen kann. Bei einem solchen Kriseneinbruch könnte auch der IWF nichts mehr retten. Die Fragen, vor denen die Menschen in Argentinien im Dezember 2001 gestanden haben, würden sich dann in ganz anderem Maßstab stellen.

Die Legitimationskrise, die im Aufstand in Argentinien mit der Parole „Sie sollen alle abhauen" zum Ausdruck gekommen ist, macht sich nicht nur dort bemerkbar. Der Kapitalismus hat seine Legitimation und seine Stabilität aus der Aussicht auf ein besseres Leben bezogen. Dieses Versprechen wird immer fragwürdiger. Der Widerspruch zwischen der möglichen Reichtumsproduktion und dem tatsächlichen Elend auf der Welt ist zu offensichtlich. Bisher bleibt die Reaktion auf die Krise des Kapitalismus oft individuell: Angst, Konkurrenz, rette sich wer kann. Bisher gelingt es an viel zu vielen Orten, Krise in Rassismus und ethnische Barbarei zu übersetzen.

Argentinien ist ein Gegenbeispiel. Hier haben soziale Bewegungen auf die Krise Antworten gefunden, die vorwärtsweisend sind. Aus dem materiellen Zwang, sich selbst zu helfen – weil der Staat dazu nicht mehr in der Lage war – sind Diskussionen entstanden, wie denn eine selbstorganisierte, eine selbstbestimmte, eine ganz andere Gesellschaft aussehen könnte. Und diese Diskussionen werden nicht mehr nur in Hinterzimmern und Zeitschriften mit kleiner Auflage geführt, sondern massenhaft auf der Straße. Aber bisher nur in einem Land. Wenn sich die Fragen im Weltmaßstab stellen, werden die Antworten noch ganz anders aussehen können.

***C&A, Wildcat***
*www.wildcat-www.de – mit weiteren Artikeln und Materialien zu den Bewegungen in Argentinien.* Wildcat *erscheint nach langer Pause jetzt wieder als regelmäßige Zeitschrift.*

zwar schenkt das gericht + + + juves phantastischen behauptungen + + + keinen glauben + + + doch wird gurn allerdings des mordes an lord beltham für schuldig befunden + + + fortsetzung folgt, natürlich, in fantômas 5/2004

# Auf der Suche nach neuer Bewegung

## Die real existierenden Gewerkschaften sind nicht zu retten

Von Mag Wompel

Mitgliederschwund auf der einen, neoliberales Co-Management auf der anderen Seite: Kein Wunder, dass deutsche Gewerkschaften nur wenige das Fürchten und viele das Gähnen lehren. Das könnte auch anders sein, meint Mag Wompel.

Das Sommerloch 2003 war voll der Auseinandersetzung um die Rolle der Gewerkschaften in unserer Gesellschaft. Falls der Begriff der Auseinandersetzung zutreffend ist, wenn die Kapitalseite gegen den am Boden geglaubten Gegner schießt und dieser sich beeilt nachzuweisen, dass er in Wirklichkeit ungefährlich ist. Als Beispiel hierfür haben die Gewerkschaftsführungen ihre tarifpolitische Flexibilität (bei der Aufweichung der Tarifverträge und zuletzt bei der überflüssigen Tarifierung der Leiharbeit) und sozialpolitische „Reformfähigkeit" (in Form aktiver Mitarbeit und angetäuschter Proteste bei Rente, Gesundheit, Hartz & Co) angeführt. Exakt diese Punkte führen bei vielen Linken in und um die Gewerkschaften zu der Frage, welchen Sinn es noch macht, genau diese Gewerkschaften zu verteidigen. Besonders überzeugend bringen dies VertreterInnen von Erwerbslosengruppen und aus sozialen Bewegungen vor, die gerade in letzter Zeit von den Gewerkschaften eher okkupiert und fürsorglich belagert als unterstützt wurden.

Die Patientin Gewerkschaft scheint immerhin noch nicht ganz tot. Eine solche Diagnose wäre angebracht, wenn sich der neoliberale Konsens eben nicht auf die Gewerkschaften eingeschossen hätte. Dies ist freilich weniger den Vorständen als den unzähligen Ehrenamtlichen und FunktionärInnen vor Ort zu verdanken, die allen, teilweise auch innerorganisatorischen Widerständen zum Trotz gute gewerkschaftliche Arbeit zu leisten versuchen. Diese sind aber zu wenige und zudem immer häufiger frustriert und überfordert. Die Mitgliederzahlen schrumpfen und die mehr oder minder organisierte Linke in



den Gewerkschaften zeigt sich als zu schwach. Die Lage ist also ernst, wobei die deutschen Gewerkschaften keinesfalls die ersten und auch nicht die einzigen sind, die weltweit in die Defensive geraten sind.

Krisen gelten allgemein als ein guter Zeitpunkt für Veränderungen. Deshalb sollte auch diese aktuelle Krise der Gewerkschaftsbewegung genutzt werden. Dagegen gibt es zwar den Vorbehalt, der Angriff des Kapitals würde uns alle betreffen und es sei unsolidarisch, ausgerechnet jetzt die Gewerkschaften auch noch von links anzugreifen. Doch erstens wird diese Kritik von links nicht erst seit heute geübt und zweitens geht es darum, die *Gewerkschaftsbewegung* wiederzubeleben – wenn nicht gar zu retten. Und da ist die Überlegung schon erlaubt, ob nicht genau dafür die Rettung der *real existierenden Gewerkschaften* unterbleiben sollte. Dies ist eine durchaus häufig gestellte Frage, denn die bestehenden Gewerkschaften sind nicht nur bürokratisch verkrustet, sondern über die viel gerühmte Mitbestimmung und Mitgestaltung fester Bestandteil unserer gesellschaftspolitischen Probleme. Dieser über Jahrzehnte vollzogene Werdegang zum Teil des Systems und damit des Problems wird nun von den Gewerkschaftsspitzen als überlebensnotwendige Modernisierung zu verkaufen versucht.



## Bürokratische Verkrustung

Im Folgenden versuche ich zu begründen, dass wir in der Tat eine echte Modernisierung als Antwort auf den Druck des Kapitals und die Veränderungen in den Arbeits- und Lebensstrukturen brauchen. Dass diese Antwort aber – und das ist die weitaus wichtigere These – die Modernisierung und Stärkung der Gewerkschaftsbewegung sein muss. Die Frage der Gewerkschaften wird sich m.E. dann so oder so fast von selbst lösen.

Denn viele, die momentan in Deutschland nach einer neuen Gewerkschaft (auch: Erwerbslosengewerkschaft) rufen, verkennen, dass das Problem nicht nur in der bürokratischen Verkrustung und politischen Einbindung der existierenden Gewerkschaften besteht. Sie verkennen, dass diejenigen, die die Gewerkschaft darstellen, nämlich ihre Mitglieder, sie so haben werden lassen. Es ist in der Tat nicht so, „dass die Vorstände die Mitglieder an der Revolution hindern". Genauso richtig ist übrigens der ebenfalls oft vorgetragene Einwand, dass dies eben ein Ergebnis der unterbliebenen – oder besser gesagt: in die falsche Richtung betriebenen – politischen Bildungsarbeit sei. Darauf komme ich später zurück. Mit der Annahme, eine neue Gewerkschaft sei die einfachste Lösung, wird jedoch auch verkannt, dass die Scharen, die den Gewerkschaften davonlaufen, mehrheitlich keine potenziellen Mitglieder einer anderen, besseren Gewerkschaft sind. Würde das Realität, was die meisten derjenigen wollen, die laut auf die Vorstände fluchen, handelte es sich wohl kaum um mehr als um ein neues Abbild der alten Gewerkschaften. Andererseits gibt es eine Reihe konkreter Anforderungen an eine wirklich modernisierte Gewerkschaftsbewegung. Und diese sollen nachfolgend aufgezeigt werden.

## Selber machen statt Stammtischbeschwerden

Eine der wichtigsten Anforderungen: die Demokratisierung der Organisation selbst. Wer die Demokratisierung der Wirtschaft verlangt, darf seine eigene Organisation nicht straff bürokratisch und zentralistisch führen wollen. Dies bedeutet aber auch, dass alle Mitglieder die bequeme Haltung verlassen müssen, ihre Interessenvertretung delegieren zu wollen. „Aktivierung der Mitglieder" bedeutet bisher, sie nach Bedarf wieder deaktivieren zu können – gelingt es nicht, werden sie ausgeschlossen. Bei den meisten ist es unnötig, hören sie doch gern, wenn die Betriebsrätin oder der Funktionär sagt „Kollegin, ich regel das für dich". Tun sie's dann schlecht oder falsch, wird geschimpft – und auch das meist nur am Stammtisch. Demokratisierung bedeutet aber nicht nur Mitsprache. Es bedeutet die Aufgabe ernst zu nehmen, die Gewerkschaftsbewegung als eigenen, alltäglichen Auftrag zu begreifen. Wer auf diesem Wege lernt, die eigenen Interessen nicht wegdelegieren zu können, muss gar nicht erst aktiviert werden. Dann sind auch ganz andere, dezentrale und netzwerkförmige Organisationsformen möglich. Unterstützt werden muss dies einerseits durch offensive, an Gegenmacht orientierte Forderungen und andererseits durch neue Kampfformen, die den individuellen Fähigkeiten, Bereitschaften und Neigungen entgegenkommen. Unsere KollegInnen z.B. in den USA und in Frankreich haben viele Beispiele für phantasievolle neue Aktions- und Streikformen erfolgreich erprobt. Ihr Vorteil ist, dass sie betroffene KundInnen wie auch unbeteiligte Bevölkerung wenn nicht direkt einbeziehen, so doch solidarisch zu stimmen vermögen.

Nicht nur die Kampfformen, auch die Inhalte gewerkschaftlicher Arbeit müssen anerkennen, dass es keine einfachen, standardisierten Lösungen mehr gibt, die den Lebensvorstellungen aller entsprechen – wenn es sie denn je gegeben haben sollte. Kollektiver Schutz kann durchaus individuelle Lösungen beinhalten – er muss sich nur an den Bedürfnissen der Menschen und nicht an denen der Betriebe orientieren. Am Beispiel neuer, indirekter Kontrollformen wie „Vertrauensarbeitszeit“ (1) hat sich spätestens gezeigt, dass solche Lösungen nicht in Stellvertretung entwickelt und kontrolliert werden können. Aktiven (nicht aktivierten) GewerkschafterInnen kann dies zugetraut werden und sie lösen es solidarisch und gemeinsam, wenn sie überzeugt (nicht geführt) werden.

Es bleibt wahr: Allein machen sie dich ein. Aber kollektive Interessenvertretung muss nicht Vereinheitlichung bedeuten und Individualisierung nicht Vereinzelung. Individuelle Bedürfnisse selbstbewusster GewerkschafterInnen dürfen nur nicht als Teufelszeug, sondern als ein emanzipatorischer Schritt in einer solidarischen Gemeinschaft begriffen werden – sonst kommt wirklich der um uns herum aufkeimende Egoismus zur Geltung.

Ein solch angewandter Respekt vor unterschiedlichen Lebensformen und (Nicht-)Arbeitspräferenzen würde zudem viele daran hindern, um der individuellen Flexibilität willen prekäre Jobs annehmen zu müssen und damit ungewollt Dumping an Löhnen und Arbeitsbedingungen zu betreiben. Denn heute sind es nicht nur Frauen, die zeigen, dass das so genannte "Normalarbeitsverhältnis“ schon immer eine Norm der Minderheit war. Doch heute noch wundern sich – männliche – Funktionäre, wenn viele Lohnabhängige lieber Nachteile in Kauf nehmen, als den starren „Schutz“ der Gewerkschaft zu genießen.

Vor diesem Hintergrund ist es ein Anachronismus, wenn wir angesichts der viel beschworenen und noch häufiger erzwungenen beruflichen Flexibilität starre Branchengewerkschaften haben und eine direkte Mitgliedschaft im DGB oder auf europäischer Ebene im europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) möglich ist. Der beispielhafte, irrsinnige Streit zwischen IG Metall und ver.di bei IBM um die betriebliche Zuständigkeit ist keinesfalls einer um die bessere Interessenvertretung.

## Weniger Arbeit, mehr Spaß und Muße

Wichtig ist auch die Akzeptanz der Tatsache, dass es die Vollarbeitsgesellschaft aus der Blütezeit der Gewerkschaften nicht mehr geben wird und der Normalarbeitnehmer schon immer eine Schimäre – zu Lasten von Frauen – war. Es ist doch klasse, wenn das Kapital immer weniger Lohnarbeit braucht! Eine Gewerkschaft, die sich mehr darum kümmert, uns alle „in Arbeit“ zu bringen, als die gesellschaftlich notwendige Arbeit und Mittel so auf alle zu verteilen, dass alle an sinnvollen Tätigkeiten und möglichst hoher Lebensqualität teilhaben, stellt sich als ein Teil des Problems heraus!

Eine notwendige (natürlich komfortable) Grundsicherung ist die eine Sache, vor deren Akzeptanz, geschweige Durchsetzung die real existierenden Gewerkschaften weit entfernt sind. Die andere – momentan genauso schwierig erscheinend – ist eine drastische kollektive Arbeitszeitverkürzung. Sie ist aber für die breiten Massen – gebeutelt durch fremd gesteuerte Flexibilisierung – disqualifiziert. Eine der aktuell vorrangigen Aufgaben einer wirklich modernen Gewerkschaftsbewegung besteht daher neben dem gedanklichen wie faktischen Abschied vom Fetisch des Arbeitsethos und der Lohnarbeit in einer breiten



gesellschaftspolitischen Debatte über unsere Zeitverwendung: Arbeits- und Reproduktionsarbeitszeit, Geschlechterverhältnisse und Arbeitsteilung, Spaß und Muße – kurzum: über Lebensqualität für alle.

Eine solche breite Bewegung für Lebensqualität schließt naturgemäß ihre nationale Borniertheit aus. Internationalisierung, nicht nur als Europäisierung, ist eine der grundlegenden Anforderungen nicht nur an die Gewerkschaften, auch an jede soziale Bewegung. Der Mobilität des Kapitals muss eine (freiwillige!) Mobilität wie Sesshaftigkeit der Menschen entgegengesetzt werden. Dazu gehören grenzübergreifender Austausch, internationale Solidarität und Streikformen, nicht Kampf gegen ausländische Billig-ArbeiterInnen, sondern ihre internationale Organisierung. Auch solidarische Absprachen und gemeinsame Bemühungen um internationale Arbeits- und Tarifstandards sowie Unterlassung jeglichen Dumpings untereinander, geschuldet einer nationalen Wettbewerbsfähigkeit des „eigenen“ Kapitals. Die Nutzung des Internets hilft dabei relativ einkommensunabhängig. Doch CyberUnionism bedeutet mehr, als dass Gewerkschaften ihre Pressemitteilungen über Tarifabschlüsse auch auf ihrer Homepage veröffentlichen. Es bedeutet, jegliche Kontrolle von Information und Kommunikation aufzugeben.

Und schließlich bleibt die Frage, wer zu den Zielgruppen einer solchen Gewerkschaftsbewegung gehört. Die Antwort ist einfach: Alle Lohnabhängigen, egal ob sie einen vermeintlich sicheren Arbeitsplatz „haben“, vorübergehend oder dauerhaft erwerbslos sind, bewusst oder erzwungen im Niedriglohnbereich jobben etc. Die Öffnung für Prekäre, Arme, Erwerbslose und MigrantInnen hat in den USA zu einer Wiederbelebung der Gewerkschaften geführt und gehört in Frankreich zu den Grundpfeilern der erfolgreichsten Neugründung der letzten Jahre, der SUD. (2)

Das Kapital erzwingt nicht nur ungewollt diskontinuierliche Lebensläufe, die Lohnabhängigkeit hält uns durch zerrüttete soziale Sicherungssysteme und den immer länger werdenden Arm der Arbeit auch immer stärker in Atem. Wenn das Kapital immer mehr vom Menschen will, muss sich die Gewerkschaftsbewegung wieder stärker um den ganzen Menschen und seine Lebensumstände kümmern. Es geht um mehr als Löhne und um mehr als Arbeitsbedingungen, es geht um Lebensbedingungen. Deshalb müssen Kämpfe am Arbeitsplatz mit denen auf der Straße verbunden werden. Die immer aggressiver werdenden Raubzüge des Kapitals an unseren öffentlichen "Gütern" – haben dabei für uns den Vorteil, Kindergärten, Krankenhäuser, Theater wie Kanalisation zu unübersehbar politischen Fragen zu machen.

## Öffnung für Prekäre

Für eine so verstandene Gewerkschaftsbewegung wird es eine Selbstverständlichkeit, sich als einen – keinesfalls dominierenden! – Bestandteil der sozialen Bewegungen zu begreifen und in von Fall zu Fall verschiedenen Allianzen politisch zu agieren. Sie muss sich dabei wieder als progressive Kraft begreifen und gesellschaftliche Utopien entwickeln.

Dies setzt aber schließlich voraus, dass sie auch andere Prioritäten in der Bildungsarbeit setzt. Anstatt wie augenblicklich auch die gewerkschaftliche Bildungsarbeit an den „Trend der Zeit" anzupassen, sollte sie keine Kosten scheuen, um diesem Trend entgegenzuwirken – kostenfrei auch für Gewerkschaftsmitglieder ohne Funktionen oder Nichtmitglieder. Denn die bildungspolitische Passivität der Gewerkschaften in gesellschaftspolitischen Fragen sollte nicht zuletzt in diesem Sommer als Ausrede herhalten, um nicht mehr gegen den aktuellen Sozialraub zu mobilisieren. Eine sinnvolle Investition in diesem Gebiet wäre nicht die Schließung von Bildungseinrichtungen, sondern echte Überzeugungs- und Bildungsarbeit für breite Massen – gegen den herrschenden Konsens der angeblichen Sachzwänge und Naturgesetzmäßigkeiten des Kapitalismus.

Es geht um einen radikalen Abschied von der deutschen Integrations- und Mitbestimmungskultur, die als Erfolgsmodell vielen Gewerkschaften weltweit als Vorbild verkauft wird. Um Abschied von einer Gewerkschaft als Ordnungsfaktor und institutionalisierte Interessenvertretung. Eine solche lebendige Gewerkschaftsbewegung wäre mühelos in der Lage, die bestehenden Gewerkschaften zu ändern oder neue, bessere Organisationsformen zu finden. Hierfür gibt es unterschiedliche Ansätze: In Frankreich und Spanien gibt es gewerkschaftliche Neugründungen, die dezentral und basisdemokratisch, unter bewusstem Verzicht auf bezahlte FunktionärInnen arbeiten. In Italien und zunehmend in Großbritannien lösen sich Gewerkschaften von ihren Parteianbindungen und agieren selbstständig als politische Kraft. Weltweit arbeiten immer mehr Basisgewerkschaften eng mit sozialen Bewegungen zusammen. Denn den aktuellen Herausforderungen und – noch wichtiger – der Überwindung dieses unmenschlichen Wirtschaftssystems zum Besseren kann sich eine Gewerkschaftsbewegung nur als Teil der sozialen Bewegungen weltweit stellen. Aber: Um die Fragen humanerer Arbeitsbedingungen einer sinnvollen Produktion müssen sich auch diese kümmern, wenn wir einst gemeinsam auf unseren Erfolg anstoßen wollen.

***Mag Wompel*** *ist Industriesoziologin, lebt in Bochum und ist Redakteurin von Labournet Germany (www.labournet.de)*

**Anmerkungen:**

1) Arbeitszeiten werden nicht mehr durch Stechuhren begrenzt. Die Beschäftigten passen die Arbeitszeiten flexibel und „selbstbestimmt" der Projektabfolge und der sich daraus ergebenden Notwendigkeiten an. Siehe auch *Fantômas* 2, S. 17

2) Basisgewerkschaften mit starker Verankerung in den Sektoren des öffentlichen Dienstes. SUD steht für Solidaires, Unitaires, Démocratiques.

# In den Differenzen anfangen, also mittendrin

## Bewegungen der Klasse, Bewegungen der Frauen

Von Francesca Pozzi

In Theorie und Praxis der Klassenkämpfe wie der des Feminismus werden immer auch Identitäten und Differenzen verhandelt: zwischen Klasse und Geschlecht, zwischen den Geschlechtern, in der Klasse und im Geschlecht. Francesca Pozzi schlägt, ausgehend von aktuellen feministischen Debatten in Italien vor, die Dekonstruktion der Identitäten und das Spiel der Differenzen auf das Feld der Multitude zu verlegen.

Nicht nur in Italien taucht in den Diskussionen der Bewegung, den Slogans der Demonstrationen und den politischen Untersuchungen der zeitgeschichtlichen Situation immer häufiger der Begriff „Multitude" auf. Er scheint einer der Begriffe zu sein, denen je nach Kontext andere Bedeutung zugeschrieben werden, so dass sie im guten wie im schlechten Sinne wundertätige Kräfte erhalten und ihrer Vieldeutigkeit keine Grenze gesetzt ist. Schematisch lassen sich drei Positionen ausmachen, die den Begriff bisher besetzt haben: Eine, die ihn verwirft, weil er den Begriff der Klasse verdrängt; eine zweite, die ihn in den Himmel hebt, weil sie mit ihm ein Subjekt auf dem Weg der Befreiung verbindet; schließlich eine dritte, die ihn gerade wegen seiner Offenheit für wichtig hält.

Für die letzt genannte Position ist die Multitude kein in sich fertiges Gebilde, sondern etwas, das ständig neu erzeugt und wiedererschaffen werden muss. Die Multitude erscheint hier als eine Bühne, auf der immer neue soziale Subjekte das Wort ergreifen und Frauen und Männer in Aktion treten, die eine globale Bewegung bilden. Der Begriff Multitude gewinnt dabei eine doppelte Bedeutung. Zum einen meint er eine in sich heterogene Form der Bewegung, die sich von verschiedenen Orten aus und durch Differenzen hindurch in einer gemeinsamen Richtung bewegt. Zum anderen bedeutet Multitude eine Form der lebendigen Arbeit; ein Potenzial, das durch seine Fähigkeiten zur Kooperation ausgezeichnet ist und in sich die Standardisierung des fordistischen Massenarbeiters überwindet. Die so verstandene Multitude ist dann allerdings ein zwiespältiges Phänomen. Sie ist einerseits in den Kämpfen der ArbeiterInnen entstanden, die sich gegen das Fließband und den Anstaltscharakter der Fabrik aufgelehnt haben, und andererseits das Resultat einer kapitalistischen Gegenoffensive, um die Kämpfe zu spalten und neue Formen der Hierarchie und Kontrolle durchzusetzen.

Für uns heute kann die Multitude zum produktiven Begriff werden, wenn wir uns dem theoretischen und praktischen Problem der Differenzen stellen, die sie durchziehen und bestimmen. Dazu müssen wir sie als ein Konflikt- und Experimentierfeld begreifen und dabei die komplexe Beziehung zwischen Singularität und Kollektiv im Blick behalten, die auch und gerade in den Kämpfen der Frauen und der Politik der Feministinnen zum Problem gemacht worden ist. Ist aber dieser besondere Gesichtspunkt geeignet, den Begriff und das Aktionsfeld der Multitude zu verdeutlichen? Und wenn ja, in welcher Weise?

### Weder Opfer noch Siegerin

Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als sei der Gegensatz der Geschlechter in dem Begriff wie in der Bewegung der Multitude aufgehoben. Doch obwohl immer wieder und unter verschiedenen Aspekten behauptet wird, dass die Bewegung die



Grundelemente der feministischen Kritik in sich aufgenommen hat, ist noch nicht deutlich geworden, wohin sie das eigentlich geführt hat. Fraglich bleibt zugleich, ob die feministische Theorie, so wie wir sie entwickelt und praktiziert haben, den Geschlechtergegensatz in der Multitude adäquat problematisieren kann. Dies auch deshalb, weil ihrer Bewegung real und symbolisch die Töchter und Söhne der AkteurInnen der Arbeitskämpfe der zurückliegenden Jahrzehnte wie der in dieser Zeit politisierten Frauen angehören. Dabei wird – und das ist entscheidend – die gewichtige Präsenz von Frauen in der Bewegung nicht in und über ihre „Identität" als „Geschlechtswesen" wahrgenommen.

Um zu verstehen, was all das bedeutet, müssen wir das Problem politisch aus verschiedenen Perspektiven angehen und zu Thesen kommen, die sich auf die konkreten Erfahrungen in der Bewegung beziehen: Erfahrungen, die ihrerseits überprüft und, wenn nötig, radikal kritisiert werden sollen.

Voraussetzung dafür ist, dass wir das Opfer-Paradigma in allen seinen Facetten beiseite lassen und es nicht länger nach hierarchischen und sonstigen Unterschieden durchdeklinieren: die Frau, die weiße westliche Frau, die schwarze Frau der westlichen Gesellschaften und so weiter bis hin zu den Frauen der südlichen Welthälfte. Natürlich darf man die differenten Arbeits- und Lebensbedingungen der verschiedenen „weiblichen" Subjekte in der Multitude nicht vergessen. Weiterhelfen kann uns da aber nur ein Theorieansatz, der sich auf die Untersuchung der in ebenso verschiedenen und vielfältigen Formen zu bestimmenden Potenziale dieser Subjekte konzentriert. Dabei geht es nicht darum, eine Kollektividentität zu feiern oder den aktuellen Stand der Bewegung zu verherrlichen; auch nicht darum, die Unterschiede der Lebensweise und Arbeit zu bestreiten – noch darum, die Schwierigkeiten zu vertuschen oder zu übersehen, die Frauen in der Bewegung haben.

Im Gegenteil: Wir müssen mit verschiedenen Verfahren gerade diese Differenzen und Probleme untersuchen und uns bemühen, in parteilicher Perspektive ihre Mehrdeutigkeit zu erkennen. Dazu müssen wir aber von den subjektiven Ansprüchen und individuellen und kollektiven Verhaltensweisen der Frauen ausgehen und sie nicht in vorgefasste Deutungsmuster pressen. Andernfalls laufen wir Gefahr, die Elemente des Bruchs zu übersehen, in denen Frauen die Multitude erfahren, weil wir ihre Verhaltensweisen auf die statischen Begriffe zurückführen, nach denen wir den Geschlechterkonflikt zu fassen gewohnt sind.

So kritisiert die postkoloniale Feministin Chandra Mohanty zum Beispiel den latenten Ethnozentrismus in westlichen feministischen Theorien, der die Lebensweisen vieler Migrantinnen nach Maßgabe der Lebensweisen westlicher Frauen mittelständischer Herkunft unter der monolithischen Kategorie der „Durchschnittsfrau der Dritten Welt" fasst. Dabei wird übersehen und verdeckt, dass und wie diese Frauen in der Arbeit, der Familie und den intimen Beziehungen unausgesetzt Strategien des Widerstands, der Flucht und des Konflikts erproben. Oft folgen sie darin ebenso unbeständigen wie doppelbödigen individuellen Einstellungen, die sie gar nicht ausdrücklich gewählt haben und deren politische Bedeutung nicht gleich ersichtlich ist. Wenn diese subjektiven Ansprüche sich einerseits oft in den Bahnen des Überlebens und einer bloß individuellen Befreiung halten und bisweilen gar auf Kosten anderer durchgesetzt werden, sind sie andererseits doch nicht nur Ausdruck eines vagen Unbehagens, sondern öffnen Räume der Instabilität und drängen so auf potenzielle Veränderungen hin.

## Ein Ich ohne jede Weiblichkeit

Viele Frauen sind heute auf der Suche nach öffentlichen und politischen Räumen, nach Wegen, auf denen sie ihre Forderungen durchsetzen können, und nach einer Subjektivität, die nicht auf Ausschluss beruht. Feministische Kritik und Theorie aber thematisiert die Geschlechterfrage häufig über Bedürfnisse, Wünsche und Erwartungen, die in den 70er Jahren brisant waren, mittlerweile aber längst konventionell geworden sind und nicht mehr in die Zukunft weisen. Dem gegenüber ist die Multitude ein Ensemble von Subjektansprüchen, die sich in den hergebrachten politischen Formen nicht repräsentieren lassen. Deshalb muss beispielsweise das Problem der Organisation von dem Abstand neu überdacht werden, der zwischen den Bedürfnissen der Multitude und deren organisierten Formen besteht, zwischen dem also, was die Multitude ist und der Art, wie sie repräsentiert wird.

Tatsächlich haben es die Frauen in der Multitude gar nicht nötig, feierlich an das erinnert zu werden, was gewesen ist; sie brauchen kein Gedächtnisritual, weil sie, gestärkt durch das Erbe der früheren Kämpfe, vorwärts schauen. Sie haben die Forderungen der vergangenen feministischen Bewegung aufgenommen und, freilich nicht gleichmäßig und nicht immer bewusst, in die Konstruktion einer kritischen und widerständigen Subjektivität



eingebracht, die in der Multitude neue Formen des Lebens und Handelns erprobt.

Denken wir zum Beispiel an die vielen Medienaktivistinnen, deren Kenntnisse und Fähigkeiten den alten Gemeinplatz widerlegen, nach dem Frauen und Technologie nicht zusammenpassen. Oft haben sie wichtige Positionen mit Entscheidungsfunktion in den zahlreichen Medien-Netzwerken inne, die für die globale Bewegung eine bedeutende Neuerung und Triebkraft darstellen. Zwar haben auch sie mit den Schwierigkeiten und Problemen der Interaktion, Bewertung und Beurteilung sei's zwischen den Geschlechtern, sei's im Verhältnis der Frauen zueinander zu kämpfen. Doch haben sie die vom Mann geschaffene und in der Beziehung zum Mann eingeübte Identität „Frau", die von vielen Frauen bisher – vom Wunsch getragen, sich zu beweisen, dieselben Fähigkeiten wie der Mann zu besitzen – zugleich abgelehnt und angenommen wurde, längst durch ein „Ich, das mit Weiblichkeit nichts zu hat" ersetzt. Das Männliche gilt ihnen weder in theoretischer Sicht noch beim Entwurf des eigenen Lebens und Handelns als Gegenmodell. Dabei sind sie sich sehr wohl bewusst, wie unerlässlich die Emphase eines „Unter-Frauen-Seins" für eine Übergangszeit war. Sie verhehlen auch keineswegs die Schwierigkeiten in der Beziehung zwischen den beiden Geschlechtern, von denen durch Jahrhunderte nun einmal das eine das dominierende, das andere das unterworfene war. Es interessiert sie aber nicht mehr, aus der Frau einen „Sonderfall" zu machen, ein separates Problem im Sinne einer zusätzlichen Aufgabe, eines nachzuholenden Versäumnisses, einer zu bewahrenden Ausnahme oder eines abgesonderten Freiraums. Noch weniger wollen sie die Trägerinnen eines in sich schon vollendeten Alternativmodells zu sein.

## Dekonstruktion und Neubestimmung

Wir durchlaufen eine Periode des Nacharbeitens und Experimentierens, ohne schon ein ausgearbeitetes politisches Konzept zu haben. Wenn die Multitude immer neu geschaffen werden muss, wird es zu einem zentralen Anliegen, den Begriff der „weiblichen Besonderheit" - oder besser der „Besonderheiten von Frauen" – zugleich zu dekonstruieren und neu zu bestimmen. Wir dürfen die damit angesprochene Differenz nicht als monolithisch und stabil begreifen, dürfen sie nicht im Singular, sondern müssen sie im Plural suchen. Vor allem dürfen wir sie nicht als Identifikationsmarke eines „Frau-Seins" verstehen, denn sonst riskieren wir, die widersprüchliche, problematische, vieldeutige und lebendige Subjektivität der Frauen in der Multitude zu verkennen, indem wir die Singularitäten ein weiteres Mal platt machen und auf einen abstrakten „allgemeinen Willen" zurückstutzen. Stattdessen gilt es, die Differenzen des Geschlechts an den Praktiken abzulesen, die Frauen außerhalb und innerhalb der Bewegung erproben, sie an den Schwierigkeiten zu studieren, mit denen die auf keine vorgefertigte Einheit reduzierbaren Singularitäten konfrontiert sind, und an den Verhaltensweisen, die dabei entwickelt werden – auch wenn diese oft unzusammenhängend erscheinen.

Der Begriff der Multitude und die permanente Problematisierung des Unterschieds von Singularität und Kollektiv sind folglich nichts als theoretische Hilfsmittel, um eine sich verändernde Wirklichkeit zu erkennen, in der es keine Gewissheiten gibt, an die man sich halten könnte. Ihr Einsatz verlangt aber zugleich die Auseinandersetzung mit und die Beziehung zu den kritischen Subjekten, die, auch wenn sie nicht organisiert und nicht militant sind, die Multitude ausmachen. Dabei müssen wir von Hypothesen ausgehen, die in kollektiver Arbeit erst zu überprüfen, zu kritisieren und zu verändern sind. So kann das Laboratorium einer neuen Wissenschaft entstehen, die nicht ideologisch und nicht körperlos und zugleich ein Feld ist, auf dem neue Formen der Organisation erprobt werden können. Die Untersuchung dieser neuen „Geschlechterdifferenzen" setzt dabei bei den realen Frauen von heute an und ist insofern, das ist mir das Wichtigste, selbst schon eine neue und eigene Form politischer Praxis, die die Wirklichkeit erforscht, um sie radikal zu verändern.

*Übersetzung: Gisbert Broggini*



***Francesca Pozzi*** *kommt aus Como, ist feministische Forscherin und Mitherausgeberin der Zeitschrift* DeriveApprodi *(www.deriveapprodi.org).*

# Blaue Linie – roter Faden

## Fundstücke aus den Archiven der internationalen Klassenkämpfe

Von Martin Krämer



Wie Marcel van der Linden fragt auch Martin Krämer nach der Einheit der WeltarbeiterInnenklasse, wie Frank Deppe ist auch er der ArbeiterInnenbewegung des 21. Jahrhunderts auf der Spur. Doch gibt er seine Antworten sprichwörtlich „von unterwegs“: assoziativ zusammengestellt im Rahmen einer interdisziplinären Forschungsprojekts, dessen MitarbeiterInnen ihre unterschiedlich hohen Stipendien zusammenlegen, um sich einen Einheitslohn auszuzahlen. Nur vorläufig abgeschlossen im Zug vom ukrainischen Char'kov zum momentanen Wohnort Warschau, auf dem Platz neben dem Samowar, nur wenige Stunden vor der Weiterfahrt nach Berlin und Prag, bedrängt noch von Erinnerungen an Reisen nach Havanna und Genua und im Vorgriff auf weitere Forschungen an jener amerikanischen Universität, an der drei Generationen der Bush-Familie außer den „richtigen“ Verbindungen wenig zu lernen wussten. Über den großen Teich wird Martin Krämer per Schiff reisen, unter Deck, in einer Anstellung als sog. „Work-away“. Mit einem Satz: Er hat wenig Zeit und muss, was er sagen will, schnell sagen. Die LeserIn darf sich ruhig mehr Zeit nehmen.

Wer kennt sie nicht, die Briefe von Rosa Luxemburg, in denen neben Aufrufen zu Klassenkampf und Mord auch andere herzzerreißende Anliegen aufleuchten? Die Rettung von Kleininsekten am Gefängnisfenster zum Beispiel, Verwünschungen von Genossen, die sich in Theorie vergraben, Liebesdinge. Letztere vornehmlich auf Polnisch, das ist schon weniger bekannt. Die kosmopolitische Leichtigkeit bei der Lektüre der deutschsprachigen Ausgabe, in der uns nicht einmal die Sprachwechsel auffallen, verdanken wir vornehmlich den Übersetzungen und Anmerkungen ihres Herausgebers Feliks Tych. Aber auch für HistorikerInnen des Klassenkampfes ändert sich die Erwerbslage. Jener polnische Nationaladler, den Rosa so gern im Kochtopf des internationalen Proletariats gesehen hätte, bekam 1990 wieder eine Krone aufgesetzt und ziert nun die Uniformen von Berufskillern, die im kolonisierten Irak für Ordnung sorgen sollen. Feliks Tych ist derweil als Institutsdirektor in der polnischen Hauptstadt untergekommen. Statt der *Akkumulation des Kapitals* (1) treibt ihn nun die Ethnisierung des Sozialen um, und in deren Interesse hintenrum die Entsorgung der Klassengeschichte. Dabei reduziert sich ihm die russische Oktoberrevolution heute zur vorgeblich größten materiellen Enteignung in der uns bekannten Welthistorie. Zu seiner Entlastung sei gesagt, dass sich im Westen kaum einer ein Bild machen kann von den intellektuellen Verlusten, die die Lufthoheit der Neurechten im osteuropäischen Alltag nach sich zieht. Im Präsidium kreisen die Geier liberal – wo sie sich niederlassen gedeiht die Reaktion. Aber Zarewitschtränen hin oder her: die paar Bilder Kandinskis im Winterpalais und das Öl von Baku sind im Ausmaß nun wahrlich Peanuts gegenüber der tagtäglichen Aneignung verausgabter menschlicher Arbeitskraft im real existierenden Kapitalismus. Allein am gestrigen Tag haben mehr Werte unter Zwang die Hände gewechselt als im ganzen Roten Oktober zusammen: die Arbeitsleistungen von über 5 Millliarden Menschen, die dafür nicht mal ein Viertel des Welt„sozial"produkts bekamen. Bei diesem Eigentumstransfer sind über 140.000 Menschen zwangsweise verhungert. So schnell konnte das World Trade Center gar nicht einstürzen wie der ganz alltägliche Kapitalismus seine Opfer begräbt.

## Abschied vom Proletariat?

Aber zurück nach Warschau, wo Rosa Luxemburg 1905 die erste russische Revolution erlebte – die Stadt unterstand damals dem Zarenregime. Fast hundert Jahre später fand im diesjährigen Juni dort die Konferenz der polnischen *Neuen Linken* statt. Magdalena kam aus der Provinz angereist und



hatte keinen leichten Stand, weil sie neben der Parteiarbeit einen Kirchenchor leitet. Dem Brotberuf aber verdankt sie eine Atem- und Sprechtechnik, mit der sie sich auch gegen die Schmährufe altgedienter Bewegungsmachos Gehör verschafft: „Sind wir nicht alle mittlerweile Proletariat hier, auch die, die studieren oder anders hinten runterfallen?"

Die altgedienten Gewerkschaftsbosse der sogenannten *Solidarność* sehen das anders. Konferenzen der *Neuen Linken* meiden sie wie das Weihwasser den Teufel, obwohl sie von der damals-noch-„neuen" Linken des Westens zusammen mit den Finanziers von EG und CIA auf Jahrzehnte hinaus rund- und fettgeküsst wurden. Aber wo ihre Klasse endet, das wissen sie genau, da stellen sie keine Fragen wie Magdalena. Die vorletzte Fabrik der polnischen Hauptstadt hat RWE erledigt, die letzte – mehrheitlich im Besitz von General Motors erledigen sie selbst. Auf der Begleitdemonstration zur letzten Aktionärsversammlung stellen sie nicht nur einen schlagfertigen Ordnerdienst mit jenen bekrönten Adlern am Oberarm, sondern auch einen blauen Strick, der die vollproletarischen Noch-Belegschaftsmitglieder von den SchnürsenkelverkäuferInnen, Obdachlosen und Rote-Fahnen-TrägerInnen trennt, die in den letzten Monaten und Jahren aus dem Fabrikkomplex mit Segen der „Solidaritäts"-Gewerkschaft in die polnisch vorgezogene Agenda 2010 entlassen wurden. Eine solche blaue Linie der Trennung und Exklusion soll auch am 1. Mai 2004 gezogen werden, den die sozialdemokratische Regierungspartei SLD zum Tag der EU-Erweiterung umfunktionieren will. Schon in diesem Jahr untersagte die Partei ihrem Jugendverband das Tragen roter Fahnen. Statt dessen schwenkten die Söhne und Töchter besserer Eltern ausschließlich und mit systemkonform zur Schau gestelltem Optimismus blaue Europa-Fahnen – die Lufthoheit des Neoliberalismus wird materielle Gewalt. Wie zur gleichen Zeit in London macht die Polizei auch in Warschau Jagd auf alle, die an diesem Tag jenseits der blauen Linie ihre Meinung kundtun wollen. Im europäischen Interesse patrouilliert sie mit Nachtsichtgeräten aus deutschen Steuergeldern auch an der polnisch-weißrussischen Grenze, damit die Fluchtopfer des metropolitanen Grenzregimes in Zukunft im polnisch-weißrussischen Grenzfluss Bug und nicht mehr in der bald rundum zivilisierten Oder ertrinken. Wenn die verblichene *Solidarność* heute ausscheidende Bergarbeiter in die polnische Hauptstadt einfährt, kämpft das malerisch-klassische Proletariat (männlich, katholisch, schwerindustriell) für die

EU-gerechte Abfindungen bei der Abwicklung seiner Traditionsbetriebe in Heimindustrieunternehmungen. Während dessen sitzen die scheinselbstständigen Kassiererinnen im Baumarkt OBI auf Befehl der Betriebsleitung in Babywindeln an den Kassen, damit keine Pinkelpause die Verwertung ihrer Arbeitskraft aussetzen kann.

Exklusionstechnik ist Herrschaftstechnik. Und diese macht vor dem Klassenbegriff nicht halt. Emanzipatorische Politik wird sich von den blauen Demarkationslinien und ihren gelben Profiteuren befreien müssen, bevor sie die roten Fäden aufnehmen kann, die die Trennung von Kapital und Arbeit organisieren. (2) In diesem Sinne sagen wir frei nach André Gorz: „Adieu au proletariat – willkommen in den real reproduzierten Klassenbeziehungen." (3) Die ökonomische Trennung von Arbeit und Kapital entzaubert und realisiert sich so als politische Auseinandersetzung um die konfliktförmige Einheit der Klasse und ihrer vorgeblich auseinanderlaufenden Interessen.



## Char'kov, Havanna, Genova

Das ist faszinierend, spannend, vielleicht sogar herzzerreißend, nur eins ist es nicht: neu. Bevor noch der Zar im Petrograder Februar 1917 abdankte, liefen bereits die Telegrafendrähte heiß mit chiffrierten Meldungen der noch illegalen Gewerkschaften. In Char'kov, 2000 km südöstlich von Warschau, formierten sich in Monatsfrist zwei Strömungen der ArbeiterInnenbewegung. Die eine vereinte den Hauptteil der Belegschaften in den aufgeblähten Rüstungsbetrieben: gänzlich a-traditionelle Proletarier, ungelernt oder angelernt, in den Kriegsjahren eilig aus dem Reserveheer im dörflichen Hinterland mobilisiert und in den Augen der Gebildeten jederzeit wieder dorthin abschiebbar; „SchwarzarbeiterInnen" genannt, weil sie bis zum Hals im Dreck der Kohle, Öle und Demütigungen steckten. Ihnen gegenüber die weißen, echten Facharbeiter mit einem sorgfältig kultivierten Klassenbewusstsein, die bald ihre politische Heimat bei den Menschewiki fanden.

Im Archiv der kubanischen Arbeiterbewegung stieß ich zu meiner großen Überraschung auf eine verblüffend ähnliche Konfliktlage in den revolutionären, karibischen Betrieben von 1959 – mit dem Unterschied, dass die afro-cubanischen Belegschaftsmitglieder von ihren vorgesetzten Facharbeitern nicht nur anhand von Kohle- und Ölspuren als „Schwarze" ausgrenzbar waren. In beiden Fällen stand das Schicksal der Revolution in den Betrieben für mehrere Monate auf der Kippe. Den Ausschlag gab jenseits wie diesseits des Atlantik die atemberaubende Fähigkeit von AktivistInnen beider Seiten – über alle Nuancierungen ihrer tripple oppression hinweg – gegen den Hauptwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit zu mobilisieren und ihn mit einem letztlich kaum nachvollziehbaren Elan in der Betriebssozialisierung durch AbeiterInnenräte aufzuheben. Als ich diese Entdeckung der kubanischen Archivarin zuflüsterte, die mir das Material zugespielt hatte, nahm sie mich mit leuchtenden Augen beiseite und erklärte mir stolz: „In Russland waren es Millionen und bei uns hier auf der Insel nur eine Handvoll."

Ein Sprung in die Jetztzeit. Nach drei Tagen palästinensischer Verhältnisse in Genova 2001 waren wir wie geplättet: ein Genosse tot, so viele noch nicht realisierte Morddrohungen in so wenigen Gesten der Ordnungsmacht, die Gasattacken, die Fliehenden den Weg abschnitten. Und dennoch hörten wir nicht auf zu reden, uns auszutauschen. Wie nach langer Isolation wollten wir mehr und mehr erfahren von denen, mit denen wir unsere Seite der Barrikade teilen. Mit einem Kollegen sprach ich über Privatisierung im Gesundheitssystem, über Ausgrenzung aus der Produktion, Ausbeutung der Reproduktion und den täglichen Widerstand dagegen. Erst später kam mir in den Sinn zu fragen, welchem Land die Erfahrungen zuzuordnen wären, von denen er so anschaulich berichtete. Es war Kroatien. Ich erinnere mich an das Erstaunen über jenen Vorgeschmack des revolutionären Univeralismus, der unsere Verständigung ermöglichte.

## Militante Untersuchung

Als mir klar wurde, dass mir noch sechs weitere Jahre freier Forschung finanziert werden würden und ich dafür eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe ins Leben rufen könnte, wusste ich mit Bestimmtheit, dass die Ergebnisse den Jungs und Genossinnen auf der Straße zugute kommen sollen: Erfahrungen zusammenfassen, Erkenntnisse gewinnen, die reale Gebrauchswerte darstellen für die Bewegung gegen kapitalistische Globalisierung. Denn soviel ahnte ich von den mittlerweile überschbaren revolutionären Prozessen z.B. in Char'kov 1917 und in Cuba 1959: Eine Herrschaft, die ihre Legitimität verliert, hält sich nicht ewig, auch wenn ihre Fortdauer uns qualvoll wie eine Ewigkeit vorkommen kann und ganze Generationen von Engagierten das Ende vielleicht gar nicht mehr erleben werden. Eines Tages heißt es, die Fabriken, die Banken, die Werkstätten und die Quartiere zu übernehmen. Und dann rächt sich jede zuvor praktizierte Abkürzung gemeinsamer Entscheidungsfindung in der Bewegung, jede Verflachung und all' die hohlen Phrasen, die in der Konfrontation noch so kreativ klangen.

Das reelle Potenzial der Gegengesellschaft wird dann offenkundig, wenn es daran geht, den Kommunismus endlich zu MACHEN. Das wird ohne Untersuchung der Klassenverhältnisse nicht gehen, ist ohne THEORIE nicht zu haben, wie jüngst von den KollegInnen in den Call-Centern gezeigt. (4)

Ich habe Staub gefressen. Die Arbeitsgruppe ist erst im Werden (gibt es eigentlich einen anderen Zustand von Arbeitsgruppen – außer in Nachrufen?), wochenlang wühlen wir uns durch die Archive und kommen nicht weiter. Ich trage zusammen: hier das Tagebuch einer Gewerkschafterin in den Textilbetrieben südlich von Havanna, wo die Arbeitskraft weiblich war und der landesübliche Machismus zusammen mit den alten Aufsehern vom Betriebsgelände flog, dort Spuren der Büroarbeiterinnen, die im Ministerium des Ché dem für kubanische Begriffe unsagbar kalten Macho aus Argentinien so manches Veilchen zur Erinnerung beibrachten, hier den Bericht über Arcelio Iglesias, schwarzer Gewerkschafter der Hafenarbeiter von Havanna, ermordet von den Schergen der Battista-Diktatur, dem Mord applaudiert von den gelben Gewerkschaftlern, allen voran dem ehemals trotzkistischen Kreidefresser Muchal. Als ich mit dem afrocubanischen Portier am Institutseingang darüber spreche, sehe ich bald schon die Tränen in seinen Augen. Nach der Revolution drucken seine Gefährten kleine Kalender für die Taschen der Hafenarbeiter. Darin stehen die Rechte auf Pausen, die Mitbestimmungsrechte im sozialistischen Aufbau, die Ferientage im Rahmen der komplizierten Revolutionsgeschichte. Genau dieses Kalenderformat tauchte nach den Bürgerkriegsjahren im revolutionären Char'kov der 20er Jahre auf, etwas anders auch 1946 für die Arbeiterinnen der Bat'a-Werke, sozialisiert in Zlń, Tschechien. Die Arbeitenden hatten zu lesen begonnen und gelernt, Forderungen zu artikulieren. Im Kalender steht, wo sie hingehen können, wenn ihnen im Betriebsablauf etwas nicht passt. Aber das sind ja alles nur kleine Splitter! Wo ist die Arbeitermacht, BEVOR sie als rote Legitimationshülse für den Verlust utopischer Fähigkeiten herhalten muss, in Char'kov 1927-1936, in der CSR 1948-1969, auf Cuba seit 1962, seit dem Abschied von Ché, zur Zeit?

## Závodny rady!

Die Archive der Mächtigen sind eine Sammlung von Löchern. Linsen wir durch ein solches Sieb kommt es uns mitunter auf einmal vor, als schauen wir in den Sternenhimmel selber: Nachtsitzung im Arbeiterselbstverwaltungsrat der Stahlwerke Trinec, März 1948 an der polnisch-tschechischen Grenze. Ein Einpeitscher von der Partei hat eine Liste vorgelegt, wer nach den Februarunruhen als politisch unzuverlässig entlassen werden soll. Die Liste wird abgelehnt. Die Fälle müssen einzeln beraten werden, etwas anderes erweist sich als nicht durchsetzbar. Im Sitzungsprotokoll wechseln sich Rede, Gegenrede, sorgsam gekennzeichnete wortwörtliche Passagen ab. Jeder soll auf seine Worte festgenagelt werden können. Man verbittet sich Enthaltungen. Ein ehemaliger NS-Mann soll beschäftigt bleiben, weil er sich still verhalten hat im Betrieb, meint die Leitung. Umgekehrt kämpfen die Kollegen um jeden ihrer Genossen, der zwar nicht auf Parteilinie, aber bei der Sache war. Anders wird über einen Meister beratschlagt. Er hat unter deutscher Besatzung einem Arbeiter auf den Kopf geschlagen, der soll endlich gehen müssen. Der nächste, der gehen soll, ist ein Gegner des Betriebsleiters und der Genosse Leiter soll mal bitte seine privaten Feindschaften außen vor lassen. Der Kollege fliegt, aber unter lautstarkem Protest. Im Saal sind 30 ArbeiterInnendelegierte. Sie sind ihren Basisräten direkt verantwortlich. Und sie machen aus ihrem Mißtrauen gegenüber Instrumentalisierungen von Klassenkampfbegriffen durch die neue Leitung keinen Hehl. Die Klasse sind schließlich sie, und kämpfen können sie selber. Deshalb werden auch Differenzierung der Einheitsentlohnung durch die ArbeiterInnenräte (závodny rady) abgelehnt. Begründung: angeblich sozialistischer Leistungslohn ist gegen unser Klasseninteresse. Prämien für BestarbeiterInnen werden zwar angenommen, aber im Kollektiv geteilt. Im nächtlichen Wortgefecht über die Zusammensetzung der Belegschaft wird das Ringen eines Kollektivs deutlich: mit seinen neuen Verwaltern gegen seine alten, am liebsten ohne beide und im richtigen Moment mit sicherem Gefühl beim Hauptanliegen. Das Land liegt in Trümmern, die zurückgekehrten KZ-Häftlinge, über 300 allein aus dem Umfeld von Trinec, brauchen medizinische Versorgung. Mehr, meint meine Naivität als Genosse 55 Jahre später, mehr an Sozialismus, Arbeitermacht, Selbstbestimmung, Emanzipation war vielleicht zu den gegebenen materiellen Bedingungen gar nicht möglich. Und noch eins bei aller Naivität: wenn wir noch einmal so weit kommen und nicht die selben Fehler wiederholen, können wir uns glücklich schätzen. Der rote Faden wäre uns dann nicht gerissen, die blaue Linie überschritten.



**Anmerkungen:**

1) Theoretisches Hauptwerk Rosa Luxemburgs (1913).
2) „Gelbe" Gewerkschaften sind traditionell Berufsverbände, die im Unternehmerinteresse agieren. Dass die Bezeichnung aus den californischen Arbeitskämpfen des 19. Jahrhunderts stammt und chinesische Verbindungen diskriminiert, kann ich nicht ausschließen.
3) Auf einer Anti-AKW Konferenz der im nachhinein unerträglich revisionistischen frühen 90er Jahre, nahm mich mal ein (zugegebenermaßen verdienter) Aktivist in die Mangel, ich würde noch von Klasse reden und hätte wohl nicht DAS Buch gelesen. Gemeint war André Gorz mit dem oben vom randlos bebrillten Kopf auf die Füße gestellten Titel: Abschied vom Proletariat, Hamburg 1983
4) Vgl. Kollektiv in Kommunistischer Bewegung (Hrsg.) *hotlines* – call center / Untersuchung / Kommunismus,

*Sofern ihn die militante Untersuchung der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung nicht anderswo hin verschlägt, lebt* ***Martin Krämer*** *seit sieben Jahren in Osteuropa und arbeitet dort als Historiker, Autor und Maler. Er ist in der polnischen Neuen Linken aktiv.*

***Glossar.*** Die in allen Klassen.Begriffen gemeinte Sache – die Klasse selbst – ist lange Zeit hindurch auf ihre Einheit hin gedacht worden. Dabei sollte, was der Sache nach oft ein in sich widersprüchliches, nicht selten mehrfach gebrochenes Verhältnis von Verhältnissen war, zum mit sich identischen Subjekt gemacht werden, unter Führung der – einen und einzigen – Klassenpartei und in der Bildung des – einen und wahren – Klassenbewusstseins, das Bewusstsein der Totalität, Bewusstsein vom *Ganzen* sein sollte. Das war ohne institutionelle Ausschlüsse, gar „symbolische Auslöschung" (s. S. 22) nicht zu haben, in der an die Klassen.Ränder gedrängt wurde, was im Klassenkern kein Aufenthaltsrecht erhielt. Von der „aufsteigenden" Klasse wurden so die „unsteten" Subjekte der „gefährlichen Klassen" abgespalten: Lumpen, Vagabunden, arbeitsscheues Gesindel, Indigene, Frauen, Migrantinnen und Migranten, die vom Land oder aus fremden Ländern kamen. Wie die Metropolen von den Peripherien aber werden die Kerne längst von ihren Rändern zersetzt, Klasse, die Multitude wird, Kampf und Welt, wie Subcomandante Marcos sagt, in dem viele Kämpfe, viele Welten Platz finden müssen, wenn eine andere Welt sein soll.

# Klassen.Ränder

- ☐ *Neunhoeffer* über die Verdrängung der russischen ArbeiterInnenklasse an die Ränder der Klassenverhältnisse.
- ☐ *Carls* über die informellen Ränder der Weltökonomie.
- ☐ *Henning* über Ränder der Rechtlosigkeit in der Metropole.

# Arbeit und Überleben

## Zwischen Rückzug, Indvidualisierung und kollektiven Kämpfen in russischen Industriebetrieben

Von Gisela Neunhoeffer

Russland durchlief in den 90er Jahren einen tiefgreifenden Transformationsprozess, der für große Teile der Bevölkerung einen brutalen sozialen Abstieg einleitete. Gisela Neunhoeffer geht der Frage nach, was diese Situation für den ehemaligen Kern der sowjetischen ArbeiterInnenklasse, die Beschäftigten in den großen Industriebetrieben und deren Formen der Interessenvertretung bedeutet.

Nach dem Wegfall der Mittelklasse durch den Rubelcrash von 1998 gibt es eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft in eine schmale Schicht Reicher und den großen Rest, der in Armut oder am Rande der Armutsgrenze lebt. Auch die Eigentumsstruktur hat sich radikal verändert. Seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ist eine stärkere Konzentration des Aktienbesitzes in den Händen externer Aktionäre und des Managements festzustellen.

Die Großbetriebe und Kombinate waren von dem beschönigend „Transformationskrise" genannten Zerbröseln eines Gesellschaftssystems am stärksten betroffen. Die meisten von ihnen befanden sich praktisch die gesamten 90er Jahre hindurch in einer Existenz bedrohenden Situation: Produktionsstillstände wegen unterbrochener Lieferbeziehungen und wegbrechender Nachfrage waren an der Tagesordnung. Die Konsequenzen waren heftig. Zwar blieben die vorausgesagten und von manchen „Reformern" vehement befürworteten Massenentlassungen weitgehend aus; die meisten Betriebe wurden zumindest formal am Leben erhalten. Die Beschäftigten behielten ihren formalen Beschäftigungsstatus trotz Lohnrückständen und „Kurzarbeit Null", weil dieser für ihre soziale Absicherung im (post)sowjetischen Sozialversicherungssystem wichtig blieb: ohne offizielle Beschäftigung keine – theoretisch – kostenlose medizinische Behandlung, ohne ununterbrochene formale Beschäftigung kein oder weniger Krankengeld, keine ausreichenden Beschäftigungsjahre für die – minimale – Rente. Ein weiterer Grund, eine an sich nicht Existenz sichernden Arbeitsstelle zu behalten, ist die Netzwerkstruktur der KollegInnen untereinander, über die Gelegenheitsverdienste organisiert werden. Ein schlecht bezahlter Job ist immer noch besser als gar keiner.

Dennoch ging die Zahl der Beschäftigten in der Industrie 1990 bis 1999 um 6 Millionen auf ca. 14 Mio. zurück. Gerade viele der jüngeren ArbeiterInnen suchten sich andere Beschäftigungsfelder, in denen sie sich ein sicheres Auskommen und mehr Perspektive für die Zukunft erhofften. Im neu entstehenden Privatsektor sind die Nettolöhne meist höher, allerdings wird dort oft „ohne Arbeitsbuch", also „schwarz" gearbeitet. Damit ist die Frage der sozialen Absicherung oft völlig ungeklärt, Sozialabgaben werden entweder gar nicht abgeführt oder die Berechnungsgrundlage wird viel zu niedrig angesetzt, es dominieren Hire-and-fire-Praktiken. Dennoch sind diese Jobs für viele attraktiver als die Arbeit in den maroden Industriebetrieben, die oft mit schweren physischen Tätigkeiten, Löhnen unter dem Existenzminimum und einer unklaren Perspektive des Unternehmens verbunden ist.

Etwas anders sieht es in den Betrieben aus, die inzwischen einen neuen Aufschwung genommen haben und sich nun vehement modernisieren, als Teil transnationaler Konzerne oder in russischer Hand.

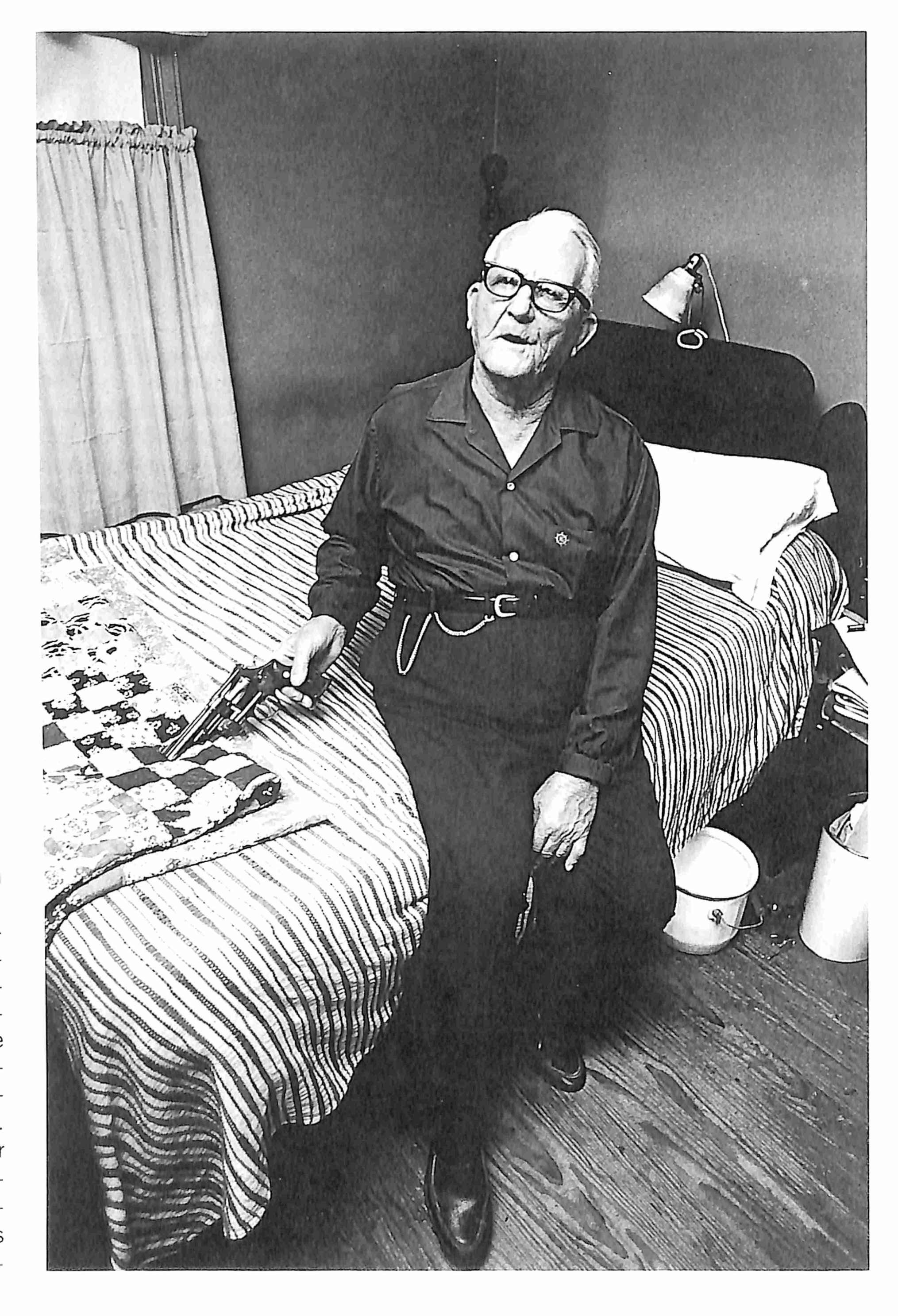
Sie produzieren meist für den heimischen Markt. Eine weltmarktorientierte Sweat-Shop-Ökonomie hat sich in Russland bisher dagegen nicht herausgebildet.

## Zersplitterte Arbeitsverhältnisse ...

In diesen Unternehmen wird mit verschärften Leistungsanforderungen und modernen Technologien versucht, Produktivität und Effizienz zu erhöhen. Qualifizierte Fachkräfte werden für hohen Arbeitseinsatz durchaus auch überdurchschnittlich entlohnt (und dennoch meilenweit unter dem westeuropäischen und auch mittelosteuropäischen Niveau). Die konkreten Arbeitsbedingungen – Räumlichkeiten, Arbeitsschutz, Hygiene und Reduzierung physischer Arbeit – sind aufgrund der Modernisierung der Betriebe oftmals besser als in den alten Betrieben mit museumsreifer Ausstattung. Für informelle (im Sinne von nicht rechtlich abgesicherten) Arbeitsstrukturen ist in diesen Unternehmen relativ wenig Platz. Viel mehr versuchen sie, extrem flexibilisierte und deregulierte Arbeitsverhältnisse (befristet, mit „unnormiertem Arbeitstag", mit funktionaler Flexibilität...) in Arbeitsverträgen und Arbeitsbeschreibungen festzuhalten, wobei das neue Arbeitsgesetzbuch von 2002 dafür reichlich Spielraum eröffnet.

Dennoch gibt es auch in diesem Unternehmenssegment viele unqualifizierte Jobs, in denen die ArbeiterInnen mehr oder weniger austauschbar und damit angesichts der hohen Arbeitslosigkeit relativ erpressbar sind. Ausschlaggebend ist die Frage der Alternative: Unter ein bestimmtes Niveau können die Arbeitsbedingungen nicht fallen, weil die Leute sonst in den informellen Sektor oder die Subsistenzwirtschaft abwandern. Dennoch liegen Löhne in diesem Bereich oft bei 2-3000 Rubel, d.h. 60-90 Euro. Davon kann auch in Russland niemand leben, nicht einmal in der Provinz. Die Situation postsowjetischer Lohnabhängiger hat sich damit auch innerhalb der IndustriearbeiterInnenschaft extrem differenziert. Die Differenzierung verläuft entlang von Branchengrenzen, wobei vor allem die exportorientierte Rohstoff- und metallurgische Industrie ihren Beschäftigten bessere materielle Bedingungen bieten kann, während Leichtindustrie, Maschinenbau u.a. nach wie vor am unteren Ende der Leiter rangieren. Aber auch innerhalb der Branchen gibt es erhebliche Unterschiede zwischen Unternehmen, insofern diese aus verschiedensten Gründen mehr oder weniger erfolgreich am Markt sind. Neuer Privat- und (ehemaliger) Staatssektor sind eine weitere Unterscheidungslinie. Selbst innerhalb von Unternehmen lassen sich auch auf ähnlichen Hierarchieebenen erhebliche Schwankungen in Arbeitsbedingungen und Lohnniveau in verschiedenen Abteilungen feststellen.

Die Abhängigkeit der eigenen Lage vom jeweiligen Betriebsergebnis ist einer der Gründe für den weit verbreiteten Betriebskorporatismus. Zwar haben die meisten postsowjetischen Betriebe betriebsinterne Sozialleistungen wie Ferienreisen und Betriebswohnungen erheblich zurückgefahren, doch sowohl das Lohnniveau, durch Branchen- und regionale Tarifverträge de facto nicht mehr reguliert, als auch bestimmte neue Versorgungsleistungen wie private Krankenzusatzversicherungen hängen direkt vom Erfolg des Unternehmens ab. Ein Staat im Staat wie „Gasprom" baut auch weiterhin exklusive Wohnblocks in guten Moskauer Wohnlagen für seine MitarbeiterInnen und fährt diese mit firmeneigenen Bussen in den Urlaub.



## ... und fehlende Kämpfe

Die Spaltung der russischen Gesellschaft entlang von Vermögen, Einkommen und Eigentum ist offensichtlich. Und in den konkreten Arbeitsverhältnissen könnte eine Organisierung von unten erhebliche Verbesserungen ermöglichen. Dennoch sind Klassenkonflikte bisher kaum Gegenstand offener gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Zwar gibt es neben dem sich nur sehr langsam an die neue Realität anpassenden „offiziellen" Gewerkschaftsbund FNPR mehrere kleinere, unabhängige Gewerkschaftsverbände und eine mit diesen verknüpfte „Partei der Arbeit", doch die öffentliche Wirksamkeit aller Gewerkschaften ist äußerst gering, und in vielen Betrieben sind Gewerkschaften oder andere organisierte Kollektivstrukturen entweder gar nicht mehr präsent, oder sie werden nicht als effektive Interessenvertretung angesehen.

Ein erster Grund für das Ausbleiben offener Konflikte um Verteilungs- und Produktionsfragen ist die generelle Schwäche politischer (im Sinn von öffentlich-organisierter) Bewegungen: Die so genannte Zivilgesellschaft ist in Putins „gelenkter Demokratie" von tiefer Apathie befallen, in der die wenigen AktivistInnen permanent das Gefühl haben, gegen Gummiwände gesellschaftlichen Desinteresses zu rennen und an Glasdächer dessen, was staatlicherseits zulässig ist, zu stoßen. Zweitens und damit zusammenhängend gibt einen weit verbreiteten Sarkasmus gegenüber kollektiven Strukturen. Praktisch jeder Form gesellschaftlicher Selbstorganisation wird Eigennutz ihrer Akteure und Korruption unterstellt. Dieses Misstrauen erstreckt sich in erheblichem Maße auch auf die Gewerkschaften und verstärkt deren Legitimationsprobleme.

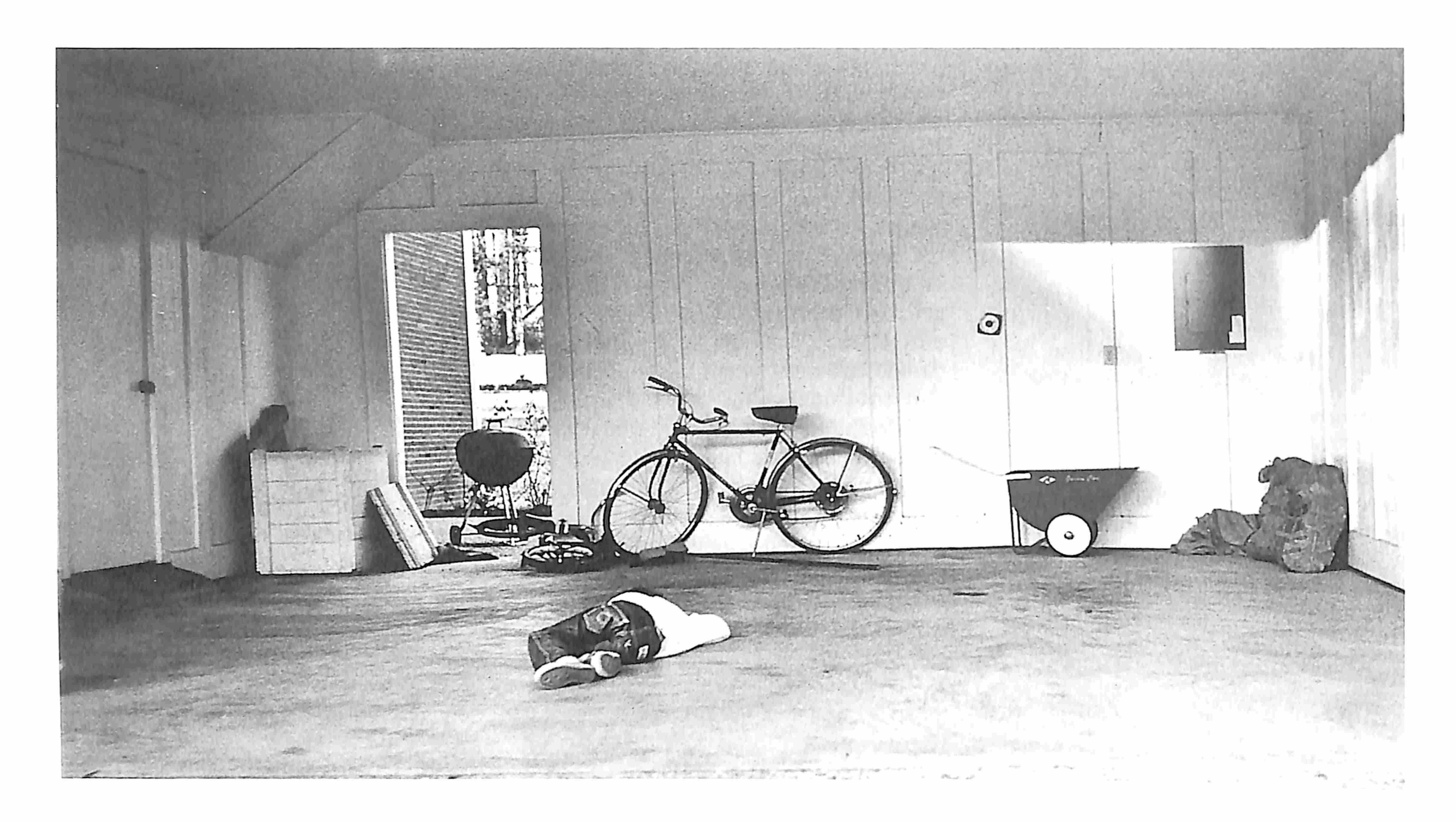
Vor allem aber trägt die Zersplitterung der Arbeitsverhältnisse und die Patchwork-Struktur der Einkommen der meisten RussInnen dazu bei, kollektive Organisation zur Interessenvertretung in der Arbeit zu erschweren. Tarifverträge, die über die Betriebsebene hinausgehen, haben meist nur Behauptungscharakter und sind nicht in der Lage, die realen Arbeitsbedingungen und Lohnverhältnisse einigermaßen anzugleichen, was die gegenseitige Solidarität weiter erschwert. Die partielle Subsistenzversorgung, für viele ein wichtiges Standbein, ist einerseits ein Überlebensmittel, andererseits findet damit auch ein Rückzug ins Private statt, der oft erfolgversprechender erscheint als der politische und/oder gewerkschaftliche kollektive Kampf um Anteile am gesellschaftlichen Reichtum.

In der Sowjetunion entwickelte Strategien des Überlebens und Organisierens von Handlungsspielräumen setzen sich so unter veränderten Bedingungen fort: Arbeitsverhältnisse in der Spät-Sowjetunion waren von relativ starren offiziellen Strukturen und vielfältigen informellen Aushandlungsprozessen geprägt. Angesichts der praktischen Unmöglichkeit, organisiert und kollektiv die eigenen Interesse zu vertreten, entwickelten die Subordinierten vielfältige Mechanismen, um individuell und informell ihre Lage zu verbessern – durch soziale Netzwerke, informelle Verabredungen mit Vorgesetzten, usw. Das waren mehrheitliche „private", individuelle Lösungen, die zwar den Verhandlungsspielraum des/r Einzelnen vergrößerten, aber das Prinzip hierarchischer Organisation und patriarchale Muster meist weder praktische noch konzeptionell in Frage stellen konnten und sich überdies im Allgemeinen nur auf „die eigenen Leute" erstreckten.

## Hungerstreik und Bürgermeisterkandidatur

Es gibt jedoch auch Anzeichen für eine Verstärkung arbeitsbezogener und ökonomischer Kämpfe, für die zwei Beispiele stehen sollen: Das erste ist der Hungerstreik der Fluglotsen im vergangenen Winter für höhere Löhne. Auf den ersten Blick eine überzogene Aktionsform, die sich aber aus den gewerkschaftsfeindlichen Regelungen des russischen Arbeitsrechtes erklärt: Bestimmte Berufsgruppen, darunter eben auch Fluglotsen, unterliegen einem Streikverbot. Die Weigerung zu Essen führt jedoch relativ schnell zur Arbeitsunfähigkeit der Protestierenden, was auch regelmäßig von Ärzten bestätigt wird. Im Ergebnis drohte schon nach wenigen Tagen eine empfindliche Störung des Flugverkehrs. In der Woche vor Neujahr, als sich Zehntausende auf dem Weg in den Urlaub, zu Verwandten befanden, bahnte sich ein Chaos auf den Flughäfen an. Das erwies sich als effektives Druckmittel, und die Gewerkschaft konnte Lohnerhöhungen zwischen 15 und 30% durchsetzen. Dieser Streik (um dessen Rechtmäßigkeit immer noch Gerichtsprozesse laufen) war einer der ersten, in dem es nicht um die Einhaltung bestehender Verträge ging, sondern um die Durchsetzung einer Lohnerhöhung.

Ein weiteres Beispiel ist die Betriebsgewerkschaft von „Norilskij Nikel" im äußersten Norden. Der größte Nickel-Produzent der Welt mit über 80.000 Beschäftigten gehört zu den 20 profitabelsten Unternehmen Russlands. Die Leitung von Norilskij Nikel, eines sogenannten „stadtbegründenden" Unternehmens, hat ihren Beitrag zur Aufrechterhaltung der sozialen Infrastruktur und ihre soziale Verantwortung stets betont. Die Gewerkschaften warfen der Betriebsleitung jedoch wiederholt Verletzung des Betriebstarifvertrages und eine Verschlechterung der sozialen Verhältnisse vieler Beschäftigter vor und drohten mit Streik. Nur Privilegierte kämen in den Genuss der gepriesenen Sozialprogramme.



Inzwischen versucht der Vorsitzende der Unternehmensgewerkschaft, Valerij Melnikov, den Schritt in die lokale Politik und kandidiert für das Amt des Norilsker Bürgermeisters; im ersten Wahlgang im vergangenen April erhielt er 48% der Stimmen. Doch aufgrund von bürokratischen Hürden und unverblümter Meinungsmache in den lokalen Medien hat im nunmehr anstehenden dritten Wahlgang sein Gegenkandidat, Johnson Khagazheyev, stellvertretender Generaldirektor von Norilskij Nikel, wohl die besseren Karten. Gleichzeitig versucht das Management innerhalb des Unternehmens mit dem Aufbau einer Art Betriebsräte, eine ihr loyale Arbeitnehmervertretung zu etablieren.

Die beiden Beispiele zeigen, dass organisierte Interessenswahrnehmung in Russland bisher an bestimmte Bedingungen geknüpft ist: Sie findet überwiegend in erfolgreichen Sektoren und Unternehmen statt, wo es punktuell zu radikalen Arbeitskampfmaßnahmen kommt. Gewerkschaften können meistens dann auf erfolgreiche Mobilisierungen hoffen, wenn konkrete Schlüsselbeschäftigte einen echten Hebel in der Hand haben, wie die Fluglotsen, oder wenn die Gewerkschaften über eine reine Arbeitnehmervertretung hinausgehen können und zum Sprachrohr allgemeinerer sozialer Anliegen werden, wie im Falle von Norilskij Nikel. Im klimatisch extrem harten Norden ist der Rückzug in die Selbstversorgung oder in informelles Kleinunternehmertum überdies kaum eine realistische Alternative. Und Norilskij Nikel ist ein auf den Weltmarkt ausgerichtetes Unternehmen, dem Arbeitskampfmaßnahmen schnell harten Schaden zufügen können.

Es zeigen sich aber auch die Begrenzungen: Verschiedenste staatliche und Unternehmensstrategien sollen Gewerkschafter einschüchtern oder in der Öffentlichkeit diskreditieren. Auch innere Konflikte bleiben in vielen Fällen nicht aus. Die Solidarität anderer Gewerkschaftsstrukturen ist relativ begrenzt, gerade weil die erfolgreicheren Aktivitäten sehr punktuell und in eher besser gestellten Bereichen stattfinden. Diese Beschäftigten kämpfen zunehmend um Teilhabe am Unternehmenserfolg und wissen, dass es etwas zu verteilen gibt. Ihre Erfahrungen sind nicht unmittelbar übertragbar auf andere Branchen und Unternehmen.

Zwar spielen die „alten" Betriebsgewerkschaften z.T. eine wichtige soziale Rolle, indem sie die mangelnden sozialen Auffangsysteme ersetzen und das soziale Gewissen der Firma darstellen. Das ist aber ein durch nichts garantierter und sehr eingeschränkter Schutz, der in anderen Unternehmen schlicht durch die Personalabteilung gemanagt wird und nur solange funktioniert, wie die Unternehmensleitung findet, dass eine gewisse Grundzufriedenheit der MitarbeiterInnen in ihrem eigenen Interesse liegt.

Trotzdem hoffen GewerkschaftsaktivistInnen auf die Signalwirkung von progressiven Vorreitern. Nicht zuletzt deswegen legen die internationalen Gewerkschaftssekretariate auch einen Schwerpunkt auf die Vernetzung von Betriebsgewerkschaften in transnationalen Unternehmen, um mit besseren Arbeitsbedingungen und vor allem funktionierenden Gewerkschaftsstrukturen dort bestimmte Standards zu setzen.

So bleibt die Frage, ob eine Erneuerung der klassischen Gewerkschaftsbewegung in Russland eine Perspektive hat. Verspricht ein auf Klassensolidarität beruhender Zusammenschluss, der letztlich um formale Rechte kämpft, Erfolg im Kampf um die Kontrolle über die eigenen Lebensbedingungen, oder eher private Netzwerkstrukturen und „apolitische" Gegenwehr? Letzteres kann sich leicht als Sackgasse erweisen, weil auch diese Strukturen Herrschaftsmechanismen reproduzieren können. Nichtsdestotrotz ist es genau die Form, in der viele Menschen in Russland gerade auf ihre Weise um ihr Überleben und ihre Selbstbestimmung kämpfen.

***Gisela Neunhoeffer*** *lebt in Berlin, ist in der Osteuropa-AG und im BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft aktiv, und schreibt gerade ihre Dissertation zur Auswirkung von Transformation und Globalisierung in Russland.*

# Produzieren im Mondschein

## Informelle Überlebensökonomie in der entwicklungspolitischen Theorie

Von Kristin Carls

Entwicklungskonzeptionen des Nordens wie des Südens verklären die „informelle Ökonomie" als Raum für soziales und ökonomisches „Empowerment". Doch die Realität der informell Produzierenden sieht anders aus.

In den Städten der Peripherie sind die Straßen nicht einfach nur Verkehrswege. Sie sind der wohl wichtigste Arbeitsort für Millionen von Menschen, die als StraßenhändlerInnen, MüllsammlerInnen, KleinhandwerkerInnen, StraßenkünstlerInnen, SchuhputzerInnen, TaxifahrerInnen und vieles mehr tätig sind. Sie produzieren und verkaufen wichtige Güter und Dienste der alltäglichen Gebrauchs: Blechdosen und -lampen, Pfannen und Öfen aus Altmetall gehören genauso ins Bild wie Körbe, Möbel, Kleidung und Lebensmittel, von Obst, Gemüse, Getreide bis zu fertigen warmen Gerichten, Prostitution, Haareschneiden oder Schreibdienste. Die Straße als Marktplatz ist die Welt der informellen, oft illegalisierten, auf jeden Fall ungesicherten Beschäftigung. Diese Szenerie verändert sich jedoch, sobald die Polizei auftaucht: Improvisierte Verkaufsstände werden in fliegender Eile abgebaut, die Waren verschwinden in Taschen und Kisten und StraßenhändlerInnen werden zu gewöhnlichen PassantInnen. Wer ein festes Ladenlokal oder eine Werkstatt zur Verfügung hat, kann etwas ruhiger arbeiten. Aber auch hier drohen Kontrollen und Vertreibungen, weil häufig keine Lizenz für das Gewerbe vorhanden ist, das Gelände ohne Eigentumsrechte oder Pacht besetzt wurde oder weil die Ordnungshüter nicht ausreichend Schmiergeld erhalten haben.

In den 50ern und 60ern wurde informelle Ökonomie ganz im Sinne der modernisierungstheoretischen Unterscheidung von traditionellem und modernem Wirtschaften, als Zeichen für Unterentwicklung abgewertet und ihr Verschwinden im Laufe nachholender industrieller Entwicklung vorausgesagt. Ab den 70ern allerdings wurde das Scheitern dieser Entwicklungsstrategie überdeutlich. Informelle Beschäftigung nahm in nahezu allen Ländern des Südens und auch im hochkapitalistischen Norden stetig zu (s.Kasten) In diesem Kontext gerieten die informellen Kleinstunternehmen plötzlich zum neuen Hoffnungsträger für wirtschaftliche Dynamik und Wachstum in den südlichen Ländern. Die Internationale Arbeitsorganisation ILO als eine wesentliche Vertreterin dieser neuen entwicklungspolitischen Position betont besonders die „positive Beschäftigungsfunktion" der informellen Ökonomie.

### Prekäre Überlebensstrategien

Beschäftigt sind die Menschen in diesem Wirtschaftsbereich wirklich mehr als genug. Meist sind die Einkommen aus einer einzelnen Beschäftigung so gering, dass man, um überleben zu können, mehrere Tätigkeiten auf einmal ausüben muss. Im Extremfall geht's vom frühmorgendlichen Müllsammeln als Tagelöhner auf die Baustelle bevor nachmittags zur umsatzgünstigen Zeit des Berufsverkehrs der eigene Verkaufsstand aufgebaut und abends vielleicht noch Ware für den nächsten Tag organisiert oder gefertigt wird. Dieses „moonlightnings", also die kontinuierliche Arbeitsbelastung rund um die Uhr, betrifft besonders Frauen, die sich zusätzlich noch um den eigenen Haushalt und die Familie kümmern.

Statt diese Tätigkeiten klar als prekäre Überlebensstrategien all derer klar zu benennen, die nicht nur von formeller Beschäf-

tigung ausgeschlossen sind, sondern in den Elendsquartierung der Städte auch von minimalen staatlichen Versorgungsleistungen wie Trinkwasserleitungen, Strom, öffentlichem Transportwesen und Gesundheitsversorgung, werden sie von den durch die ILO beeinflussten Analysen als Entwicklungspotenzial schön geredet. Daraus folgt dann die Forderung nach Unterstützung durch internationale Hilfsprogramme, um so den Süden auf seinem Weg zur Industriegesellschaft, die unbeirrt als Zielgröße gilt, voranzubringen.

Genauso ignorant gegenüber den realen Lebensumständen der Mehrheit der informell Tätigen ist auch eine zweite, stärker marktorientierte Variante des neuen Entwicklungsparadigmas, als deren Vordenker Hernando de Soto gilt. Auch hier wird der informelle Sektor als die Zukunft des Südens gepriesen. Dabei geht es allerdings nicht um eine neue Ausrichtung staatlicher Entwicklungsfinanzierung, sondern in anti-etatistischer, neoliberaler Manier um den Beweis, dass Entwicklung gerade ohne staatliches Eingreifen am besten funktioniere. Staatliche Steuerungsversuche führen demnach auf den formellen Märkten zu monopolistischen Privilegien, die kleinen und jungen Unternehmen den Zugang erschweren. Der entscheidende Vorteil der informellen Unternehmen sei es nun, aus der Not – ihrem Ausschluss von den regulierten Märkten der offiziellen Ökonomie – eine Tugend gemacht zu haben. Denn auf ihren eigenen informellen und damit unregulierten und freien Märkten würden sie praktisch sich selbst zu optimalen Entwicklungsbedingungen verhelfen. Das einzige, was ihr Wachstum behindere, sei die unfaire Konkurrenz des staatlich geschützten formellen Sektors.

Es ist nur allzu offensichtlich, dass sich diese Sichtweise ausschließlich auf die zwar vorhandene, aber kleine Minderheit gut ausgerüsteter profitabler informeller Unternehmen bezieht und alle anderen überlebenssichernden Aktivitäten ausblendet: Es lebe der Selektionsmechanismus des Marktes. In Gegensatz zu diesem Marktfetischismus gibt es noch eine dritte Interpretationslinie, die im informellen Sektor die Geburtsstätte einer grundsätzlich anderen, solidarischen Form des Wirtschaftens jenseits der herrschenden Normen von Profit und Konkurrenz sieht. Sie wird vor allem im afrikanischen Kontext von anthropologisch orientierten Autoren wie Serge Latouche, Marc Ela oder Philippe Engelhard vertreten. Die sozialen Netze und Kooperationsformen, die zwischen den informell Tätigen bestehen, werden als Ausdruck und Fortleben traditioneller gesellschaftlicher Strukturen und Werte wie Solidarität und Vertrauen gewertet. Mit ihrer Hilfe könnten nicht nur ökonomische Knappheitsverhältnisse erfolgreich überwunden, sondern der gesamte Mechanismus des Marktes durch eine soziale Einbettung radikal transformiert werden.

Tatsächlich spielen soziale Netzwerke, Zusammenhalt und Kooperation eine wesentliche Rolle, ohne die die informelle Ökonomie nicht existieren könnte. Wo ständige Geldknappheit herrscht, funktioniert der Handel auf Pump: die Eine leiht dem Anderen und der dem Dritten; so entstehen unendlich lange Kreditketten, die niemals mit realem Geld gedeckt werden könnten. Vertrauen ist da Voraussetzung, schließt aber weder Konkurrenz noch Ausschlussprozesse aus. Kooperationsbeziehung verlaufen oft entlang familialer und ethnischer Linien. So kommt es vor, dass nur Angehörigen des eigenen Clans auf Kredit verkauft oder die eigene Marktposition gemeinsam gegen Konkurrenten mit anderer ethnischer Zugehörigkeit verteidigt wird. Damit ist auch klar, dass die Annahme, informelle Märkte verfügten wegen der leichten Zugänglichkeit über ein besonderes entwicklungspolitisches Potenzial, wenig mit der Realität zu tun hat. Der Zugang zu diesen Märkten ist sehr wohl sozial reguliert. Dabei sind vor allem traditionelle geschlechtsspezifische Rollenverteilungen ausschlaggebend. Frauen sind besonders stark in den prekärsten Tätigkeitsfeldern wie etwa dem Straßenhandel vertreten. Sie sind es auch, die Lebensmittel verkaufen und in Garküchen Mahlzeiten zubereiten, während ihnen der Zugang zu einträglicheren handwerklichen Tätigkeiten beispielsweise in Metall- oder Holzwerkgewerbe versperrt bleibt.





## Garküchen, Abfälle und Subsistenz

Die Position der Frauen in der Überlebensökonomie weist auf eine wesentliche Schwachstelle der bis jetzt vorgestellten theoretischen Ansätze hin: Keiner dieser Ansätze setzt sich zufriedenstellend mit der Verknüpfung von Produktions- und Reproduktionsarbeit auseinander. Stattdessen reproduzieren sie die modernisierungstheoretische Dichotomie von formell-informell und verkennen damit eine wesentliche Funktion des informellen Sektors als Schnittstelle zwischen beiden. Die Garküchen finden sich nicht zufällig gerade vor Fabriken, Büros oder Baustellen und richten sich in ihren Verkaufszeiten nach den Pausen und dem Feierabend der dort Beschäftigten. So subventionieren die Köchinnen mit ihren billigen Mahlzeiten die niedrigen Löhne im formellen Sektor.

Solche Verknüpfungen finden sich auch im produzierenden Gewerbe: Die informellen Metallwerkstätten beispielsweise kaufen einen Großteil ihres Materials, nämlich so genannte „Abfallprodukte", von der Industrie. Die daraus gefertigten Waren fungieren wiederum als Billiggüter für die Beschäftigten des formellen Sektors. Viele von ihnen gehen sowohl einer formellen als auch einer informellen Tätigkeit nach oder leben zumindest in Haushalten, deren Einkommen sich aus so einem Beschäftigungsmix zusammensetzt. Angesichts der unzureichenden Löhne im formellen Sektor kann es eine strikte Trennung zwischen Subsistenzarbeit, informeller und Lohnarbeit aus ihrer Perspektive gar nicht geben.

Genau in dieser Kombination verschiedener Unterhaltsquellen in „halbproletarischen Haushalten" sieht die Subsistenztheorie die Funktion informeller Beschäftigung als Strukturelement des Kapitalismus. Denn erst dadurch wird es möglich, die menschliche Arbeitskraft umfassend und kostengünstig – einschließlich unter- und unbezahlter Reproduktionsarbeit – in den Verwertungsprozess des Kapitals zu integrieren. Dabei ist der informelle Sektor auch ganz direkt Lieferant billiger Arbeitskraft. Besonders im Baugewerbe ist die „tâcheronnage", die Arbeit pro Stück, ohne Vertrag und festes Einkommen, verbreitet. Oft werden die gerade benötigten Arbeitskräfte über einen selbst informell tätigen Subunternehmer angeheuert, so dass der formelle Auftraggeber mit ihnen rechtlich überhaupt nicht mehr verbunden ist.

## Informell ist prima neoliberal

Informalität, das sollten diese Beispiele zeigen, ist also nicht das Merkmal eines bestimmten abgrenzbaren Sektors, sondern Ausdruck einer ungesicherten, prekären Form der Erwerbsarbeit, die als solche in den gesamtökonomischen Kontext integriert ist. Besonders das Beispiel vom Bau klingt dabei sehr vertraut; in der Tat muss man nicht bis in die Länder der Peripherie reisen, um solche prekären Arbeitsverhältnisse zu finden. Halbproletarische Haushalte sind nicht nur während der gesamten Geschichte des Kapitalismus die vorherrschende Form der Arbeitsorganisation gewesen. Gerade im Zuge aktueller sozio-ökonomischer Transformationsprozesse, die gemeinhin als neoliberale Globalisierung zusammengefasst werden, ist die Informalisierung der Arbeit auch in den kapitalistischen Zentren wieder verstärkt zum politischen Programm geworden. Einerseits gehört es zu dieser Deregulierungsstrategie, dass die sozialstaatliche Absicherung der Arbeitskraft abgebaut wird und gleichzeitig prekäre scheinselbsständige, befristete und Leiharbeitsverhältnisse zunehmen. Andererseits wird aber auch der Marktdruck auf die weiterhin Festangestellten erhöht, indem die Löhne stärker an den Marktwert der Arbeitsleistung gebunden und Arbeitszeiten flexibel der Eigenverantwortung der Beschäftigten übergeben werden.

Dass die Förderung des informellen Sektors in diesem Kontext zur hegemonialen Entwicklungsstrategie vieler internationaler Organisationen, allen voran der Weltbank, aufgestiegen ist, ist wenig verwunderlich. Die Appelle an die Marktorientierung und die Eigenverantwortung der Menschen, die mit Begriffen wie „empowerment" schön verpackt werden, sind Teil der ideologischen Absicherung des neoliberalen Projekts. Die Unterstützung der Überlebensökonomie leistet darüber hinaus ebenso einen materiellen Beitrag zur Stabilisierung eines peripheren Kapitalismusmodells, das besonders plastisch in der faktischen Abkopplung des afrikanischen Kontinents vom formell-legalen Welthandel zum Ausdruck kommt. (1) Gleichzeitig ist jedoch auch dieser Teil der Welt über massive Ressourcenströme aus Bürgerkriegsökonomien – etwa dem Diamantenhandel in der Republik Kongo und Angola – sehr wohl in die Strukturen des globalen Kapitalismus integriert. Eine weitere Verbindung wird außerdem durch die von westlichen NGOs aufgebaute „Ökonomie der humanitären Hilfe" hergestellt. Das neue Entwicklungsparadigma des „Informellen" ist untrennbar mit solchen Prozessen des Ein- und Ausschlusses verknüpft, zu denen auch die verschärfte sicherheits- und grenzpolitische Abschottungsstrategie der Metropolen hinzuzuzählen ist.

Vor diesem Hintergrund in den Überlebensökonomien des Südens emanzipatorische Elemente erkennen zu wollen, ist schwierig. Sie könnten in Kämpfen liegen, die sich aus der unmittelbaren Lebenssituation der informell Tätigen ergeben und an ihren Alltagserfahrungen und Bedürfnissen der Überlebenssicherung, aber auch der erweiterten Verfügung und Selbstbestimmung über dieses Leben ansetzen. Beispiele für eine solche Politisierung der Überlebensstrategien finden sich bei der brasilianischen Landlosenbewegung, Protesten indischer Bauern gegen die Enteignung ihrer Lebensgrundlage durch transnationale Gentech-Konzerne oder der Gründung von Gewerkschaften der informell Tätigen wie der „Self Employed Women's Union" in Südafrika.

***Kristin Carls*** *lebt in Hamburg und studiert Sozialökonomie.*

**Anmerkungen:**

1) 1997 betrug dieser Anteil gerade einmal 1,6% des gesamten Welthandels.

**Literatur:**

Hernando de Soto, The other path, The invisible revolution in the third world, New York 1989.

Jean-Marc Ela, Innovations sociales et renaissance de l'Afrique noire. Les défis du „monde d'en-bas", Montréal 1998; Philippe Engelhard (avec l'équipe d'ENDA), L'Afrique miroir du monde? Plaidoyer pour une nouvelle économie, Paris 1998; Serge Latouche, L'autre Afrique. Entre dons et marché, Paris 1998.

Andrea Komlosy, Christof Parnreiter, Irene Stacher und Susan Zimmermann (Hg.), Ungeregelt und unterbezahlt. Der informelle Sektor in der Weltwirtschaft, Frankfurt am Main 1997.

Kinuthia Macharia, Social and political dynamics of the informal economy in Afrikan cities: Nairobi and Harare, Lanham,MD 1997.

medico-Projektgruppe, Real Life Economics. Perspektiven der Globalisierung und der internationalen Solidarität, iz3w-Sonderheft Gegenverkehr. Soziale Bewegungen im globalen Kapitalismus, S. 7-10.

## Nicht-regulierte Beschäftigung weltweit

Über den Umfang informeller, unregulierter Beschäftigung gibt es, abgesehen von geographisch begrenzten Fallstudien, nur Schätzungen. Anzunehmen ist, dass in den südlichen Ländern die Mehrheit der nicht in der Landwirtschaft tätigen Menschen auf diese Art ihren Lebensunterhalt verdient. In Sub-Sahara-Afrika leben etwa 75 Prozent der Bevölkerung direkt oder indirekt (über Teilhabe an Familieneinkünften) vom informellen Sektor. Die informelle Beschäftigung macht 40-80 Prozent der urbanen Arbeitsplätze aus und wächst mit durchschnittlich fünf bis sieben Prozent pro Jahr viel schneller als die Zahl der formellen Arbeitsplätze. In Lateinamerika waren bereits in den 80ern bis zu 56 Prozent der aktiven Bevölkerung im informellen Sektor beschäftigt, Tendenz steigend. Auch in Ostasien nahm der Anteil der Kleinstbetriebe seit den 80er Jahren kontinuierlich zu und hat entscheidend zur Steigerung von Produktion und Export beigetragen. In Osteuropa ist die Zahl der ungesicherten Beschäftigungsverhältnisse seit den 90ern bis zu 33 Prozent der Bevölkerung enorm gestiegen. Für die USA und die Europäische Union dürfte die Anzahl der informell Beschäftigten (noch) geringer sein, der Umfang der informellen Produktion wird allerdings auf bis zu 30 Prozent des offiziellen Bruttoinlandsprodukts geschätzt.

# „Auslandsspezifische Hilflosigkeit"

## Migration und deregulierte Arbeit in der Bordellprostitution

### Von Juanita Rosina Henning

Der Verein Doña Carmen unterhält seit mehreren Jahren im Frankfurter Bahnhofsviertel die einzige direkt vor Ort befindliche Beratungsstelle für Prostituierte. Deren Lage sollte sich mit dem rot-grünen Prostitutionsgesetz, das seit nunmehr zwei Jahren in Kraft ist, grundlegend verbessern. Doch das Gegenteil ist der Fall. Doña-Carmen-Mitarbeiterin Juanita Rosina Henning erklärt, warum.




Die Beratungsarbeit der weitestgehend über Spenden finanzierten Tätigkeit unseres Vereins gilt den rund 800 in der Bordellprostitution arbeitenden Frauen, die in den 21 Etablissements des Bahnhofsviertels und in den fünf Häusern der Breiten Gasse bzw. im Sudfass arbeiten. Doña Carmen macht nicht nur aufsuchende Sozialarbeit in diesen Häusern, sondern begleitet die Frauen und deren Familienangehörige zu Behörden, Rechtsanwälten, Ärzten, vor Gericht und im Gefängnis. Nahezu 95% der in der Frankfurter Bordellprostitution tätigen Frauen sind Migrantinnen, der Herkunft nach überwiegend aus Kolumbien, der Dominikanischen Republik und Thailand.

Daran hat sich auch nicht viel verändert, seit vor gut zwei Jahren die hiesigen Behörden mit martialischen Razzien nahezu 1000 Frauen aus der Bordellprostitution vertrieben. Freilich: Der Anteil der „Illegalen", die über Touristenvisum eingereist sind und hier arbeiteten, weil ihnen die Erlangung einer legalen Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis für die Tätigkeit als Prostituierte verwehrt war, ist seitdem rapide rückläufig. Doch wo Nachfrage ist, ist auch ein Angebot. Aus unserer Arbeit wissen wir, dass die Frauen in der Prostitution viele und keineswegs nur unproblematische Wege gefunden haben, sich zu legalisieren.

Sozialarbeit ist der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein, der für sich genommen nichts verändert. Deshalb ergreift *Doña Carmen* Partei für die Verwirklichung sozialer und politischer Rechte, die den betroffenen Frauen zustehen, ihnen aber immer noch vorenthalten werden. In unserer auch bundesweit vertriebenen Prostituiertenzeitung „La Muchacha" kommen die Frauen selbst zu Wort. Dort finden sich auch kritische Auseinandersetzungen mit der bundesdeutschen Prostituiertenpolitik, die vielen Außenstehenden seit Inkrafttreten des Prostitutionsgesetzes als vorbildlich erscheint.

Unsere Sozial- und Beratungsarbeit zeigt jedoch, dass die Frauen nicht so sehr mit ihrer Arbeit und ihren Kunden Probleme haben, sondern vielmehr mit den Folgen der miserablen rechtlichen Bedingungen, unter denen sie diese Arbeit verrich-

ten. Diese Bedingungen verfestigen deregulierte Beschäftigung und deregulierte Migation und tragen darüber zur fortgesetzten Stigmatisierung der in der Prostitution tätigen Menschen bei.

Mit dem Anfang 2002 in Kraft getretenen bundesdeutschen Prostitutionsgesetz nahm die rot-grüne Bundesregierung für sich in Anspruch, die rechtliche Stellung der Prostituierten zu „verbessern", ohne dabei deren Tätigkeit mit der anderer Dienstleistungen gleichzustellen und ohne Prostitution als Beruf anzuerkennen. Dieser schon seinem Anspruch nach schizophrene Spagat bedeutete für die Betroffenen eine absehbar folgenlose Schaufensterpolitik. Gleichwohl entsprang sie einem gezielten Kalkül. Denn das mit reichlich Mediengetöse inszenierte und vermarktete Gesetzeswerk modernisierte durch Formwandel in einigen Punkten die schon seit langem in die Jahre gekommene Prostitutionskontrolle.

Mit einem Schlag schien die herrschende politische Klasse den nagenden Vorwurf der Doppelmoral in Sachen steuer- und sozialversicherungsrechtlicher Behandlung von Prostituierten los zu sein. Eine Hurenbewegung, wie sie sich in vielen Ländern seit Mitte der 70er Jahre herausgebildet hatte, scheint somit überflüssig geworden zu sein.

## Kalkulierte Halbheit, geduldiges Papier

Der Schein trügt allerdings, da die angekündigte Verbesserung der rechtlichen Lage von Prostituierten vor allem auf dem Papier erfolgte. Und Papier ist bekanntlich geduldig.

Tatsächlich werden Prostituierten – egal welcher Nationalität – nach wie vor ArbeitnehmerInnenrechte vorenthalten. Wohin man schaut: Deregulierte Beschäftigung in der rechtlichen Grauzone. Das bundesdeutsche Prostitutionsgesetz, das mit dem Versprechen antrat, über die Anerkennung von „Beschäftigungsverhältnissen" in der Prostitution den Zugang zur Sozialversicherung zu ermöglichen, ist – zumindest was diesen Punkt betrifft - an seiner kalkulierten Halbheit gescheitert. Denn die Regierung hat die speziell auf Prostituierte zielenden und angeblich dem Schutz ihrer sexuellen Selbstbestimmung dienenden Bestimmungen des Strafgesetzbuches im Wesentlichen beibehalten.

Die zentrale Forderung der damaligen Hurenbewegung, dass Prostituierte nicht länger durch diskriminierendes, d.h. ausschließlich auf ihre Berufsgruppe zielendes Sonderrecht stigmatisiert werden, wurde damit missachtet. Strafrecht statt Arbeitsrecht bestimmt die rechtliche Situation der in der Prostitution tätigen Menschen – keiner anderen Berufsgruppe außer den Prostituierten wird dieser „fürsorgliche" Staatsschutz zuteil. Ein Blick auf den Inhalt der speziell für Prostituierte geltenden strafrechtlichen Bestimmungen offenbart, dass deren tatsächliche Funktion in der Aufrechterhaltung komplett deregulierter Beschäftigungsverhältnisse besteht.

Der neu formulierte Straftatbestand „Ausbeutung von Prostituierten" (§ 180a StGB) untersagt nach wie vor den gewerbsmäßigen Betrieb von Bordellen, weshalb die entsprechenden Etablissements rechtlich als „Zimmervermietungen" und deren Leiter/innen nicht als Arbeitgeber/innen, sondern weiterhin als Vermieter/innen in Erscheinung treten. Ein de facto bestehendes Beschäftigungsverhältnis wird so geleugnet zugunsten eines scheinbar existierenden Mietverhältnisses. Folge: Gewerkschaften bleiben bereits aufgrund dieser rechtlich erzwungenen Konstruktion außen vor und können für die Frauen nicht aktiv werden.

Prostituierte dürfen laut §180a StGB weiterhin nicht „in persönlicher oder wirtschaftlicher Abhängigkeit gehalten werden". Als „Abhängigkeit" gilt dabei bereits der Zwang, sich in den Etablissements geltenden Regeln der Prostitutionsausübung zu unterwerfen, z. B. Regelungen der Anwesenheitspflicht oder der Abführung des Entgelts. Jedwede Einbeziehung in die Organisation eines Bordellbetriebes gilt rechtlich immer noch als „Verstrickung" von Menschen in die Prostitution. Der freie Wille von frei sich entscheidenden Frauen, die in der Prostitution arbeiten, wird vom bundesdeutschen Strafrecht immer nur dann unterstellt, wenn diese sich aus der Prostitution „befreien" wollen. Wird eine Prostituierte aber von Dritten dazu „angehalten", der Prostitution nachzugehen, so wird sie schon dadurch „in Abhängigkeit gehalten", unabhängig davon, ob „Ausbeutung" vorliegt oder nicht.

Was in jedem „normalen" Betrieb und Dienstleistungsunternehmen elementare Voraussetzung des Funktionierens ist – dass man Absprachen trifft und Regeln einhält – ist Prostituierten damit schon im Ansatz verwehrt. Die Willensentscheidung der Prostituierten spielt de facto überhaupt keine Rolle mehr.

## Staat definiert Zwangslagen

So gibt der §180b StGB („Menschenhandel") zwar vor, Prostituierte vor der „Ausnutzung persönlicher Zwangslagen" ebenso wie vor der Ausnutzung „auslandspezifischer Hilflosigkeit" zu schützen. Eine „persönliche Zwangslage" besteht z.B. bei Wohnungslosigkeit oder drohendem wirtschaftlichem Ruin - aber auch bei persönlichen „Ausnahmesituationen" wie Scheidung und Arbeitslosigkeit (1). Es spricht Bände über die soziale Herkunft derer, die dieses Recht gemacht haben, wenn in ihren Kreisen „Scheidung" und „Arbeitslosigkeit" als „persönliche Ausnahmesituationen" gelten.

Bei illegal in Deutschland sich aufhaltenden Prostituierten begründet auch die „Furcht" vor Ausweisung und Abschiebung" eine Zwangslage, vor deren Ausnutzung Prostituierte seitens des Staates geschützt werden müssen. Nicht das menschenverachtenden System von Ausweisung und Abschiebung scheint das Problem, sondern vielmehr die Tatsache, dass Frauen sich der Hilfe Dritter versichern müssen, um hierher in die Prostitution migrieren zu müssen.

Erweist sich schon die Definition einer „Zwangslage" als fragwürdig, so setzt man noch eins drauf, wenn gelten soll: „Die Zwangslage muss nicht objektiv bestehen, wohl aber von den Opfern subjektiv empfunden werden." Eine solche Vorgabe verkehrt den behaupteten Opferschutz in eine Kriminalisierung der Vermittler. Es reicht

schon die „Kenntnis" Dritter von einer möglichen „auslandspezifischen Hilfslosigkeit" bzw. einer „persönlichen Zwangslage", um von „Menschenhandel" sprechen zu können. So einfach ist das.

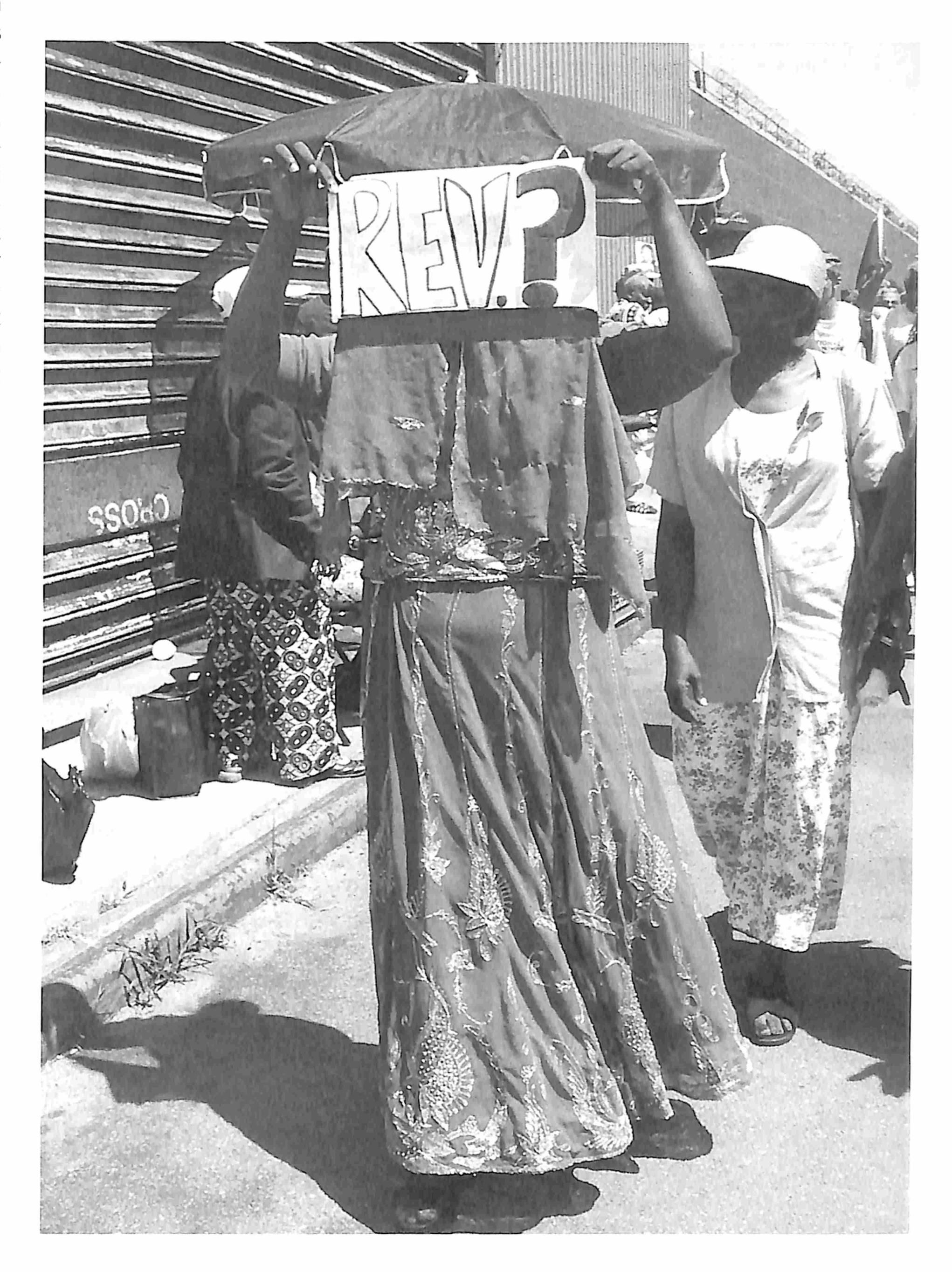
„Menschenhandel" bezieht sich im deutschen Strafrecht ausschließlich auf Prostituierte und Heiratsmigrantinnen, ignoriert die Einwilligung der betreffenden Frauen und erfordert kein gewaltsames Einwirken oder Täuschen, sondern lediglich eine Kenntnis der „Zwangslage" bzw. der „auslandsspezifischen Hilflosigkeit", die schon vorliegt bei Mängeln der Sprachkenntnis bzw. wenn die Betroffenen bei Unterkunft und Verpflegung auf die „Täter" angewiesen sind. Nach dieser Logik könnte man getrost sämtliche Gastarbeiter der 50er Jahre als „Menschenhandelsopfer" und den damaligen deutschen Staat als Verbrechersyndikat bezeichnen. Jede Vermittlung in die Prostitution, erst recht eine über Dritte vermittelte Migration in die Prostitution ist damit strafrechtlich sanktioniert.

Bei „gewerbsmäßiger Anwerbung" ausländischer Prostituierter wird angenommen, dass die Vermittler, deren Hilfe sich Prostituierte bedienen, selbstverständlich „in Kenntnis" einer offenbar stets vorhandenen „auslandsspezifischen Hilflosigkeit" handeln. Diese „auslandspezifische Hilflosigkeit" erscheint geradezu als anthropologische Konstante, vor deren Hintergrund die Kriminalisierung einer grenzüberschreitenden Vermittlung in die Prostitution problemlos gelingt. Eine Täuschung der „Opfer" über den Zweck der Einreise ist seit der Strafrechtsänderung von 1992 nicht mehr erforderlich, um Vermittler als „Menschenhändler" bestrafen zu können.

Auch die Einwilligung der betroffenen Frauen sowie die Tatsache, dass sie schon in ihrem Heimatland der Prostitution nachgegangen sind, ist unerheblich. Die „gewerbsmäßige Anwerbung" ausländischer Frauen in die Prostitution wird seit 1992 auch bei ihrer Einwilligung auf eine Stufe gestellt mit der über Gewalt, Täuschung, Nötigung oder Drohung erfolgten Prostitutionsvermittlung.

Auch in Bezug auf „Zuhälterei" maßt sich die Staatsmacht an, die Prostituierten in ihrem „wohlverstandenen Interesse" davor zu bewahren, „dass der soziale Schaden, den die Prostitution darstellt, nicht durch gewerbsmäßige Geschäftemacherei vertieft wird" . Kriminalisiert werden hierbei die „ausbeuterische" sowie die dirigistische" Zuhälterei.

Laut BGH liegt „Ausbeutung" bereits dann vor, wenn Prostituierte 50% ihrer Einnahmen abführen müssen. Nach dieser Faustregel ließe sich die Auflösung des




gesamten Frankfurter Taxigewerbes mit einem Schlag realisieren. Bei der Abführung von 75% der von Prostituierten erwirtschafteten Einnahmen, müssen vor Gericht die Einnahmen der Prostituierten gar nicht mehr exakt ermittelt werden, um Dritte wegen „ausbeuterischer Zuhälterei" zu verurteilen. Auf das Vorliegen einer tatsächlichen Zwangslage beim Opfer kommt es hierbei nicht mehr an. Verhindert werden soll, dass Dritte eine Prostituierte planmäßig als Erwerbsquelle für sich „missbrauchen". Damit wäre jedes Arbeitsverhältnis, wie es in anderen Dienstleistungsbranchen besteht, im Falle des Prostitutionsgewerbes als strafrechtlich zu sanktionierender „Missbrauch" eingestuft. Auch hier steht eine „freiwillige Unterwerfung" der Prostituierten einer Bestrafung der „Zuhälter" nicht im Wege.

## Deregulierung durch Kriminalisierung

Bei der „dirigistischen Zuhälterei" geht es vornehmlich um die Strafverfolgung einer Person, die „eine andere Person bei der Ausübung der Prostitution überwacht, Ort, Zeit, Ausmaß oder andere Umstände der Prostitutionsausübung bestimmt".

Jede Ausgestaltung eines individuellen Abhängigkeitsverhältnisses gilt als unzulässige Vorteilsnahme Dritter, wobei die Einwilligung der Prostituierten unerheblich ist und einer Bestrafung des „Zuhälters" nicht entgegensteht. Jede Verdienstkontrolle und jedes Anhalten zur Buchführung der Prostituierten kann damit als Überwachungsmaßnahme unter Strafe gestellt werden. „Kupplerische Zuhälterei" kriminalisiert schließlich jede aktive Vermittlung Dritter, die auf eine entgeltliche sexuelle Dienstleistung hinausläuft.

So hält das deutsche Strafrecht den Willen und die eigene Entscheidung der in der Prostitution tätigen Menschen nach wie vor für „unerheblich". Ein Wille zur Prostitution ist in der Welt des Strafrechts nicht vorgesehen und schier undenkbar. Nur ein gegen die Prostitution und auf Ausstieg aus ihr gerichteter Wille wird als Ausdruck des Strebens nach „sexueller Selbstbestimmung" ernst genommen.

Prostitution nach den Regeln betrieblicher Organisation, in arbeitsteiliger Form, unter Inanspruchnahme der Vermittlung durch Dritte bzw. als Erwerbsquelle Dritter wird systematisch kriminalisiert. Die juristische Fiktion der einzelnen, selbständig und nur auf sich gestellt in der Prostitution arbeitenden oder in sie migrierenden Person wird zwanghaft entgegen allen gesellschaftlichen Realitäten zur Norm erklärt. Prostitution ist erlaubt – aber nur in dieser archaisch anmutenden Art und Weise. Die rechtlich aufgenötigte Isolation der Prostituierten erweist sich als moral- und interessegeleitete Vorgabe, um die Konstitution eines nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und modernen arbeitsrechtlichen Maßstäben funktionierenden Sexgewerbes zu unterbinden. Durch diese Vorgaben wird das Bild fortwährender Anormalität von Prostitution befestigt und Stigmatisierung durch Sonderrecht betrieben.

Wie wäre es beispielsweise um die Befriedigung kultureller Bedürfnisse der in Frankfurt lebenden Menschen bestellt, würde man hiesigen kulturellen Einrichtungen strafrechtlich untersagen, internationale Künstleragenturen in Anspruch zu nehmen oder eine vertraglich vereinbarte „Bestimmung von Ort, Zeit, Ausmaß und andere Umstände" der künstlerischen Darbietung auszuhandeln. Können nicht auch Kulturschaffende „auslandspezifisch hilflos" sein? Begründen Ehescheidungen und Arbeitslosigkeit nicht auch bei ihnen möglicherweise „persönliche Zwangslagen", die von den sie engagierenden Kulturinstitutionen ausgebeutet werden? Wie dies Beispiel zeigt, würde jede Wirtschaftsbranche im Nu kollabieren, würden ihr solche strafrechtlichen Fesseln angelegt wie den in der Prostitution tätigen Menschen.

Die Deregulierung der Arbeit von Prostituierten wird bei ausländischen Frauen zudem durch eine Vielzahl von Schikanen ergänzt, die sich aus der interessierten Deregulation ihrer Migration ergeben. Nach den Aussagen der damaligen, für das Prostitutionsgesetz zuständigen Familienministerin Bergmann seien ausländische Prostituierte bei diesem Gesetz nicht berücksichtigt worden, weil man angeblich europäische Regelungen bzw. das neue Zuwanderungsgesetz abwarten wollte. Wahrlich eine Glanzleistung angesichts der Tatsache, dass bundesweit die Hälfte aller rund 400.000 in der Prostitution tätigen Frauen Migrantinnen sind! In größeren Städten wie Hamburg, Berlin und Frankfurt liegt deren Anteil bei über 80 bis 90%. Seit langem fordert Doña Carmen daher als ersten unbürokratischen Schritt der Regulierung von Prostitutionsmigration eine Green Card für ausländische Prostituierte. Die Politik freilich stellt sich taub. Stichhaltige Argumente hat sie nicht dagegen vorzubringen.

Kaum war das neue Prostitutionsgesetz in Kraft und seitens der herrschenden politischen Klasse behauptet, die „Sittenwidrigkeit" der Prostitution sei gefallen, berief sich eine kolumbianische Prostituierte gegenüber der Frankfurter Ausländerbehörde darauf und forderte die Ermöglichung einer selbständigen Prostitutionsausübung auf Basis der Prüfung des „besonderen örtlichen Bedürfnisses." Aufgeschreckt meldete sich ein „Bund-Länder-Ausschuss Gewerberecht" – ein völlig informelles Gremium – zu Wort und gab gegenüber den Ausländerbehörden die Losung aus, das neue Prostitutionsgesetz habe weder die Sittenwidrigkeit der Prostitution abgeschafft, noch sei Prostitution als „Gewerbe" oder gar als „selbständige Tätigkeit" anerkannt worden.

Ganz in diesem Sinne wird legal in Frankfurt lebenden ausländischen Frauen gegenwärtig verweigert, das in ihrer Aufenthaltserlaubnis festgeschriebene Verbot der Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit zum Zwecke der Prostitution zu streichen. Eine abhängige Beschäftigung im Rahmen eines Normalarbeitsverhältnisses aber wird durch die Beibehaltung des strafrechtlichen Sonderschutzes verhindert. So bleibt es bei der rechtlichen Grauzone, auf Kosten der in der Prostitution tätigen Menschen, ganz gleich welcher Nationalität. Gegen diese verlogene Politik richten sich die Aktivitäten Doña Carmens. Dabei sollte man im Auge behalten: Es geht nicht nur um die Rechte einer exponierten Berufsgruppe. Es geht vielmehr um das Verständnis sexueller Selbstbestimmung aller in dieser Gesellschaft lebenden Menschen, um Emanzipation.

***Juanita Rosina Henning*** *lebt in Frankfurt, arbeitet bei Doña Carmen e. V., Verein für soziale und politische Rechte von Prostituierten und ist Autorin des Buches „Kolumbianische Prostituierte in Frankfurt. Ein Beitrag zur Kritik gängiger Ansichten über Frauenhandel und Prostitution", Freiburg 1997, Lambertus Verlag.*

**Anmerkungen:**

1) Dieses und alle folgenden Zitate aus: Tröndle/Fischer, Strafgesetzbuch und Nebengesetze, Beck 2001.

**Herausgeber:** Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

**Druck und Verlag:** analyse & kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg

Tel. Redaktion/Verlag: 040-401 701 74 E-Mail: fantomas@akweb.de
Tel. Aboverwaltung: 040-401 701 73 Internet: www.akweb.de
Fax: 040-401 701 75

**Redaktion:** Erika Feyerabend, Stefanie Graefe, Moe Hierlmeier, Thomas Seibert, Georg Wißmeier

**V.i.S.d.P.:** G. Wißmeier, Verlagsanschrift

Fantômas erscheint halbjährlich.

**Einzelpreis:** 4,50 €

**Auflage** dieser Ausgabe: 2.500
Die nächste Ausgabe von Fantômas erscheint Mitte Mai 2004. Anzeigenschluss: 24. April
Anzeigenpreisliste bitte über die Redaktionsadresse anfordern.

**Abonnement:** 2 Ausgaben Fantômas und 11 Ausgaben ak – analyse + kritik. Jahresabo 53 €. Förderabo jährlich 85 €.
Sozialabo jährlich 37 €. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt erfolgt keine Entschädigung.

**Nachdruck** von Artikeln nur nach Absprache mit der Redaktion und mit folgendem Hinweis:
Nachdruck aus Fantômas, ak-magazin für linke debatte und praxis, Nr. xxx, Jahr.

**Bankverbindung:** aki-Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Kt.-Nr. 788 836-202

**Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt wird. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Die Bilder dieser Ausgabe sind entnommen aus:
Wolfgang Scheppe, Florian Böhm (Hg.), *Endcommercial® – Reading the City*, Hatje Cantz, Ostfildern-Ruit 2002
Fondation Cartier pour l'art contemporain (Hg.), *William Eggleston*, Thames & Hudson, London/New York 2002
Jeff Wall, *Photographs*, Hasselblad Center/Steidl, Göteborg/Göttingen 2002
Anthony W. Lee, John Pultz, *Diane Arbus: Family Albums*, Yale University Press, New Haven/London 2003

+++ **dank an** +++ gisbert broggini +++ uli dahlinger +++ elke +++ ib. +++
jo +++ norbert +++ peter +++ re.+++ bettina rudhof +++ th.
+++ unsere Autorinnen und Autoren.

Noch erhältlich sind die Fantômas-Ausgaben
Nr. 1 (Thema: Globalisierung) – Nr. 2 (Thema: Biopolitik) – Nr. 3 (Thema: Kriege)

**Einzelexemplare: 4,50 € + Porto** (WiederverkäuferInnen erhalten 30% Rabatt bei vollem Remissionsrecht.)







